Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Worteljähr. 3.30 Mk., monatl. 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 24. Februar 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

1896 - 1900.

Von Herrn Professor Sombart erhalten wir unter der obigen
Ueberschrift die folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ unternimmt in dem Leitartikel seiner Nr. 89
vom 16. Februar d. J. einen Angriff gegen mich von solcher Schärfe,
wie sie auch im politischen Leben nicht gerade häufig ist.

Der „Vorwärts“ unternimmt in dem Leitartikel seiner Nr. 89
vom 16. Februar d. J. einen Angriff gegen mich von solcher Schärfe,
wie sie auch im politischen Leben nicht gerade häufig ist. Er kommt
zu dem Ergebnis, daß meine wissenschaftlichen Leistungen, von denen
er selbst manche im Laufe der Jahre nicht ohne Wohlwollen gewürdigt
hat, als die eines „systemlosen Sammel- und Hitzgelehrten“ jeglicher
Autorität entbehren, daß aber mein Charakter, insonderheit meine
Wahrheitsliebe höchst verdächtig seien, die weil ich des Versuches
einer bewußten Täuschung meiner Leser als überführt zu
erachten sei.

Obwohl ich aus brieflichen Zuschriften und mündlichen
Rücksprachen, sowie aus der freundlichen Verteidigung Conrad Schmidts
in Nummer 42 des „Vorwärts“ zu meiner Genugthuung erhebe, daß
das Urteil des „Vorwärts“ in socialdemokratischen Kreisen keineswegs
durchgängig geteilt wird, so halte ich doch ein Wort der weiteren
Aufklärung, um irgend welches Mißverständnis von vornherein am
Aufkommen zu verhindern, gerade jetzt am Plage, wo ich in einer
der wichtigsten Tagesfragen in ausgeprochenen Gegensatz zu der
Politik der socialdemokratischen Partei getreten bin. Denn gerade
jetzt muß mir daran gelegen sein, daß die socialistischen Kreise
von meinem besten Willen gerade für die von ihnen vertretene Sache
überzeugt bleiben. Sollte es denn nicht möglich sein, eine abweichende
Meinung in ehrlichen, offenem Kampfe zu verfechten? Ist es denn
gar nicht zu vermeiden, daß man den Gegner bekämpft indem man
ihn beschimpft? So viel an mir liegt soll der Streit von jeder
persönlichen Vermischung frei bleiben und deshalb ist es mir darum
zu thun, das Grundlose der persönlichen Verdächtigungen, wie sie
der citierte Aufsatz des „Vorwärts“ enthält, in aller Kürze nachzuweisen.

Das erste, was mir schuld gegeben wird, ist dieses: daß ich
in der Vorrede zur 3. Auflage meines Socialismus zu Unrecht
behaupet hätte, „durchgreifende, sachliche Aenderungen“ nicht
vorgenommen zu haben, sondern die Schrift „im Text im wesentlichen
gleichlautend“ hinauszuweisen. Die Streichung des vorliegenden
Abschnitts im siebenten Kapitel sei aber eine wesentliche
Aenderung.

Ich bin anderer Meinung und begründe diese wie folgt: Der
Grundgedanke meines Buchs ist der, daß es sich in aller Geschichte
stets um einen doppelten Gegensatz, den der „Gemeinschaften“ unter
einander und der einzelnen Gruppen innerhalb der Gemeinschaften
gegen einander, handelt, je nachdem die Gemeinschaften oder Gruppeninteressen
vorwiegen. Von diesem Gedanken eines stets doppelten Gegensatzes:
eines socialen und eines nationalen nehme ich meinen Ausgangspunkt,
zu ihm kehre ich am Ende meiner Ausführungen zurück. Inhalt der
Schrift ist die Theorie der socialen Gegensätze in der Gegenwart;
die nationalen hätte ich nur zu streifen. Ich that es und thue es
in der Vorrede, daß ich ausdrücklich es für falsch erkläre, wenn
das Proletariat aus dem begreiflichen impulsiven Antinationalismus
eine anti-nationale Theorie bilde; daß ich ausdrücklich die
jederzeit vorhandene Möglichkeit überwiegender nationaler
Interessen behaupte: „Wann ... die Gegensätze innerhalb der
nationalen Gemeinschaft, die socialen, jene immer vorhandenen
wissenschaftlichen überholen, wann diese jene, das wird
man schwerlich nur für eine kurze Spanne Zeit mit Gewißheit
voraus zu bestimmen wagen dürfen.“ (2. Aufl. S. 72, 3. Aufl.
S. 94.) „Daß aber, so weit wir überhaupt zu blicken vermögen,
die kraftvolle Vertretung nationaler Interessen niemals ganz
entbehrt werden wird, das freilich muß auch dem kurzschichtigen
Klar- (sein): 2. und 3. Aufl. a. a. O. gleichlautend; „und gerade wieder
in unserer Zeit klarer denn je geworden sein“ (Hinzufügung in der
3. Auflage). „Sobald aber ein äußerer (2. Aufl. „gemeinsamer“)
Feind den Bestand (2. Aufl. „Existenz“) einer Gemeinschaft überhaupt
bedroht, wird diese sich immer wieder ihrer Gemeinschaftsinteressen
bewußt werden und sie verteidigen und unterdessen werden die
Gegensätze im eigenen Innern in die zweite Reihe rücken. Also von
einer grundsätzlichen (2. Aufl. „principiellen“) Ablehnung des
Nationalismus kann, wie die Weltlage (2. Aufl. Weltkonstellation) heute
ist, auch beim Proletariat keine Rede sein. Zur Erörterung (2. Aufl.
Diskussion) wird nur immer der Kreis von verwandten Kultur-
nationen stehen, auf die man die anti-nationale Gesinnung nicht
ausgedehnt sehen möchte. Die sich solche nationalen Gruppen
bilden werden, das ist eine Frage, die zu entscheiden uns hier nicht
obliegt, wo ich nur die grundsätzliche (2. Aufl. „principielle“) Seite
auch des nationalen Problems hervorheben wollte.“ Diese in der
2. und 3. Auflage bis auf die in [] angegebenen Abweichungen
gleichlautende Sage enthalten den wesentlichen Inhalt dieses Abschnitts.
Für den Gedankengang völlig unwesentlich, ja schon in der 2.
Ausgabe ausdrücklich für unwesentlich erklärt, war die beispielsweise,
konkrete Bildung einer möglichen Gegenfähigkeit von
Gemeinschaften: der zwischen westeuropäischen Völkern und Völkern
des Ostens. Ich leitete sie in der 2. Auflage ein mit den Worten:
„denn selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die nationalen
Gegensätze soweit gehoben denken ließen, daß ...“ anknüpfend
an die herrschende Vorstellung des Proletariats von der
Interessen-„Solidarität“ der Nationen. Womit offenbar noch
gar kein positives Urteil über die behobene oder nicht
behobene Interessen-Gegenfähigkeit der westeuropäischen Nationen
gefaßt war, auch nicht mit dem Sage: „Es wird meiner
Ueberzeugung nach der Augenblick kommen, wo die gesamte europäische
Gesellschaft sich sagt: jetzt sind alle unsere Gegensätze belauslos
gegenüber dem, was uns vom Feinde droht.“ Damit war nichts
behauptet, als eine für den Moment gegebene oder mögliche
Gegenfähigkeit, die vorher oder nachher durch andre verdrängt werden
könnte. Auch sollte es ja doch nur sich um eine Beispielheranziehung
in jenem Zusammenhang handeln. Von einer Darlegung
weltpolitischer Tendenzen, wie der Herr Verfasser meint, sollte gar
keine Rede sein.

Auf Grund dieser Erwägungen glaube ich und glaube es heute
noch ebenso, mit Zug und Recht behaupten zu können, daß
wesentliche, d. h. den Gedankengang der Schrift modifizierende
Aenderungen in der neuen Auflage nicht gemacht seien. Auch daß
ich den „gemeinsamen“ Feind, der mich wegen der kurz darauf
folgenden „Gemeinschaft“ stieß, in den „äußeren“ verwandelte,
kann ich als eine Wesensänderung nicht ansehen. Im Gegenteil:

der Ausdruck „äußere“ paßt für meine Theorie g. und f. g. und f. g.
als „gemeinsamer“.

Das zweite, worüber der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels
sich ausläßt, ist die Frage: weshalb ich in der Vorrede zur
dritten Auflage eine wesentliche Textveränderung abgelehnet habe,
obwohl jene Streichung erfolgt sei. Wenn ihm dabei die
Aenderung aus der Feder stieß: ich hätte es gethan, um die Leser
wissenschaftlich zu täuschen, so erlaubt er mir wohl, daß ich ihm
darauf die Antwort schuldig bleibe und ihn selber als das Opfer
momentaner Uebereilung betrachte, selbst auf die Gefahr hin, daß er
auch dies mein Verhalten wieder „entsetzlich wohlwollend“ finden
sollte. Die Gründe, die mich thatsächlich veranlaßten, die gedachte
Aenderung zu machen, kennt ja der Leser jetzt.

bleibt der dritte Teil der Ausführungen des „Vorwärts“-
Artikels: was ich mit jener Streichung habe zum Ausdruck bringen
wollen und weshalb ich sie vorgenommen habe.

Der Verfasser meines Artikels deutet die Entstehungsweise der
beiden Standpunkte, wie sie in der zweiten und dritten Auflage zum
Ausdruck kommen, an: er meint, 1896 habe ich an die „gelbe“ Gefahr
geglaut, weil im Jahre vorher Kaiser Wilhelm unter ein Anarchistisches
Bild einen einprägnanten Satz geschrieben habe und 1900 sei
ich deutscher Bulgär-Chauvinist, weil im Jahre 1899 der
Marineplan Kaiser Wilhelms II. bekannt geworden sei.

Diese Ausrufklärung, scheint mir, zeichnet sich mehr durch
Einsachheit als durch Wahrscheinlichkeit aus. Wer mich auch nur ein
klein wenig kennt, wird sich eines Lächelns nicht habe erwehren
können, als ihm hier die enge Verknüpfung meiner Ansichten mit
den Meinungs- und Willensäußerungen Kaiser Wilhelms II. bekannt
gegeben wurde. Uebrigens sollte ich meinen; wenn man schon
regierungsfromm sich zu benehmen ein Interesse hat, dann sei eine
so bescheidene Streichung doch immerhin nur ein unvollkommenes
Verfahren. Sollte sie wirklich schon genügen, um mich, meinen
„Socialismus“ und was ich sonst „verbrochen“ habe, an den
maßgebenden Stellen mundgerecht zu machen? Das wäre immerhin
ein erfreuliches Symptom; aber ich glaube nicht recht daran. Siehe
die „Post“!

Also folgendes sind die Erwägungen, die mich zur Streichung
jenes Absatzes veranlaßt haben: Zunächst das Empfinden, daß es
mit dem Inhalt jener Sage nicht in Einklang zu bringen war, daß
thatsächlich auf eine konkrete nationale Gruppierung eingegangen
würde. Es sollte ja nur die principielle Seite der Frage erörtert
werden; deshalb war jede Exemplifikation störend, zum mindesten
überflüssig. Der Geist dessen, was mir vorzuschwebte, wird in der
jetzigen Fassung reiner zum Ausdruck gebracht als in der früheren.

Aber es waren doch auch sachliche Bedenken, die mir die
Verfechtung jenes exemplifizierenden Hinweises nahe legten.

Der Gedanke eines gegen andringende östliche Feinde vereinigten
Westeuropa war 1896 wenigstens nicht außer jedem Bereiche
praktischer Möglichkeiten. Er war vielleicht nicht sehr klar, aber er
war doch, wie die Dinge damals lagen, nicht geradezu dumm.
Seitdem hat sich so viel ereignet, wie früher in manchen vier
Jahrzehnten nicht, was zu einem völlig neuen Urteil über die
Weltlage notwendig zwingt.

Die Gefahr eines Angriffs von Osten her ist wesentlich
verringert. Der Ausgang des japanisch-chinesischen Kriegs, die beginnende
Aufteilung Chinas haben die völlige Unfähigkeit des chinesischen
Volks zur Wackeltrommel erwiesen. Es scheint, als ob die
Chinesen zu den rein passiven Völkern gehörten, wie die Indianer
gehören, die niemals ernstliche Gegner hoher Rassen werden können.
Wenigstens nicht im Abendland um die nationale Geltung.
Auch das russische Volk hat sich aber ebenfalls erst in den letzten
Jahren deutlich nach Osten gewandt und hat jetzt offenbar als
Angriffspunkt nicht mehr die deutsche oder auch nur westeuropäische
Interessensphäre. Dagegen hat sich in dem Verhältnis der westeuropäischen
Nationen unter einander manches verändert in letzter Zeit, vor allem
erschient England nicht mehr gewillt, wenn es dies jemals gewesen
ist, mit den übrigen westeuropäischen Nationen sich solidarisch zu
fühlen, sondern stellt sich in immer deutlicherem Gegensatz
namentlich zu Deutschland, aber auch zu Frankreich. Veranlaßt
zu dieser Gegnerschaft ist es durch die politisch-kommerzielle
Entwicklung des immer imperialistischer werdenden
Nordamerika (Spanischer Krieg) und durch die einseitigen rein
ökonomischen Machterweiterung Deutschlands auf dem Weltmarkt
und in den fremden Ländern, wo wir seine Kreise immer mehr
stören. Was man also als Deutscher heute noch so viel Sympathien
mit England und seiner Kultur haben — wie ich zum Beispiel —
mag man die russische Inkultur und ihre Verbreitung nach
Westeuropa noch so sehr verabsäumen — wie ich zum Beispiel —
so wird man doch, wenn man nicht einfach vor den Thatsachen
die Augen verschließen will, heute anerkennen müssen, daß, so
bedauerlich es sein mag, England unser bedeutendster und
gefährlichster Gegner ist. Nicht wir sind England feind, aber
England uns. „Es macht es uns unmöglich, es zu lieben“, wie
Wienand einmal gesagt hat. Das ist deutlich geworden erst in
den letzten Jahren, nur wenigstens. Und darum halte ich jetzt
ein Exemplifizieren auf ein vereinigtes Westeuropa für gänzlich
deplaciert, was es vor vier Jahren noch nicht war. Daß ich
nun deshalb „rassenfeindlicher“, „chauvinistischer“ geworden
sein soll, ist doch ganz gewiß aus dieser veränderten Beurteilung
der Weltlage gar nicht zu folgern. Die man das aus dem
hinzugetragenen Sage: „und gerade wieder in unserer Zeit klarer
denn je geworden sein“ schließen will, verziehe ich nicht. Ich
habe ja gerade jedes konkrete Beispiel nationaler
Gegenfähigkeit zu konstruieren vermieden und betone nur die
allerdings wohl auch von keinem Socialdemokraten aus der Welt
zu schaffende Thatsache einer Verschärfung der nationalen
Gegensätze und die dementsprechend wieder deutlicher
gewordene Notwendigkeit nationaler Interessenvertretung.

Wenn nun der Herr Verfasser des „Vorwärts“-Artikels meint:
man könne ja nicht wissen, wie ich in abemals vier Jahren
anteile, so gebe ich ihm ohne weiteres die Richtigkeit dieser
Behauptung zu. Sollten sich in dieser Zeit wiederum so
gewaltige Wandlungen in der Stellung der Nationen zu
einander vollziehen wie in den vergangenen vier Jahren,
so würde ich nicht aufstehen, demgemäß mein Urteil über die
Weltlage zu modifizieren, wenn ich es auch nicht für wahrscheinlich
halte, daß jene Voraussetzung eintritt. Der Schluss des
siebenten Kapitels meines Socialismus würde dann aber
ebenfalls zu Recht bestehen, wie vor vier Jahren und wie
heute, da er ja nichts anderes wollte, als dem Gedanken
Ausdruck geben, daß es zwei Gegensätze gegeben
sind, sind und voraussichtlich auch sein werden, um die die Menschen-

geschichte kreist: der sociale und der nationale, was auch das
Proletariat niemals vergessen darf.“ Wenn übrigens der
Herr Verfasser meint, mit dreißig Jahren müßten die
Ansichten eines Gelehrten ein für allemal feststehen,
so kann ich ihm dies, auch von dem vorliegenden Fall
abgesehen, auf den es gar keinen Bezug hat, niemals in dieser
Fassung zugeben. Wir Vertreter der Socialwissenschaften haben
vor allem die Pflicht, der thatsächlichen Gestaltung der Dinge
Rechnung zu tragen. Und es bedeutet eben eine Verhöhnung
der Wissenschaft, die der wahren Wissenschaft Lobfeind
ist, wenn jemand alte Theoreme den veränderten
Thatsachen zum Trost aufrecht erhält. Ich aber hoffe
mir die Fähigkeit zu bewahren, hinzuzulernen, so lange
ich denken und theoretisieren werde.

Breslau, den 22. Februar 1900. Werner Sombart.

Unsere Antwort auf diesen Brief kann kurz sein. Die
breiten Ausführungen Sombarts haben in keinem Punkte
unser Ansicht erschüttert, daß er als Marine-Agitator
sich durch den Abschnitt über die politische Entwicklung
Europas geniert fühlte — man könnte ihn ja in jeder
Flottenversammlung, wo der Herr Professor sich zeigt,
verlesen, um seine Argumentation zu schlagen — und
daß er ihn deshalb strich, während er in einer
merkwürdigen Vergeßlichkeit in der Vorrede jede
wesentliche Aenderung ablegnete.

Herr Sombart verteidigt sich so, wie jeder voraussehen
mußte, daß er sich verteidigen würde. Er erklärt den
Abschnitt für „unwesentlich“, beruft sich auf die beiden
stehen gebliebenen Sätze, deren Tendenz ohne die
vorausgegangene Illustration durch den „unwesentlichen“
Abschnitt niemand verstehen kann, und sucht durch
das formale „Wenn“ am Anfang des Abschnitts das
unmittelbar darauf folgende Bekenntnis von 1896
abzuschwächen, daß er „überzeugt“ sei, es werde zu
der im Wenn-Satz geschilderten Entwicklung kommen.
Außerdem entzweit er sich ein wenig gegen die
Ansicht, er verbaute seine Aenderung in den
Anschauungen über die Weltlage Anregungen
Wilhelms II., als ob es fröndend für einen
preussischen Professor wäre, wenn man ihm nachsagt,
er lasse sich durch die tiefere politische Einsicht
seines Königs belehren; mindestens hat Wilhelm II.
die Priorität in seiner weltpolitischen Auffassung
vor der Sombarts, der vor dem 18. Oktober 1899
von seiner Wandlung öffentlich nichts hat
verlauten lassen.

Alles dies mußte Sombart geltend machen, aber er
hätte es doch ein wenig geschickter sagen können.
Wie er seine Verteidigung in vorliegendem
Schrift, zerfällt sie in zwei scharf widersprechende
Hälften:

Im ersten Teil erklärt er, daß der gestrichene
Absatz nicht wesentlich sei; im zweiten, der eine
kleine Flottentrede darstellt, führt er an, daß
er den Absatz gestrichen habe, weil er durch die
Ereignisse seit 1896 „zu einem völlig neuen
Urteil über die Weltlage“ notwendig gezwungen
sei.

Wiegen wir aus diesen beiden Sätzen nach den
Regeln der Logik den notwendig zwingenden
Schluß, so ergibt: Wenn Herr Professor
Sombart zu einem völlig neuen Urteil über die
Weltlage gelangt, so hält er selbst das für
durchaus — unwesentlich. Es sei fern von uns,
diesem seinen überwältigenden, wenn auch
überbedeutenden Verteidigungsargument zu
widerprechen!

Wenn für einen Professor oder den
Verteidiger einer Regierungsvorlage sich die
Kopplage ändert, so berufen sie sich stets
falschlich auf eine Aenderung der Weltlage.
Mit seiner Berufung auf das Verhältnis zu
England hat Sombart nun abermals ein
bedauerliches Unglück. Der Zufall will, daß
man mit größerem Recht beweisen könnte,
das Verhältnis habe sich zwischen 1896
und 1900 umgekehrt entwickelt, wie Herr
Sombart für seine Zwecke wünschen möchte.
1896 war das Jahr des Jameson-Einfalls
in Transvaal. Niemand zweifelte daran,
daß es sich um einen englischen Eroberungsversuch
handelte. Der Kaiser schickte
sein bekanntes Telegramm. Die
Chauvinisten haben und drüben
heuten um die Weite. In keinem Augenblick
war das Verhältnis zwischen den
westeuropäischen Staaten so feindselig, wie
gerade damals, zumal auch der
französisch-russische Allianz in jenen
Tagen noch größere Bedeutung
beigemessen wurde als heute.
England zeigte 1896 seine Eroberungsgelüste,
mit Deutschland war es verfeindet, von
einer deutsch-französischen Annäherung
war keine Rede — democh war 1896
Herr Sombart „überzeugt“, daß es zu
einer westeuropäischen „nationalen“
Gemeinschaft kommen werde. Ganz
anders 1900: Zwischen England und
Deutschland herrscht tiefste Intimität;
der heutige Transvaalkrieg ist nach
den Vorgängen von 1896 keine
Ueberraschung. Frankreich ist wieder
„westeuropäischer“ geworden.
Jubelt man der Herr Professor, —
man würde das verstehen — daß man
seiner Voraussage von 1896 bereits
näher gekommen? O nein, jetzt ist
für Herrn Sombart alles neu
geworden. Jetzt hat seine Ueberzeugung
von 1896 den Todesstoß erhalten; er
glaubt nicht mehr an die westeuropäische
Einigkeit, weil sich die Thatsachen
nämlich zu ihren Gunsten
verändert haben. Herr Sombart
rechnet nach dem Gegeneinander.

Und nun noch ein ernsthaftes
Wort zum Schluß. Wie Herr
Sombart über Weltlage und
Flotte denkt und sich maniert,
das ist eigentlich eine recht
„unwesentliche“ Sache, an der
die Socialdemokratie kaum ein
Interesse hat. Unser Artikel
war nur ein ueberflüssiges
Intermezzo im Flottenkampf.

Dagegen hat Herr Sombart
als Socialpolitiker auch in
unseren Kreisen einigen Ruf,
weil wir Nichtverwandten
schon herzlich froh sind, wenn
wir uns nicht mit den
landläufigen Stupiditäten
der Scharfmacher
herumzuschlagen haben.
Herr Sombart hat seine
Mauerung auch auf diesem
Gebiet — vermuthlich
gleichfalls wegen der
veränderten Weltlage —
gründlich vollzogen. In
seinem Buch über den
„Socialismus“ hielt
Sombart die sociale
Bewegung in ihren
Grundzügen für „unwandelbar“,
„so wie sie ist“; mit
ihrem Ziel, dem
socialistischen Ideal
und dem Mittel, dem
Massekampf. „Politik
und Gewerkschaften“
sahen ihm wie das
rechte und linke
Bein, auf denen das
Proletariat
marschirt.“ Wer
nun aber seine 1896er
Vorträge über die
Gewerkschaften
liest, wie sie in
kurzem Auszug die
„Socialen Praxis“
und ausführlicher
ein Teil der
Gewerkschafts-
presse veröffentlicht
hat, der sieht,
daß Herr Sombart
die Gewerkschaftsbewegung
verteidigt,
weil er sich einbildet,
in ihr ein Mittel
zu haben, den
politischen
Kampf zu
hemmen, der
großen socialen
Bewegung ihr
Ziel, das
socialistische
Ideal, und ihr
Mittel, den
Massekampf, zu
entlasten. Sein
weltwirtschaftliches
Ideal ist für den
Sombart von 1900
die —
Tarifgemeinschaft,
und sein politisches
Ideal die parlamentarische

taufende Einflüßigkeit des Proletariats, wie in England, wo — noch Sombart — die Arbeiter in den Kohlbahngereien der beiden bürgerlichen Parteien das Jünglein an der Wage bilden. In diesen Vorträgen spricht Sombart, wie wir schon nachweisen, vor keiner unrichtigen Behauptung zurück, um die Arbeiterklasse, indem er sie auf die Gewerkschaften verweist, der Socialdemokratie zu entfremden; es sind nicht durchaus launere Mittel, deren sich Sombart zu diesem Behufe bedient —, um mit bestem Willen der Sache der Arbeiter zu nützen.

Der Flottenagitor und der Socialpolitiker Sombart bilden keine Gegenpartei mehr. Der Flottenagitor hat sich gleichmäßig gemauert wie der Socialist. Das Nationale und das Sociale hat sich in einem verwachsenen Industrioliberalismus Vassennamischer Färbung gefunden.

Der ganze Unterschied zwischen den Sachwaltern und den „glatten Sombarten“ besteht nur darin: Diese wollen uns mit dem Knüttel tödlich schlagen, diese wollen uns von innen heraus erweichen und entzäunen. Ihre Feinde sind beide, und der ehrliehre ist uns der Liebere. Herr Sombart ist uns nicht lieb.

Wir bedauern, daß die Socialdemokratie auf Herrn Professor Sombart endgültig verzichtet muß; er ist für uns nicht mehr, wenn er es je gewesen, der unbescholtene wissenschaftliche Beobachter der sozialen Bewegung, er ist heute nur noch Parteimann aus gegnerischem Lager.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Februar.

Der Reichstag

Setzt am Freitag die zweite Beratung des Militäretats fort. Das Haus war sehr schlecht besetzt, dagegen am Bundesratsstische zahlreiche höhere Offiziere im Gefolge des Kriegsministers; die Debatte behandelte eintönig allerlei geringere Fragen, die bereits in der Budgetkommission besprochen worden waren. Zunächst kamen aus dem Centrum einige kirchliche Beschwerden. Herr Gröber beklagte, daß polnische Soldaten bei der Weichte unter Aufsicht von Unteroffizieren gehalten würden, ob sie auch in deutscher Sprache beichteten. Herr Gröber — so bezieht sich seine Klage — hatte wohl vergessen, daß sein Freund Lingens den Unteroffizier einst als Stellvertreter Gottes auf Erden eingeschätzt hatte. Der 82jährige Herr Lingens, der Geheimkämmerer des Papstes — genannt der heilige Joseph — trat alsbald ebenfalls auf den Plan und hielt seine übliche Rede gegen die noch immer nicht beseitigte Entheiligung der Sonn- und Feiertage in der Armee, sowie gegen andre kirchliche Mißstände in der Heeresverwaltung. Herr Lingens nahm auch die Duelldebatte vom vorigen Tage nochmals auf und erzielte die tröstliche Antwort des Kriegsministers, daß allerdings die Duelle aufgehoben würden, wenn die göttlichen Gebote von allen Menschen gehalten würden. Der Kriegsminister gestand damit zu, daß die Militärbehörden selbst, die Ehrengerichte zulassen und Duellanten mit äußerster Milde beurteilen, den göttlichen Geboten zuwiderhandeln.

Nach den Verstromungsfragen kamen militärische Lohn- und Titelfragen an die Reihe. Die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, welche ungeduldig davonlaufen, wenn die Socialdemokraten im Namen großer Arbeiterberufe Beschwerde führen, sie traten mit diesem Eifer und in langen Reden für die Wünsche der Kohärzte, der Militär-Kapellmeister, der Militär-Apotheker ein. Es lohnt sich nicht, darüber im einzelnen zu berichten. Unser Genosse Hoch besprach die verlangte Vergütung für die Fluchschädigungen, die im großen Wänder 1893 in den Bezirken bei Hanau entstanden waren.

Sonnabend: Restittel des Reichsamts des Innern und Fortsetzung des Militär-Etats. —

Freiherr v. Rheinbaben als Gurgelspringer.

Der neue Minister des Innern empfindet sich, je mehr er parlamentarisch hervortritt, als der starke Mann, der entgegen der Warnung des Kollegen Podolsky, die Lust verliert, der Socialdemokratie an die Gurgel zu springen. Er tobt sich erpicht an der vorübergehenden Erläuterung aus. Was einem Romard, einem Pankamer, einem Sölller und all seinen andern Vorgängern bis herab zum Freiherrn v. d. Rede nicht gelungen ist, das glaubt der neue Herr spielend erreichen zu können. Er will die Socialdemokratie sobald als möglich mit Stumpf und Stiel ausrotten.

Bereits bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern hat Freiherr v. Rheinbaben Anläufe an die Gewaltthat des starken Mannes verraten, indem er die Beamten — dem Gesetz zum Trotz — aufforderte, die Socialdemokraten als milderen Rechts zu behandeln. Aber damit giebt sich der himmelstürmende Minister nicht zufrieden, er sucht seinen Ehrgeiz darin, an erster Stelle im Kampf gegen den Unstutz zu stehen. Das beste Mittel hierfür scheint ihm die Verdrängung der Socialdemokratie aus den Parlamenten zu sein. Vorläufig begnügt er sich damit, sie aus den Stadiparlamenten zu vertreiben, wo sie kraft des Wahlstimmrechts nirgends in der ihnen gebührenden Stärke vertreten sein können, und als Mittel hierzu dient ihm die Kommunalwahl-Vorlage. Schon in der Begründung dieser Vorlage hat er auf die große Gefahr hingewiesen, die den Gemeinden aus dem Anwachsen der Socialdemokratie droht, und das, was er dort nur flüchtig andeutete, hat er am Freitag bei der ersten Beratung dieser Vorlage im Abgeordnetenhaus ausführlich erörtert.

Zwar behauptet Herr v. Rheinbaben, daß es der Regierung nur darauf ankomme, die durch die Wahlreform des Jahres 1891 herbeigeführte Verschlebung in der Zusammenlegung der Wählerabteilungen auszugleichen und daß ihr parteipolitische Rücksichten völlig fernliegen. Aber das hindert ihn nicht, zu unterzügen, ob etwa durch das in dem Entwurf vorgesehene Durchschnittpincip der **Einfluß der Socialdemokratie in den Gemeinden gekürzt** werden könne, und eindringlich die socialdemokratische Gefahr zu schildern. Als Beweis dafür, wie sich die Socialdemokratie im Kopfe dieses Regierungsvertreters darstellt, geben wir die betreffende Stelle seiner Rede im Wortlaut wieder:

Wir leben in einer Zeit, wo manche Elemente die alten Grundlagen unseres bürgerlichen Lebens ins Schwanken zu bringen suchen, in einer Zeit, wo die Socialdemokratie es auf ihre Fahne geschrieben hat, sich der kommunalen Vertretung zu bemächtigen. Die dem Bestreben entgegen zu treten, ist Pflicht der Staatsregierung wie der Gemeinden. Wir haben dabei zu unterscheiden zwischen der großen Menge der Versöhnten in der Socialdemokratie und den Versüßern. Die große Menge der Versöhnten, die zwar ihre Stimmen für die Socialdemokratie abgeben, aber im Grunde ihres Herzens doch noch nicht zerfallen sind mit den Einrichtungen unseres bürgerlichen Lebens, die sollen wir suchen, auf den Boden des Rechts zurückzubringen. Schon jetzt haben es viele erkannt, daß sie von der Socialdemokratie doch nur Steine statt Brot bekommen. Die Kommunen sollen sich daher nicht wandend machen lassen in ihrem warnherzigen Eintreten für die arbeitenden Massen. Wenn die Bürger ihre Pflicht thun, wenn sie den Arbeitern voranleuchten durch eine christliche Lebensführung, dann werden auch die Arbeiter bald einsehen, daß sie ihr Wohl nicht fördern im Kampfe gegen die bürgerlichen Massen, sondern in Zusammenarbeit mit ihnen. Die Gemeinden können in dieser Beziehung viel thun, indem sie die ganzen stetenlichen Verhältnisse ausstellen, in der Beschäftigung weiterer Fürsorge auf dem Gebiet des Wohnungswesens wie überhaupt für

die Bedürfnisse des kleinen Mannes. Der preussische Staat und das Deutsche Reich ist seinen Pflichten auf diesem Gebiet stets treu geblieben. Die Hohenzollern-Könige sind immer Könige der Genuß gewesen, so haben zu allen Zeiten ihre Fürsorge eingesetzt von der Aufhebung der Erbschaftsteuer an bis in den Großthaten Kaiser Wilhelm I. Und so wie es gewesen ist, wird es bleiben; auch die Zukunft wird es lehren, daß die verbündeten Regierungen und die preussische Staatsregierung in ihrer wohlthätigen und warmherzigen Fürsorge für den Arbeiter weiter gehen. Dann werden schließlich, wenn es vielleicht vorher auch nicht eingetunden wird, die Arbeiter einsehen, daß es für sie keinen Wert hat, dem nachzujagen, was die Socialdemokratie ihnen vorzieht, sondern daß ihre Interessen am besten gewahrt werden im Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Klassen. Damit sich aber die Entwicklung so vollzieht, ist es unerlässlich, von den Versüßten die Versüßer zu trennen und die **gewerbmäßigen Heher und Erreber** nicht zu vernehtem Einfluß gelangen zu lassen. Das würde aber geschehen, wenn wir die dritte Klasse in die Hände der Socialdemokratie übergeben ließen. Es ist zwar richtig, daß an den kommunalen Arbeiten auch einige Socialdemokraten der ersten Kategorie mitgewirkt haben, die sich durch sachliche und nicht durch parteipolitische Gesichtspunkte leiten ließen, aber ebenso richtig ist es, daß, wenn erst die Erreber und Heher das Heft in die Hand bekommen, wenn sie ganze Wählerklassen erobern, daß dann an die Stelle der Förderung der kommunalen Interessen die Förderung des Partei-Interesses treten würde. (Sehr richtig! recht!) Ich brauche nur zu erinnern an das Beispiel der **socialdemokratischen Orts-Krankenkassen**, wo die Fürsorge für die Arbeiter ganz nebensächlich ist und wo als **Hauptsache gilt die straflose Organisation und die angemessene Placierung von gewerbmäßigen Hehern, auch wenn es noch so zweifelhafte Elemente sind.**

Das ist ganz die Weise der Stamm, Nordoff, Kreutz und Konforten! Der national-socialer Better nennt das einen „be-gabten Reaktionsär“, d. h. einen „Staatsmann“, der seine politische Weisheit ganz offenbar aus den Stummischen Abwässern, welche die „Post“ beregeln, gezogen hat.

Nicht uninteressant ist es zu beobachten, wie die bürgerlichen Parteien solche „starken Worte“ verwenden. Je nachdem sie von einer Vorlage mit betroffen werden oder nicht, geben sie sich den Anschein, als gläubten sie an die Wahrheit derartigen Ergriffe. Bei der Kommunalwahl-Vorlage nun liegt es so, daß das Centrum in seinem Beschland droht, die Nationalliberalen aber gefördert werden. Kein Wunder also, daß der Centrumsredner Abg. Dr. Bachem — ganz im Gegensatz zu seiner bekannten Jahresantrittsrede im Reichstage — offen erklärte, er erblicke selbst in der Auslieferung der gesamten dritten Wählerabteilung an die Socialdemokratie keine Gefahr, während ein nationalliberaler Heilighorn, der Abg. van der Vorcht, bekannt durch seine Verhänge, den Kadaver der Justizvorlage zu neuem Leben zu erwecken, dem Minister zu Hilfe kam und sich folgendermaßen äußerte:

Wenn Sie so thun, als ob das Eindringen der Socialdemokratie in die Stadiparlamente keine Gefahr habe, so vergessen Sie vor allen Dingen eins, nämlich daß hierdurch den Socialdemokraten das beste Mittel in die Hand gegeben wird, die städtische Bevölkerung fortwährend in Muth zu erhalten. Sie kann in breiten Schichten den Eindrud erzeugen, als ob die sämtlichen übrigen Stadtwähler von dem Interesse der Bevölkerung nichts wissen wollen. Wir würden dann in den Gemeinden dasselbe erleben, was wir z. B. im Reichstage bei allen socialpolitischen Debatten erleben. Man soll diese Sachen nicht zu leicht nehmen. Daß man sie so leicht nimmt, ist eine Art faszinierender Wirkung des Reichstags-Wahlrechts, das schon manchen Unheil angerichtet hat. Für den Reichstag ist es gegeben und soll nicht beseitigt werden, aber es ist doch ein großer Unterschied, ob wir wirklich Veranlassung haben, auf andern Gebieten ähnliche Zustände anzustreben, ob es angebracht ist, für die Stadiparlamente, in der das Princip von Leistung und Gegenleistung aufrecht erhalten werden muß, ein solches Wahlrecht einzuführen.

Ebenso wies auch Freiherr v. Zedlitz (l.), der, seitdem er durch die Schuld des „Vorwärts“ keine feste Anstellung mehr hat, seine ganze freie Zeit dazu benutzte, sich als Schanzwacker weiter zu bilden, auf die „erste Gefahr“ hin, die in einer etwaigen Stärkung der Socialdemokratie besteht.

Nicht charakteristisch war das Verhalten der freisinnigen Volkspartei. Im vorigen Jahr hat der Führer dieser Partei, Abg. Richter, in eigener Person zu der Vorlage gesprochen und sich dabei ausdrücklich als Gegner des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in der Gemeinde bezeichnet. Heute sprachen seine Fraktionskollegen Wintermeyer und Kreitzing, ohne daß aus ihren Reden zu ersehen gewesen wäre, ob sie auf dem Richterischen Standpunkt stehen; immerhin sprach sich Herr Wintermeyer für das geheime Wahlrecht aus und Herr Kreitzing erkannte sogar den wohlthätigen Einfluß der Socialdemokraten auf Gemeinde-Angelegenheiten.

Die Konservativen, von denen das Schicksal der Vorlage abhängt, wissen noch nicht recht, wie sie sich dazu stellen, ob sie es mit dem Centrum oder mit den Nationalliberalen halten sollen. Jedenfalls erklärten sie sich, um jeden Verdacht freirechtlicher Regungen im Reime zu erlösen, entschieden als Anhänger des Dreiklassen-Wahlrechts.

Ein großer Teil der Debatte wurde durch einen Zwist zwischen Nationalliberalen und dem Centrum ausgefüllt, der dadurch hervorgerufen wurde, daß der Abg. Bachem offen eingekandt, seine Freunde wollten mit dieser Vorlage parteipolitisch treiben. Natürlich thut das die Nationalliberalen auch, aber sie hüten sich, ein solches Eingeständnis zu machen.

Ostasiatische Flottenwünsche.

In dem zu Shanghai erscheinenden „Ostasiatischen Lloyd“, der den Unterstitel „Nachrichten aus Ostasien“ führt, ist unter obiger Epithete ein Artikel erschienen, der so recht schlagend zeigt, daß die gegenwärtige Milliardenforderung für die Kriegsstotte kaum die nächsten Wünsche der nie zu befriedigenden Flottenpolitik zu Wasser erfüllt. Der „Ostasiatische Lloyd“ ist ein mächtiges Kaufmannsblatt, welches seit bereits 14 Jahren erscheint und es bisher immer sehr gut verstanden hat, den Wünschen des in Ostasien festgelegten Kapitals bei der Regierung Gehör zu verschaffen. Die „Flottenwünsche“ des Orients verdienen deshalb weitestehende Beachtung. Den ostasiatischen Kapitalisten genügt die Tirpitz-Vorlage gar nicht, sie haben schon jetzt Forderungen, die weit über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgehen. Und was verlangen sie durch ihr Sprachrohr, den „Lloyd“? Nachdem derselbe durch eine Zusammenstellung der Streitkräfte der Großmächte sich bemüht hat zu zeigen, daß die fünf geschätzten Kreuzer Deutschlands in Ostasien nicht genügen, fährt er fort: „Die notwendige Stärke des deutschen Geschwaders ergibt sich aus der obigen Zusammenstellung von selbst. 2 Linien-schiffe, 3 Panzerkreuzer, 6 geschätzte Kreuzer, 10 Hochsee-Torpedoboote ist das, was wir unter den augenblicklichen Verhältnissen hier in Ostasien brauchen.“ Hiermit sind jedoch die Wünsche des „Lloyd“ nicht erschöpft, er fährt vielmehr fort: „Spätestens bis zum Jahre 1904 müssen wir hier draußen eine Flotte haben von 4 Linien-schiffen, 3 Panzerkreuzern, 10 geschätzten Kreuzern, und 15 Hochsee-Torpedoboaten. Dazu kommen lediglich für den Hochseebienst 5 bis 6 Kanonenboote vom Typ „Alis“... Daß wir, nachdem Chinlang, Suku, Kialang, Kanfau, Jhang, Chuning und ein Duzend anderer Städte am Jangtse in den Kreis der deutschen Schiffsahrt gezogen sein

werden, dem Beispiel Englands folgen und besonders ganz hochgehende Fluch-Kanonenboote haben müssen, ist so selbstverständlich, daß wir es nicht nochmals zu erwähnen brauchen... Zum Schluß sei hier noch eines Punktes gedacht, der mit der Stärke der deutschen Flotte unmittelbar zusammenhängt: das ist die Befestigung der Kiautschou-Bucht. Ein unbefestigtes Kiautschou ist wertlos... Mit der Anlage der Küstenbefestigungen darf nicht zu lange mehr gewartet werden. Sie müssen fertig sein, ehe sich die Eisenbahn- und Hafenbauten der Vollenbung nähern.“

Zum Schluß wird dann die ostasiatische Frage mit der der Südpazifik verknüpft und gefordert: „Um den Ansprüchen, die deutsche Besitzungen und Handelsinteressen in der Südpazifik Marine stellen, gerecht zu werden, bedarf es unseres Größtens zweier geschätzter Kreuzer sowie fünf bis sechs Kanonenboote vom „Alis“-Typ, die sich im Falle eines Belages mit dem ostasiatischen Geschwader zu vereinigen hätten.“

Diese „ostasiatischen Flottenwünsche“ geben uns ein ungefähres Bild davon, wie viele hunderte Millionen uns der „Lloyd“ noch kosten wird, wenn die Volksvertretung die gegenwärtige „Weltflotte“ bewilligt und der Regierung Mut macht zu weiteren Forderungen für die Wasserpolitik. —

Deutsches Reich.

Kanal und Flotte.

In der Erörterung des Kanalhandels haben wir von Anfang an die Meinung vertreten, die Konservativen seien gar nicht gegen den Kanal, sie wünschten den Entwurf nur bis zu den neuen Handelsverträgen zu verlagern, um ihn als Kompensationsobjekt gegenüber der Regierung in der Hand zu behalten.

Jetzt wird von konservativer Seite zum erstenmal offen zugegeben, daß man diesen Zweck in der That verfolgt. Die „Deutsche Tageszeitung“ äußert sich allerdings noch in dem alten Plauerstil, man dürfe ein so wichtiges Werk nicht über-haften:

„Wie man es fertig gebracht haben sollte, die so außerordentlich schwierigen Vorarbeiten für die umfangreiche und umfassende Vorlage jetzt schon im allgemeinen zu erledigen, ist uns ein Rätsel. Doch darüber brauchen wir uns jetzt den Kopf der Regierung nicht zu zerbrechen. Wenn die Regierung der Flottenvorlage Schwierigkeiten machen und in der Sache selbst sich eine neue Niederlage holen will, so mag sie die Kanalvorlage überhaften. Will sie beides nicht, so hat sie die Pflicht, sie gründlich vorzubereiten und nicht zu überstürzen.“

Diese Warnung vor der Ueberhaftung klingt im Zusammenhang mit der Flottenvorlage ganz besonders komisch. Schon der vorjährige Kanalentwurf war von der Regierung mit einer unerwünschten Gründlichkeit und Sorgfälligkeit ausgearbeitet und motiviert worden wie kaum jemals ein andres Gesetz. Dennoch warnt man von Ueberhaftung dieses technischen Werks in demselben Augenblick, wie dieselben Konservativen sich aufschneiden, die ganz liebedlich und oberflächlich hingezanderte Flottenvorlage Hals über Kopf zu bewilligen, und dies, obwohl — nach offizieller Behauptung — der Flottenplan der bedeutungsvollste Gegenentwurf ist, der seit der Armeereorganisation einer deutschen Volksvertretung vorgelegen hat.“

Die „Post“ giebt dem auch das Gerücht von dem Nichtüber-haften auf und erklärt kurz und bündig:

„Mit einer Verschiebung der Kanalvorlage bis zur nächsten Session würde aber der Reichspolitik auf keinem Wege völlig gedient sein. Den Anforderungen wiesener Durchführung der wichtigen, der Reichspolitik auf handelspolitischem Gebiete gestellten Aufgaben würde es vielmehr allein entsprechen, wenn auf eine weitere Erörterung der Kanalvorlage im Landtage bis nach dem Jahre 1903 verzichtet würde.“

Da haben wir endlich die offene Bestätigung untrer Auf-fassung: Erst gut agrarische Handelsverträge, dann Kanal. Wir glauben, daß die Junker mit dieser Taktik der Verzögerung auch steigen werden. Ganz anders unsere braven, schlauen Liberalen. Sie bewilligen jetzt Millionen für die Flotte, um den Handel zu schützen und werden sich dann hernach vergebens gegen die handelsfeindliche Handelspolitik wehren. Sie weisen die Regierung nicht darauf hin, daß es den Anforderungen der Durchführung einer gedeihlichen Handelspolitik allein entsprechen würde, auf die weitere Erörterung des Marinenplans bis nach dem Jahre 1903 zu verzichten. Sie sind dafür aber auch — im Gegensatz zum Junkerthum — die Ewig-Wamierten. Auch der Kanalentwurf wurde ja auf das Interesse nationaler Beschäftigung wesentlich begründet. Gleichwohl fordern die nationalen Junker getrübt die Verlagerung des nationalen Weils bis nach 1903!

Nebrigens versichert die „Korrd. Allgem. Ztg.“ heute offiziell gegenüber der Nachricht, daß die Kanalvorlage zu Gunsten des Flottengegesetzes zurückgestellt werden soll, daß die mehrfach und öfters gegebene Stellung der Staatsregierung zur Kanalvorlage sich in keiner Weise geändert hat. Die Entscheidung über den genauen Zeitpunkt der Einbringung der Vorlage kann selbstverständlich erst nach vollständiger Herbeiführung aller angestrebten Einzelvorlagen getroffen werden.“

Das klingt gar unbestimmt. Die „mehrfach kundgegebene Stellung“ bezieht sich auf die Vorlage in dieser Session. Hohenzollerns Verprechen und das Wort des Kaisers verpflichten sich für diese Session! —

Eine freie Flottenkommission soll sich im Reichstage aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien gebildet haben, um ein Ueber-einkommen herbeizuführen in der Flottenfrage, namentlich in der Frage der Kostenbedeckung. Die katholische „Maritime Volkszeitung“ nennt die Meldung von der Bildung einer freien „Flottenkommission“ falsch oder mindestens den Ereignissen sehr fern voraussetzend.

Aber die „Berständigung“ ist jedenfalls auf dem Werke. —

Hochmut kommt vor dem Umfall kein Centrum! Bei der Generalversammlung des katholischen Männervereins in Deggendorf kam pfälzischer Rat Leonhard auch auf die Flottenfrage zu sprechen. Er führte u. a. aus:

„Man müsse sich auf die Annahme der Flottenvorlage gefaßt machen. Auch in Centrumskreisen herrsche die Ansicht vor, daß eine Vernehtung der Flotte eine Notwendigkeit sei.“

Und wie hat man vorher gezelet! —

Die vortofreie Landratsagitation für konservativ verteidelt in Kreis Magin kam nochmals zur Gerichts-verhandlung vor dem Landgericht zu Tilsit. Die „Tilsiter Allg. Ztg.“ war ebenso wie unser Königsberger Partei-Organ angeklagt wegen Beleidigung des Landrats Graf Lambsdorff und des Kreis-Schulinspektors v. Sultzeus. Es traten dabei noch einige recht interessante Details zu Tage. In der Zeugniserhebung sagt Herr Sultzeus im wesentlichen aus, er habe mit dem Landrat ein Gespräch gehabt über eine von der Regierung in Gumbinnen, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, ergangene Verfügung, welche die Aufforderung enthalte, für Verbreitung guter Christen, wie der „Freund Volks-freund“, das Berliner Sonntagsblatt, Kalender u. s. w. s. w. zu sorgen. Da ihm (Zeugen) kein Personal zur Verfügung stehe, habe er sich an den Landrat gewandt und dieser sich bereit er-

Härt, die Versendung von Circularen an die Lehrer übernehmen zu wollen.

Der Zeuge Landrat Graf Lambdors spricht sich über die Entsendung des fraglichen Circulars an die Lehrer dahin aus, er habe mit Herrn v. Bultjeus Rücksprache genommen und er (Zeuge) habe sich erboten, das Circular (etwa 10 Exemplare) in seinem Bureau vervielfältigen und von dort aus versenden zu lassen. Dort seien aber nicht staatlich angestellte, sondern Beamte beschäftigt, die er aus seiner Tasche bezahle. Was die Grenze der Postfreiheit anbelange, so sei es schwer, diese genau zu trennen. Es können leicht Versehen, Verstöße vorkommen. Er habe die Verfügung der Regierung, als eine amtliche erachtet und daher die Circulars an die Lehrer frankiert. Er (Zeuge) wolle für Ziele eines Flottenvereins, er sammle für ein Bismarckdenkmal, die Unterscheidung, was amtlich und nicht amtlich, sei schwer.

Teils auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Quast, teils der Verteidigung bekannte Zeuge Graf Lambdors, sich anfänglich weigern, vom Vorsitzenden aber veranlaßt, noch folgendes: daß die Kosten der unentgeltlichen Verbreitung des „Preussischen Volksfreund“ zum Teil durch Sammlungen des Landrats, zum Teil durch Beiträge des Rittergutsbesitzers Herrn Rad, Vorsitzenden des Konserativen Vereins in Magunt, aufgebracht seien.

Der angeklagte Redacteur wurde wegen des Fortwuns der Posthinterziehung freigesprochen. Das Gericht erklärte: Graf Lambdors und der Kreisinspektor v. Bultjeus scheinen die Verfügung der Regierung nicht richtig aufgefaßt zu haben. In dem vertraulichen Schreiben der Regierung werde gesagt, die Kreisinspektoren möchten persönlich, mündlich, in Konferenzen usw. für Verbreitung guter Lektüre wirken; von schriftlicher Agitation sei keine Rede.

Das interessanteste Element dieses Prozesses ist die Feststellung der Thatsache, daß von der höheren Regierungsbehörde eine besondere Verfügung ergangen ist, gemäß welcher die Unterbehörden für konservative Partei und Verblätter Agitation betreiben sollen. Ob mündlich oder schriftlich, ist dabei eine untergeordnete Frage.

Hülle im „Reichsboten“. Nachdem zu Gunsten der Flottenvorlage und unter der Wirkung des Wortes von der vorübergehenden Erscheinung eine Zeit lang die Schamhölzer gegen die Socialdemokratie geschwiegen, bricht jetzt die ganze Meute wieder lässend hervor, weil man eingesehen, daß man auch durch Wasseragitation die Socialdemokratie nicht aus der Welt zu reden vermag.

Der „Reichsbote“ hat sich anheimelnd sogar des Pastor Hülle bewährte Kraft gestrichelt. Nachdem er — à la „Krenz-Zeitung“ — ausgeführt, daß die Soldatenmishandlungen eigentümlich die Folge der socialdemokratischen Weltanschauung seien, bemerkt der fromme Mann:

„Es ist in der That ein hartes Stück, wenn Leute, welche die Prostitution, die doch jetzt immer noch von der öffentlichen Meinung als unmoralisch belächelt und verachtet wird, an die Stelle der Ehe setzen wollen, gegen die Prostitution in der bestehenden Gesellschaft losziehen, ohne schamrot zu werden und es noch fertig bringen, die fäulnis Entwürfen zu spielen!“

Die „Leute“ sind nicht etwa die Harmlosen, die Unmoralischen auf dem Lande, die Gegner der Arbeitgeber-Paragrafen in der lex Heinze, sondern die — Socialdemokraten.

Diese „christlich-sittliche Wahrheit“ kann nur — nun mit dem „Reichsboten“ zu reden — den „legitimen Mund“ des Pastor Hülle entströmt sein. Wir können uns wenigstens nicht denken, daß es noch einen andern Pastor giebt, der mit dieser naturwüchsigen Phantasie, kraft politische Gegner verleumdet.

Kirche und Kaiser. Die Eidesleistung des Erzbischofs Dr. Simar im Berliner Schloß wird auf Wunsch des Kaisers von Wilhelm Sabe in einem großen Delgemälde dargestellt werden. Es wird der Moment veranschaulicht werden, in welchem Dr. Simar knieend dem Kaiser den Treueid leistete.

Soll das ein Gegenbild zu den Kanoss-Bildern werden? —

München, 21. Februar. Abgeordnetenkammer. Zur Beratung steht der Etat der Post- und Telegraphenverwaltung, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 36 655 720 M. und einer Reineinnahme von 3 351 221 M. abschließt. Wie im Reich werden vom 1. April ab die fünf bestehenden Privatposten vom Fiskus übernommen, das Gewicht für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm erhöht, die Bestellgebühren für Zeitungen nach dem für das Reich beschlossenen System normiert, die Telegraphengebühren nach der Gesprächszahl abgestuft, bezw. den Abonnenten die Wohl zwischen einer Parallele in Höchstbetrage von 150 M. und einer Grundgebühr mehr Gesprächsgebühr anbehalten. Infolge Abgeordneten fordern ein eigenes Verkehrsministerium, mit einem Sachmann an der Spitze, weitergehende Herabsetzung der Telegraphengebühren, Verbilligung und Verbesserung des Postwesens, namentlich Ausdehnung des Nachbarverkehrs. Besonders treten die socialdemokratischen Abgeordneten für die Verrückung des Dienstpersonals ein, das in 20 Petitionen um Gehaltsaufbesserung, Entlastung im Dienst, Wohnungszuschuß etc. nachsucht. Nach den Ausführungen des Ministers ist ein eigenes Verkehrsministerium in Aussicht genommen, die Avancementverhältnisse des Personals sollen verbessert, die Sonntags-Arbeit thunlichst eingeschränkt und die Urlaubszeit nach dem Vorbild der Reichspost geregelt werden; der Wohnungsnot soll durch Zuschüsse an Bauvereinigungen entgegengetreten werden. Zu den angelegten Verkehrsverbesserungen äußerte sich der Minister sehr vorsichtig, beim Telephon sind Nebenanschlüsse auf eigenen Grundstücken — wie sie die Reichs-Postverwaltung plant — nicht in Aussicht genommen, weil dadurch die Hauptleitungen zu sehr belastet werden könnten.

Fabrikinspektion in Bayern.

München, 22. Februar. (Eig. Ber.) Zur Fabrikinspektion in Bayern ist eine Entschliessung des Ministeriums des Innern ergangen, der wir folgendes entnehmen:

Unter allen Verhältnissen sollen in sämtlichen Aufsichtsbezirken mindestens die Hälfte der Fabriken und der über fünf Arbeiter regelmäßig beschäftigten Betriebe jährlich der Revision unterstellt werden. Die Orts-Polizeibehörden sind streng anzuhalten, die Thätigkeit der Aufsichtsbeamten zu unterstützen. Betriebe, in welchen grobe Missethände vorgefunden wurden oder Missethände, die auf länger Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften beruhen, sind öfter im Jahre zu revidieren. Der mangelhaften Reinlichkeit in Handwerksbetrieben, den Missethänden in Schaffstätten, ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und sind die Distrikts-Polizeibehörden zu geeigneter Vorgehen zu veranlassen. Die Handwerkskammern sind anzuzwecken, der Lehrlingshaltung und Lehrlingsausbildung ihre Aufsicht zuzuwenden. Die Bildung von Handwerker-Genossenschaften soll möglichst gefördert, sie sollen auf die Vorgehens des meistbesten Betriebs hingewiesen werden. Die Thätigkeit der weiblichen Hilfskräfte soll sich vorzugsweise dem mit Arbeiterinnen besetzten Betrieben zuwenden und auf die Erforschung der in der Hausindustrie und im Hausierhandel beschäftigten Frauen und Kinder erstrecken. Die Bestrebungen, für die in der Verrückung - Industrie beschäftigten Heimarbeiters entsprechende Verhältnisse seitens der Unternehmer zu errichten, sind thunlichst zu unterstützen, die Aufsichtsbeamten haben ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Außerdem wird die Aufmerksamkeit des Aufsichtspersonals auf Anlage und Kontrolle von Aufzügen gelenkt und auf die mit der Ueberwachung von Fabrikanten betrauten Personen, welchen mindestens einige dienstfreie Sonntage im Jahre zu sichern sind und schließlich werden für das laufende Jahr Specialerhebungen über das Bauerngewerbe angeordnet.

Socialreform im Großherzogtum Hessen.

Man schreibt uns aus Hessen:

Ein erfreulicher Fortschritt auf dem Wege social-politischer Gleichberechtigung scheint sich im Großherzogtum Hessen zu vollziehen. Wie bereits telegraphisch gemeldet, bringt das Regierungsblatt vom 20. Februar eine Verordnung, durch welche die Bildung einer besonderen „Ministerialabteilung für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe“ vorgeesehen wird. Als außerordentliche Mitglieder sind je ein Vertreter des Handelsammertrages, der Centralstelle für Gewerbe und der Handwerkerkammer vorgeesehen, welche bei wichtigeren Fragen zuzuziehen sind. Dann heißt es weiter: „Betreffen diese Fragen die Verhältnisse der gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Gewerbe-Ordnung), so wird die Ministerialabteilung zu der Beratung oder Bearbeitung auch Personen aus dem Kreise der Arbeitnehmer zuziehen.“

Damit ist eine Forderung erfüllt, die von unsern Vertretern im Landtag wiederholt gestellt worden ist, und die den ersten Schritt auf dem Wege zur Einrichtung einer Arbeiterkammer bedeutet. Der wichtigste Punkt bleibt freilich in der Verordnung unberührt, die Frage nämlich, wer die zur Mitarbeit in der Ministerialabteilung heranzuziehenden Arbeiter auszuwählen hat. Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung die Wahl der betreffenden Vertreter durch die Gewerbevereins-Versammlungen vorzunehmen zu lassen. Das entspricht zwar auch noch nicht dem, was im Interesse vollster Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen mit den Organisationen des Handels, Handwerker- und Bauernstandes zu verlangen ist, es wäre aber immerhin eine brauchbare Grundfrage, auf der ein erster Versuch aufgebaut werden könnte. Wir wollen hoffen, daß die Regierung sich auf jeden Fall bereit findet, der Arbeiterkammer selbst die freie Auswahl ihrer Vertretungsmänner zu überlassen. Nur dann kann bei der ganzen Sache etwas für die Arbeiterkammer wirklich Wertvolles herauskommen.

Es wird fortgeschoben. Aus Elßaß-Lothringen schreibt man uns: Ahermals erregt eine folgenschwere Schieberei eines Gendarmen, diesmal gegenüber einem wehrlosen 15-jährigen Menschen, im Lande peinliches Aufsehen. Der im genannten Alter stehende Arbeiter Röder von Großmoheuvre bei Weg war am 1. September v. J. aus der Besserungsanstalt in Hagenau, wo er einige Zeit zwangsweise untergebracht gewesen war, entwichen, hatte sich über die Grenze nach Frankreich begeben und dort bei einem Bauer Dienste genommen. Anfang Januar d. J. ließ ihn sein Vater nach Großmoheuvre zurückkommen, und seither arbeitete der junge Mann als fleißiger Arbeiter im Rombacher Stahlwerk. Durch Nachbarleute der Röderischen Familie erfuhr jedoch der in Großmoheuvre stationierte Gendarm den Aufenthalt des Sohns. Er erschien deshalb am Abend des verfloffenen Sonnabend gegen 9 Uhr in der Wohnung Röders und nahm den jungen Mann, der bereits im Bett lag, mit der Erklärung fest, daß er ihn wieder nach Hagenau in die Besserungsanstalt einliefern werde. Der Vater wurde an den Händen gefesselt und abgeführt. Auf der Straße machte er jedoch, unterstützt von seiner Mutter, einen Mordversuch. Während nun der Beamte die Frau mit dem Säbel abwehrte, gelang es dem Verhafteten, über eine Wiege zu entfliehen. Der Gendarm gab darauf zwei Revolverkugeln auf ihn ab, von denen der eine ihm eine Verletzung am Oberschenkel beibrachte, und verordnete infolgedessen den Flüchtling wieder zu ergreifen. Dieser suchte sich aber wieder loszureißen, und bei dem hierbei entstehenden Handgemenge gerieten beide in einen der Straße entlang stehenden Bach. Hier gab der Gendarm, wie ein Bericht des lothringischen Regierungsblatts „Reger Jg.“ feststellt, einen dritten Revolver-schuß auf den jungen Mann ab, der ihn ins Kreuz traf. Dann brachte der Beamte den Schwerverletzten in den Polizei-Arzt, wo der Montonalarzt die Kugel aus dem Körper des Betroffenen herausschnitt. Später wurde Röder nach dem Hospital des Rombacher Hüttenwerkes übergeführt.

So weit der Thatbestand des Aufsehens erregenden Vorfalles, über den selbst die launfrömmen „Straßburger Post“ entwirft eine genaue Unternehmung verlangt. Das Blatt stellt ausdrücklich fest, daß keinerlei Veranlassung vorlag, den jungen Mann, der seit seiner Entfernung aus der Besserungsanstalt ordentlich gelebt und fleißig gearbeitet hat, nacheinander Weise aus dem Bette zu holen, während er ruhig schlief, ihn zu fesseln und ohne Aufschub nach Hagenau zurückzubringen. Auch sei es wohl nicht notwendig gewesen, auf einen fliehenden Knaben zu schießen und ihn nachher noch in der angegebenen Weise schwer zu verletzen.

Einbestellung von Ortsbriefen. Bisher bestand der Zustand, daß bei Sendungen an Empfänger, die im Ortsbestellbezirk des Aufgabepostamts wohnen, die Einbestellung ausgelassen war. Die Inanspruchnahme der Einbestellung im Ortsbestellbezirk der Aufgabepostamt ist nunmehr vom Staatssekretär des Reichs-Postamts verfügt worden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Weg hatte sich kürzlich der 22-jährige Bergmann Heinrich Petry von Großmoheuvre wegen Majestätsbeleidigung und Bedrohung zu verantworten. Am 15. und 17. Januar d. J. hatte er bei der Arbeit nicht wiederzugebende Äußerungen über den Kaiser gethan und einen Grubenbeamten, der ihn zu fleißigerem Arbeiten anhielt, mit dem Messer bedroht. Der Angeklagte bekannte, in beiden Fällen im Zustand starker Zornlichkeit und hochgradiger Erregung gehandelt zu haben. Das Urtheil ließ diesen Umstand jedoch nicht gelten, erklärte Petry vielmehr der Majestätsbeleidigung in beiden Fällen für schuldig und lautete dieselbe halb sowie wegen der Bedrohung auf eine Gesamtgefängnisstrafe von neun Monaten.

Der ebenfalls in Weg vor etwa 14 Tagen unter der Beschuldigung einer Majestätsbeleidigung verhaftete Zuhälter Billwerth mußte wieder auf freien Fuß gesetzt werden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß die gegen ihn eingereichte Denunziation auf böswilliger Verleumdung beruhte. Wegen des Angeber ist gerichtliche eingeschritten worden.

Aus Fierlohn meldet man, daß dort ein eine Flottenver-sammlung überwachender Polizeibeamter in dem von ihm erstatteten amtlichen Bericht zwei Vertreter der Presse denunzierte, beim Kaiserhof sich gelieben zu sein. Alsdann wurde die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet, wobei sich herausstellte, daß beide Personen bei der Ausbringung des Kaiser-hofs überhaupt nicht mehr anwesend waren. Da demnach der Beamte bei seiner Behauptung bleibt, sehen die Vertreter der Presse laut „Kreiszanzeiger“ sich veranlaßt, gegen den Beamten Anzeige wegen falscher Anschuldigung zu erheben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Regierungserklärung

wird in der Presse im allgemeinen wohlwollend aufgenommen. Ob die Czaren ihre Drohung der alsbaldigen Obstruktion wahr-machen werden, bleibt abzuwarten. Die Führer der Rechten haben sich von den jugendlichen Abgeordneten Klare und blühende Aussicht darüber erboten, ob die Zeichen auch der Erledigung der sogenannten Staatsnotwendigkeiten Obstruktion entgegen-setzen wollen, wobei die Rechte nicht mitmachen würde.

In der Diskussion, die am Donnerstag bereits begann, erklärte Schrammel, die Socialdemokraten könnten der gegen-wärtigen Regierungsvorlage unter keinen Umständen zustimmen. Redner lagt über die unentgeltlichen Lasten des Militarismus, durch welchen der kulturelle Fortschritt gehemmt werde. Die Verhandlung über diesen Gegenstand wird dann abgebrochen und das Haus beginnt die Debatte über die Dringlichkeitsanträge betr. den Aus-

stand in den Kohlenbergwerken. Der Vorsitzende bemerkt, er wolle sämtliche den Ausstand in den Kohlenbergwerken betreffende Dringlichkeitsanträge gleichzeitig zur Verhandlung bringen. Der Socialdemokrat Verkauf begründet seinen Dringlichkeitsantrag. Er schildert die Ursachen des Ausstands, klagt über die Behandlung der Arbeiter seitens einzelner Grubenbesitzer und spricht für die Einführung des Achtstundentags.

Zu der Zeitungsfrage beantragte der Czeche Stranzky, das Haus möge in namentlicher Abstimmung darüber entscheiden, ob nicht vor Wiederaufnahme der Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Kreuzenkontingents-Vorlage die Dringlichkeitsanträge über den Kohlenarbeiter-Streik verhandelt werden sollen. Das Haus lehnt diesen Antrag mit 139 gegen 85 Stimmen ab.

Die neue Gemeindevahl-Ordnung für Wien, über die wir unsrer Leser in der Sonntagsnummer unterrichtet haben, wurde im niederösterreichischen Landtag verhandelt. Der Landtag nahm in seiner Freitagssitzung die ersten 18 Paragraphen des neuen Gemeindefstatuts für Wien an, worauf die Sitzung unterbrochen wurde.

Wien, 23. Februar. Die Obstruktionsversuche fanden in der heutigen Reichsrats-Sitzung von keiner Seite Unterstützung. Der Reichsrat setzte die Debatte über das Neustrategie fort. Die Deputationalen, besonders Wolf, behaupteten, der Kriegsmünster habe den Engländern 2000 Pferdeköpfe aus dem Brünner Montardepot zur Verfügung gestellt; daß dies sowie die englischen Pferde-lauf der Kaiser dulde, sei unrichtig. Für die Beileidigung des Kaisers erhielt Wolf einen Ordnungsruf.

Schweiz.

Basel, 22. Februar. (Eig. Ber.) Das Gesetz ist es, es habe die Arbeitslosen-Versicherung! Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte unser unermüdlicher und unentnützigter Genosse Balthesler am Tage nach der Verwerfung der Arbeitslosen-Versicherung im „Basler Vorwärts“ einen Artikel, in dem er die Motive, aus denen die bunt zusammengewürfelte Schaar der Gegner die Vorlage verwarf, kritisch beleuchtete und sodann mittheilte, daß er sofort dem Präsidium des Großen Rats (Landtag) folgenden Antrag eingereicht habe: „Der Regierungsrat wird eingeladen, zu prüfen und beschließend darüber Bericht zu erstatten: 1. Ob von Staatswegen ein Fonds zur Unterstützung unverschuldet arbeitsloser Bürger und Einwohner des Kantons anzulegen, und, abgesehen von etwaigen Schenkungen und Vermächtnissen, durch jährliche Einlagen des Staates zu ankufen (vermehrten) sei. Wenn ja: 2. Wie hoch die jährliche Einlage des Staates in diesen Fonds zu bemessen sei. 3. Nach welchen Grundsätzen der Fonds verwalten und verwendet werden sollte, wobei insbesondere zu erwägen wäre, ob und unter welchen Bedingungen an berufliche Vereine oder Verbände von Arbeitern und Angehörigen der Handwerker- und Fabrikarbeiter-Versicherung beizutreten, oder zugleich an berufliche Arbeiter- und Angehörigen-Vereine (bezw. Verbände), die gemeinsam die Arbeitslosen-Versicherung betreiben wollen, Beiträge verabfolgt werden könnten.“

Belgien.

Brüssel, 20. Februar. (Eigener Bericht.) Die politische Situation des Landes wird durch die herannahenden Wahlen bestimmt; die Parteien rüsten sich zum Kampf. Leider sind die Beziehungen, alle Parteien der Opposition gegen die Alerikolen zu einigen, in den Provinzen Flandern und Limburg durch die Schuld der Liberalen getrübt. Die Socialisten, Radikalen und Christlich-Demokraten (Dacristen) waren für den Zusammenschluß, die Unnachgiebigkeit der Ultraliberalen verhinderte ihn. Wie sehr das den Ausgang der Wahlen beeinflussen wird, geht daraus hervor, daß in 13 Kreisen das Zusammengehen aller Oppositionsparteien notwendig ist, um je einen Sitz den Alerikalen entgegen zu können.

Der Kongreß der socialistischen Kooperativ-Genossenschaften, der dieser Tage in Brüssel tagte, hat beschlossen, eine Föderation der Kooperativ-Genossenschaften zu begründen. Alle amwesenden Vertreter erklärten für ihre Genossenschaft den Beitritt als Organ des Bundes wird „L'avenir social“ (Die sociale Zukunft) bestimmt.

Die Radikalen Belgiens haben sich auf ihrem soeben in Brüssel stattgehabten Kongreß für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen.

Frankreich.

Vor dem Staatsgerichtshof hielt der Staatsanwalt am Donnerstag sein Plaidoyer und beantragte die Verurteilung Haberts. Nach dem Staatsanwalt hielt der Verteidiger Anwalt Chenu sein Plaidoyer, in dem er die Freisprechung Haberts verlangte. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 23. Februar. Der Staatsgerichtshof erklärte mit 72 gegen 48 Stimmen und diez Enthaltungen Marcel Habert für schuldig. Das Strafmaß ist noch nicht bekannt. Der Gerichtshof berät sodann in geheimer Sitzung über die Festsetzung des Strafmaßes. Nach Wiederaufnahme der öffentlichen Sitzung verließ der Präsident den Beschluß des Gerichtshofes, demzufolge Habert mit 75 gegen 41 Stimmen zu fünfjähriger Verbannung verurteilt wird. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Paris, 23. Februar. Der „Intendant“ veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des Marineministers, in welchem dieser unter Hinweis auf die Angelegenheit des kompromittierten Beamten des Marineministeriums Philipp erklärt, daß er von nun an gegen diejenigen Beamten, welche irgend eine Stelle bei geschäftlichen Unternehmungen innehaben, mit strengen Disciplinarstrafen vorgehen werde.

Italien.

Rom, 22. Februar. Der „Avanti“ kündigt an, daß die äußerste Linke am Sonntag die Obstruktion wieder aufnehmen werde, da die Freiheit bedroht sei.

Amerika.

Deutsch-amerikanischer Handelsvertrag. Washington, 22. Februar. Die deutschen die Landwirtschaft betreffenden Abänderungs-Vorschläge zu dem geplanten deutsch-amerikanischen Handelsvertrag machen den Entwurf als Grundlage der Reciprocity unannehmbar. Obgleich noch kein formeller Beschluß gefaßt ist, werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich erklären, dieser Entwurf sei nicht acceptabel, und daher ablehnen, in Unterhandlungen zur Vereinbarung eines Reciprocity-Vertrages einzutreten.

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus den östreichischen Gebieten liegen neue Meldungen nicht vor, eine Aenderung des Streiks ist nach keiner Seite eingetreten. Soweit es den Streikenden möglich ist, Versammlungen einzuberufen, zeigen diese einen massenhaften Besch. Aber nirgends macht sich eine Stimmung geltend, die der bedingungslosen Beilegung des Streiks das Wort redet. Man ist einzig in dem Verlangen, den Kampf fortzusetzen.

Aus Sachsen werden infolge des Kohlemangels fortgesetzt weitere Betriebsbeschränkungen gemeldet. Bürgerliche Blätter melden einen Rückgang des Streiks und die Betriebsdirektionen geben an, daß sie den Ausstand für beendet erklären. Dem steht aber die Thatsache entgegen, daß der amtliche Bericht meldet, daß im Zwickauer Revier 4000 Bergleute abgelegt seien. Das sind Streikende, gegen die sich die Alerikolen richtet und niemand wird glauben, daß die 4000 Arbeiter durch andre ersetzt sind. Dazu kommt, daß fast ausschließlich Arbeiter unter Tag am Streik beteiligt sind, also diejenige Arbeiterkategorie, die am wichtigsten im Bergbau ist. Die Arbeiter hatten, wie bereits mitgeteilt, neue Verhandlungen angebahnt und zu gleicher Zeit ihre Forderungen herabgesetzt. Sie verlangten:

1. Verkürzung der Schichtzeit; a) Verbot aller Ueberstunden, b) mögliche Beseitigung aller Sonntagsarbeit. 2. Zulage im Schicht- und Gedingelohn für alle Arbeiter; Festsetzung eines Mindestlohns. 3. Abschaffung der getrennten Gedinge. 4. Maßregelungen wegen Beteiligung an der Lohnbewegung oder Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht erfolgen. 5. Festsetzung aller getroffenen Abmachungen in den Arbeitsordnungen.

Auch diese Forderungen, wie überhaupt jede Verhandlung, sind von dem Verein für bergbauliche Interessen in Lugau-Delsnitz abgelehnt worden. Die Unternehmer wollen keine Verständigung, sie vertrauen auf ihre Macht und die der Behörde. Die Arbeiter sind in diesem Kampf auf ihre eigene Kraft angewiesen.

Aus Halle wird uns geschrieben: Wie vorauszusehen war, hat infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer der Streik eine größere Ausdehnung genommen. Eine mittags in Dölan stattgehabte, von 400-500 Bergleuten besuchte Versammlung beschloß, keine Verhandlungen mit dem Unternehmertum wieder einzuleiten. Der Streik hat sich heute auf das Mansfelder Gebiet - den Saalkreis - mehr ausgedehnt. Zum Sonntag sind für Teutschenthal im Saalkreis zwei Versammlungen einberufen und am Montag wird der Ausstand dort allgemeiner werden. Die Bergleute sind gewillt, ihre Sache mit aller Energie zu betreiben.

Wie schon gemeldet, ist der Streik im Bezirk Zeitz-Weißenfels am Donnerstag früh ausgebrochen. Auf mehreren Gruben, die eine Tagelohn von 150 Arbeitern haben, sind 133 Mann in den Ausstand getreten. Am Abend haben auch die Nachschichten dieser Gruben nicht an, doch blieben hier einige Leute mehr zurück. Gleichfalls trat am Abend die Grube „Groißschänke“ bei Zeitz mit 40 Mann Nachschichtlern in Streik, hier blieben 20 Mann stehen. Am Freitag früh erwartet man weiteren Ausstand auf andern Gruben, auch aus dem Hohenmörsener Bezirk. Eine überfüllte Versammlung in Teuchern - in der Polozny referierte - beschloß, nochmals die Direktoren zu einer Verhandlung nach Zeitz zu laden und hierzu die Bergleute Schörlers-Halle und Schanz-Zeitz um ihre Vermittlung anzugehen. Diese Verhandlung soll Sonntag stattfinden. Schlägt sie fehl, oder fällt sie resultatlos aus, dann treten auch die Gruben im Teuchern und Trebnitz am Montag in den Ausstand.

Zum Streik der Berliner Möbeltischler.

Der Stand der Bewegung hat sich nur wenig verändert. Einige kleinere Werkstätten haben die Bewilligungen zurückgezogen, in 19 Werkstätten mit 87 Tischlern sind die Arbeiter ausgesperrt. Im Streik befinden sich 6100 Tischler. Gegen 100 Unverheiratete sind gestern abgereist.

Die freie Vereinigung der Holzindustriellen setzt ihre Bemühungen fort, eine Aussperrung sämtlicher Holzarbeiter herbeizuführen. Es scheint, als ob die Räder der freien Vereinigung durch die Aussperrung nicht nur die Arbeiterorganisation, sondern auch Hunderte von Kleinmeistern treffen wollen. Und wenn die Kleinmeister glauben, durch Bewilligung der Arbeiterforderungen schweren Schaden zu erfahren, so mögen sie sich vorsetzen vor den Lebenswichtigkeiten der Holzindustriellen. Von dort droht ihnen das Verderben, deren Hilfe kann ihnen die Vernichtung bringen. Die Herren Millionäre unter den Holzindustriellen wünschen Zustände wie in der Metallindustrie; merkwürdig, daß die Tischlermeister so kurzfristig sind und dies nicht einsehen, sondern in ihrer Abneigung gegen die Gesellen lassen sie sich zu Maßnahmen drängen, die in letzter Linie gegen sie selbst auszuwirken müssen. Auch die Fräsemeister wollen den Holzindustriellen Vorparadiese leisten zum Niederhalten ihrer Arbeiter. Mehr gezwungen als freiwillig haben sie beschloßen, ihre Betriebe schließen zu lassen. Wenn die Herren in ihrem Machtwahn sich nur nicht verrechnen!

Am Freitag hielten die streikenden Tischler eine öffentliche Versammlung bei Keller in der Koppenstraße ab. Der Saal war lange vor Beginn der Versammlung überfüllt und wurde deshalb polizeilich abgesperrt, so daß Hunderte vor dem Eingang warteten. Wie der Referent Maß berichtete, ist die Situation im allgemeinen unverändert. Die Mehrzahl der Meister sträubt sich immer noch, die Forderungen anzuerkennen, aber die Kampfeslust der Streikenden wächst von Tag zu Tag. Obgleich die Abreise der ledigen Kollegen noch nicht von der Ortsverwaltung beschloßen worden ist, haben sich schon viele Unverheiratete bereit erklärt, Berlin sofort zu verlassen, damit den Juristilebenden der Kampf um so leichter werde. - Die Stimmung der Versammlung war eine begeisterte, und machte sich bei allen eine zuverlässige und siegesoptimistische Haltung bemerkbar.

Die freie Vereinigung der Holzindustriellen aufstellte ihre Propaganda am Freitagnachmittag in einer Versammlung der Tischlermeister, die von 400-500 Personen besucht war. Die Leiter der freien Vereinigung bemühten sich nach Kräften, die Tischlermeister zum energischen Widerstand gegen die „unberechtigten Forderungen“ der Gesellen scharf zu machen. Die Arbeitgeber - so hieß es - haben jetzt die Organisation des Holzarbeiterverbandes nachgeahmt, sie seien deshalb wiederstandsfähiger wie früher, und unter der Führung der freien Vereinigung würden sie in der Lage sein, die Forderungen der Gesellen zurückzuweisen. Weiter wurde mitgeteilt, daß sich von den 110 am Ort befindlichen Fräseereien 78 bereit erklärt hätten, ihre Betriebe sofort zu schließen, damit die Tischlermeister, welche bewilligt haben, keine Maschinenarbeit bekommen. In hochgeschwämmer Erwartung nehmen die Herren an, daß wenigstens 90 Fräseereibesitzer sich ihrer Bewegung angeschlossen haben. Am Montag sollen die Holzhandwerker dahin bearbeitet werden, den Tischlermeistern, die nicht auf Seiten der freien Vereinigung stehen, kein Holz mehr zu liefern. Die freie Vereinigung will dafür sorgen, daß den Tischlern, die Zahlungen an die Holzhandwerker zu leisten haben, die Schuld prolongiert wird. Das könnte sehr leicht bis auf Rummelwieseherien geschehen. Ferner sollen die verschiedenen Branchenvereine der Tischlermeister mobil gemacht werden. - Die Herren von der freien Vereinigung versicherten zwar, daß sie eine genaue Kontrolle über die Tischlerereien ausüben, aber wie viele bewilligt oder nicht bewilligt haben, davon wurde nichts gesagt. Man machte einige Firmen namhaft, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben und sich trotz aller Anstrengungen der Agitatoren von der freien Vereinigung nicht auf deren Seite stellen wollen. Diesen Firmen wurde der Boykott und die tiefste Verachtung angedroht. Man sprach die Hoffnung aus, daß in nächster Woche alle Räder (nämlich der Fräseereien) stillstehen würden, aber diesmal nicht, weil es der starke Arm der Arbeiter, sondern weil es die Unternehmer im Kampf gegen die Arbeiter zu wollen.

Die Stellung der Wildhauer zum Streik wurde am Donnerstag in einer gut besuchten Versammlung beraten. Bis heute sind in 28 Betrieben 84 Mann ausgesperrt bzw. 9 davon sind im Streik getreten. 4 Mann sind anderweitig in Arbeit gebracht, so daß gegenwärtig 80 Mann aus 28 Betrieben ausständig sind. Die Agitationskommission hat den Beschluß gefaßt: Ueberall da, wo die Tischler die Arbeit niedergelegt, haben die Wildhauer weiterzuarbeiten. Nur wo die Wildhauer einen Druck zu Gunsten der Tischler ausüben können, ist die Arbeit niederzulegen. Jedoch ist jeder einzelne Fall vorher der Agitationskommission der Wildhauer zu unterbreiten. Das Bureau befindet sich Köpckestraße 62, Restaurant Spielberg. Tischler Binde, Vertreter der streikenden Möbeltischler, gibt seiner Freude über den gefaßten Beschluß kund. Auch die Tischler hatten diesen Beschluß gefaßt, um dieselben den Wildhauern zur Annahme zu empfehlen.

Nach längerer Diskussion wurden folgende Anträge einstimmig angenommen: 1. Jeder arbeitende Wildhauer zahlt für die in Folge des Tischlerstreiks ausgesperrten Kollegen einen Extrabeitrag von 50 Pfennig pro Woche, welcher auf Listen der Agitationskommission eingetragen wird. Die Sammlung beginnt mit Sonnabend, den 24. Februar.

2. Die ausgesperrten Wildhauer beim gegenwärtigen Tischlerstreik sind als Streikende zu betrachten und demzufolge zu unterstützen. Die Unterstützung geschieht in folgender Weise: Verheiratete

pro Woche 15 M., pro Kind 1 M. Zuschlag, Unverheiratete 12,50 M. pro Woche.

Ebenso wird der Beschluß der Agitationskommission angenommen.

Die Aussperrung der Maschinenarbeiter ist bereits perfekt geworden. Fast alle Fräseereibesitzer, auch die, welche nicht auf Stundenarbeit angewiesen sind, die Leistenfabrikanten haben schon gestern, je nachdem Kündigungsfrist einzuhalten ist oder nicht, ihre Arbeiter entlassen sofort entlassen oder gekündigt.

Die Tischler in Niddorf nahmen am Donnerstag gleichfalls Stellung zur Lohnbewegung. Einstimmig erklärten sich die Versammelten mit dem Vorgehen der Berliner Tischler einverstanden, sprachen ihre Solidarität mit ihnen aus und bestimmten, pro Mann und Woche eine Mark in einen Streifonds zu steuern, um die Folgen der bisherigen Laune gegen Lohnfragen auf diese Weise zu verbessern. Die Firma Barlevitz hat bereits die neuen Forderungen anerkannt, bei 21 andern Firmen sind die Forderungen gestellt und bei zweien sind die Arbeiter im Ausstand. Da, entgegen den Behauptungen der Unternehmer, die Arbeit im allgemeinen eine dringende ist und keineswegs von einer Ueberproduktion gesprochen werden kann, auch Unterstützungsmittel vorhanden sind, so hoffen die Arbeiter auf einen baldigen Sieg. Der Termin zur Stellung der Forderungen soll in einer nächsten Versammlung beschloßen werden.

Am Sonntag werden die Tischler in Adlershof Stellung zu der Lohnbewegung nehmen. Die Versammlung findet im Lokal von Schmauser statt.

Aus der Frauenbewegung.

Unter den proletarischen Frauen der nordöstlichen Provinzen macht die Agitation, wie aus einem Bericht der „Gleichheit“ zu ersehen, recht erfreuliche Fortschritte. Die Genossin Zieg hat in diesen Gegenden eine größere Anzahl öffentlicher Versammlungen abgehalten und dabei die Beobachtung machen können, daß die Frauen stets einen großen Teil der Versammlungsbesucher stellen. In Ebing und Köpckeberg beteiligten sich auch Genossinnen recht lebhaft an der Diskussion. Im Vergleich zum Stande der allgemeinen Arbeiterbewegung, so berichtet Genossin Zieg, ist in diesen Gegenden die Frauenbewegung recht weit vorgeschritten. Fast an allen Orten sind weibliche Vertrauenspersonen vorhanden, die ihre ganze Kraft einsetzen und zum Teil mit außerordentlichem Geschick die Bewegung leiten und erweitern.

Praktische Frauenbeschäftigung. Im Danziger Hafen werden, wie die „Gleichheit“ berichtet, Frauen zum Laden und Löschen von Schiffen verwendet, neuerdings sogar von Kohlen Schiffen, eine Arbeit, die besonders anstrengend ist. Natürlich werden die Frauen als Lohnrückerinnen gegen die Männer ausgepielt. Eine Anzahl männlicher Gasarbeiter sind entlassen und durch Frauen ersetzt worden. Erstere wurden pro Tag mit 3 M. entlohnt, die eingestellten Arbeiterinnen erhalten dagegen nur 1,80 M. und müssen dafür das gleiche leisten wie die Arbeiter.

Merkwürdig, daß kein Professor findet, daß die Frau für solche Beschäftigung ungeeignet sei.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik der Kleber (Tapezierer) dauert fort. Die Werkstatt von Ralmbach, Potsdamerstr. 80, ist für Polsterer und Kleber gesperrt. Ferner sind für Kleber folgende Firmen gesperrt: Seifert, Ansbacherstr. 19; Wappenhans, Bayreutherstr. 28; Szaane, Steglitzerstr. 8. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Achtung, Textilarbeiter! Die Firma Leonhard Spril u. Co. in Berlin, Spittelmarkt 6/7, hat vor kurzem Rundstuhl-Arbeiterinnen nach Lübben gesperrt. Für Arbeitstuchende sei bemerkt, daß hier am 20. Februar sämtliche Rundstuhl-Arbeiterinnen ausgesperrt wurden, weil sie sich gegen die vielen Ueberstunden auflehnten. Nach längeren Unterhandlungen wurde die Aussperrung zurückgenommen, doch mußten die Arbeiter einen Revers unterschreiben, daß sie sich nicht weigern wollen, auf Verlangen des Fabrikanten jeder Zeit Ueberstunden zu machen. Die Arbeiterinnen forderten nun, daß, nachdem sie vier Wochen hinter einander Ueberstunden gearbeitet haben, ihnen in den folgenden vier Wochen regelrechte Arbeitszeit gewährt werden sollte. Auch das lehnte der Fabrikant ab. Wenn die Arbeiter in Lübben erst den Wert einer Organisation erkannt haben, werden sie sich auch eine vernünftige Arbeitszeit verschaffen, aber alle Rundstuhl-Arbeiter und Arbeiterinnen werden daraus sehen, daß es gut ist, den Bezug nach Lübben fernzuhalten.

Der Centralvorstand des Textilarbeiter-Verbandes.

Schwarze Listen im Wurmevier. Die vor und während des Streiks gemahregelten Vergleute bekommen selbst auf den benachbarten belgischen Gruben keine Arbeit, trotzdem „grüßliche“ Wälder vor Freude darüber, daß die Vergleute aus bitterer Not wieder zu Kreuze krochen, versicherten, auch die Gemahregelten würden wieder eingestellt werden. Ein belgischer Beamter zeigte den um Arbeit nachfragenden sehr zuvorkommend die „schwarze Liste“, auf welcher ihre Namen prangten, und bedauerte, sie mit ihnen Abgangsgewissenen, welche zum Teil auf Kontraktbruch lauten, nicht annehmen zu können.

Im südafrikanischen Krieg

ist noch keine Entscheidung gefallen, eine solche wenigstens ist in Europa nicht bekannt. Cronjes Armee scheint sich mit heldenmütiger Tapferkeit immer noch zu halten und hat sich vielleicht, sofern ihr rechtzeitig Hilfe geschickt werden konnte, den umklammernden Armeen der englischen Uebermacht entvunden.

Es ist jetzt in England ein ausführlicher Bericht über den Kampf mit den Truppen Cronjes eingegangen. Daraus geht hervor, daß am Sonntagabend die Umzingelung der Boeren vollendet war. Während die Hochländer-Brigade am Sonntag über flaches Gelände vorrückte, war sie einem fürchterlichen Gewehrfire ausgelegt. Die Leute mußten den ganzen Tag über liegend kämpfen und fürchterlichen Durst ausstehen. Das Feuer hörte mit Einbruch der Nacht auf, da beide Teile durch den mörderischen Kampf erschöpft waren. Deserteure erklärten, die Boeren seien in Cronje gedrungen, sich zu ergeben. In der Nacht auf Montag legten die Boeren Verschanzungen an. Der nächste Morgen fand den Feind noch in derselben Stellung. Das Bombardement, welches dann mit Unterbrechungen fortgesetzt wurde, ruhte eine Zeitlang. Bestimmte Infanterie mit Artillerie rückte inzwischen vor und nahm unter heftigem feindlichen Feuer die feindliche Stellung auf einem Koyje. Früh am Tage hatte Cronje einen Waffenstillstand nachgesucht, welchen Ritchener nur im Falle bedingungsloser Ergebung des Feindes gewähren wollte. Später traf ein anderer Votum ein mit der Meldung, daß Cronje geneigt sei, sich zu ergeben. Ritchener begab sich hierauf nach dem feindlichen Lager, bevor er jedoch dort eintraf, erhielt er die Meldung, daß es sich um ein Mißverständnis handelte und daß Cronje bis zum Tode kämpfen wolle. Ritchener kehrte hierauf in das englische Lager zurück und ordnete die Wiederaufnahme der Beschließung des Feindes an. Am Dienstag richtete die Artillerie, darunter Schiffsgeschütze und Haubizen, ein fürchterliches gemeinsames Feuer bei 1000 Yards Schußweite auf die feindlichen Laufgräben. Der Bericht bemerkt zum Schluß, es liege etwas Tragisches in dem trotigen Widerstand, den Cronje ohne Hoffnung auf Erfolg leiste und der zur Bewunderung herausfordere, doch werde das nutzlose Hinopfern seiner tapferen Leute allgemein verurteilt.

Ladysmith

scheinen die Boeren doch halten zu wollen. Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus dem Boeren-Lager vor Ladysmith vom 21. d. M. gemeldet: Montag und Dienstag wurde den ganzen Tag über heftig gekämpft. Heute früh begann der Kampf von neuem und dauert noch fort. Die Offiziere der Boeren hoffen die Engländer aus ihren Stellungen vertreiben zu können. In der Nacht verfuhr eine englische Truppenabteilung den Zugela zu überschreiten, wurde aber zurückgeschlagen. Die Verluste der Boeren waren gering. Von Ladysmith her werden die Stellungen der Boeren an dem Punkt beschossen, wo der Abzug in die Berge flieht. Der „Long Tom“ antwortet mit gutem Erfolg.

Aus dem englischen Lager von Colenso wird am Donnerstag gemeldet, die britischen Truppen nahmen Fort Whyle auf dem Nordufer des Zugela ein. Der Uebergang der Truppen auf einer Pontonbrücke fiel auf keinen nennenswerten Widerstand.

Ein Telegramm der „Times“ aus Chieveley erklärt, es sei nur eine kleine Abteilung britischer Infanterie während des Uebergangs über den Zugela von der Boeren zurückgeworfen worden.

Das klingt alles noch etwas mysteriös. Die Vullerschen Siegesdepeschen sind ja belanntlich mit großer Vorsicht zu genießen.

Englische Wünsche.

Wie die Engländer die Boeren zu behandeln gedenken - wenn sie sie haben, verraten die „Times“. Wir werden, schreibt das Blatt, **Ausnahme-Maßregeln** gegen die Boeren-Republik anzuwenden, wie die Deutschen es gegenüber den Reichslanden thaten. Wir haben keine so geringe Meinung von uns oder von unsrer Zivilisation, daß wir zweifeln, daß wir das, was die Preußen in Westfalen und auf dem linken Rheinufer nach der französischen Okkupation am Beginn des vorigen Jahrhunderts und die Deutschen in ausgedehnter Nähe in Elsaß-Lothringen durchführten, nicht auch in angemessener Weise im Orange-Freistaat und in Transvaal durchführen und daß wir Furcht vor derartigen Einwirkung haben werden. Wir werden es thun mit der gleichen Entschlossenheit und vielleicht mit größerer Geduld. Es ist nicht genug für uns, daß wir das Land der Boeren erobern; wir werden nicht eher zufrieden sein, als bis sie **loyale britische Bürger** sind.

Also die beiden Republiken sollen schlangweil **annectiert** und ihr selbständiges staatliches Dasein soll ausgelöscht werden. Grund genug für die Boeren, sich mit Zähnen und Nägeln zu wehren.

Wir verzeichnen noch die folgenden Meldungen über die Lage Cronjes, die aber alle nicht über den Dienstag hinausreichen.

Das Reutersche Bureau meldet vom 20. d. M. von Paardeberg Drift: Cronjes großartiger Nachkommars von Maggersfontein, obgleich im Beginn erfolgreich, wird doch, wie es nunmehr den Anschein hat, wahrscheinlich unheilvoll werden. Die Hauptmacht der Boeren ist in einem von der britischen Artillerie beherrschten Bereich im Bett des Modder River eingeschlossen. Die Vorgänge am Sonntag geben Zeugnis von der mutigen Haltung des auf dem Rückzug befindlichen Feindes, der, obgleich ermüdet und erschöpft, sich dennoch tapfer zeigte.

„Daily News“ meldet weiter aus Modder-River vom 21. Februar: Das Lager Cronjes befindet sich auf der nördlichen Seite der Modderberg Drift. Zuerst hielt er auch die Hügel am südlichen Ufer besetzt, doch wurden seine Truppen aus den meisten derselben am Samstag vertrieben. Am Sonntag kam General French mit Kavallerie an, am Montag wurde die Einschließung vervollständigt. Am Montagnachmittag eruchte dann Cronje um Waffenstillstand. Die Kanonade dauerte Dienstagmorgen noch fort.

Vom mittleren Kriegsschauplatz

wird jetzt ebenfalls ein Zurückgehen der Boeren gemeldet. Aus Kapstadt wird vom Donnerstag telegraphiert: Die britischen Truppen im Norden der Kapkolonie treiben nach und nach die Boeren zurück. Rooifontein, welches an der nach Colesberg führenden Straße gelegen ist, wurde von einer von Krundel abgeordneten britischen Truppenabteilung besetzt. Da General Prabant von Dordrecht aus vorrückte, gehen die Boeren im Bezirk von Herschel wieder über den Orange-Fluß nach dem Freistaat zurück.

Letzte Meldungen.

London, 23. Februar. Ein hier eingetroffenes Telegramm berichtet, die Boeren unter Cronje hätten sich Lord Roberts in Stärke von **8000 Mann** ergeben. Die Engländer sollen im Boerenlager 20 Kanonen und viele Lebensmittel vorgefunden haben.

Zwei andere Telegramme vom gleichen Tage bestätigen diese Meldung aber in keiner Weise.

London, 23. Februar. Ein Telegramm aus Lorenzo Marquez berichtet, daß trotz aller verbreiteten Gerüchte aus englischer Quelle Cronjes Kolonne den sie verfolgenden Generalen French und Ritchener **erfolgreichen Widerstand** leistet und daß ihr Rückzug auf Bloemfontein noch keineswegs gescheitert sei.

Ein Telegramm aus Boerenquellen berichtet, daß 6000 Boeren von Ladysmith nach Bloemfontein abgegangen sind. Die Regierung des Freistaats ist von Bloemfontein nach Wynburg verlegt worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 23. Februar. (W. T. W.) Abgeordnetenhause. (Fortsetzung.) Bei der fortgesetzten Beratung der Rekrutierungs-Vorlage kommt Turz auch auf den **südafrikanischen Krieg** zu sprechen und bedauert, daß keine Großmacht einen Finger rühre, um das Volk der Boeren gegen Gewalt und Unterdrückung zu schützen; es sei sogar die Neutralität zu Ungunsten der Boeren verlegt worden. Der Redner lehnt im übrigen die Vorlage ab. Dolezal (Gzede) erklärt, er sehe ein, daß der Militarismus unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider eine Notwendigkeit sei. Da jedoch auf der Ministerbank Männer säßen, welche sich einst schwerer Ungerechtigkeiten gegen das tschechische Volk schuldig machten, werde seine Partei alles ansetzen, um unter Anwendung aller Mittel, ähnlich den von der Linken angewendeten, auch diese Regierung zu stürzen.

Der Landesverteidigungs-Minister Graf Seifertshardt. Die Armee ist eine Justition von gemeinsamen Zusammenwirken und zum Schutze nicht nur gegen den äußeren, sondern die vielleicht noch **gefährlicheren Feinde im Innern**. (Großer Lärm seitens der Gzeden, Sozialdemokraten und Schönerlianer. Rufe: Wer sind diese Feinde?) Der Minister sagt: „Das sind diejenigen, welche durch Verlegung und Ausbreitungen den gesegneten Körper verhindern wollen, in Ruhe mit Ueberlegung zu arbeiten. Die Armee und ihre Vertretung steht vollkommen den politischen, nationalen und sozialen Kämpfen fern.“

London, 23. Februar. (W. T. W.) Unterhaus. Unterstaatssekretär Brodrick erklärt, der Bericht der **deutsch-englischen Grenzkommission**, betreffend die Grenzabstimmung in den Distrikten zwischen dem Tanganjika- und Nyassa-See könne ohne Einwilligung der deutschen Regierung nicht veröffentlicht werden. Es fänden hinsichtlich der endgültigen Fassung der Kommissionsvorschlüge Erörterungen mit der deutschen Regierung statt.

London, 23. Februar. (W. T. W.) Gegenüber auswärts verbreiteten Meldungen von der Strandung eines deutschen Dampfers bei Dover stellt das Reutersche Bureau fest, daß der **gestrandete Dampfer** das englische Schiff „Hopedul“ war.

Reichstag.

153. Sitzung vom 23. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Gohler.

Präsident Graf v. Ballois:

Ich habe dem Hause eine erschütternde Mitteilung zu machen. (Die Mitglieder erheben sich.) Das Mitglied des Hauses Dr. Ernst Kruse, gewählt für den 2. hannoverschen Wahlkreis, hat vorgestern als Vorsitzender der Kommission für die Petitionen wegen Unwohlseins die Sitzung verlassen müssen. Er ist bald darauf in der Nähe des Sitzungszimmers zusammengebrochen und in diesem Zustande, aus dem er nicht wieder erwacht ist, zunächst von einem Kollegen ärztlich behandelt worden. Er ist gestern abend 11 Uhr hier im Reichstagsgebäude entschlafen. Der Entschlafene, der eine hervorragende Pflanzkraft, Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit mit persönlicher Liebenswürdigkeit verband, ist fast bis zum Sinken des Bewusstseins im Dienste des Reichstags thätig gewesen. Sein Andenken wird uns unerbittlich sein. Die Herren Kollegen haben sich zum ehrenden Gedächtnis des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Ich stelle dies fest.

Die zweite Beratung des Militäretats wird hierauf fortgesetzt. Bei Kapitel 17 Titel 2, „Katholische Geistlichkeit“, bringt

Abg. Gröber (C.)

verschiedene Armees-Erlasse zur Sprache, nach denen für polnische Soldaten, die nur polnisch sprechen können, polnische Pfarrer besorgt werden sollen. Die Folge davon sei, daß es polnischen Soldaten, die ein wenig deutsch verstanden, verboten würde, zu den polnischen Geistlichen zur Beichte zu gehen. Die Kommission hat sich durch diese Vorlesung sogar veranlaßt gesehen, eine Resolution anzunehmen, wonach den Soldaten keinerlei Vorschriften darüber gemacht werden sollen, in welcher Sprache sie beichten sollen, und daß keinerlei Unterbindung darüber stattfindet, in welcher Sprache sie beichten. Es sind tatsächlich Fälle vorgekommen, wo die Unteroffiziere sich an den Beichtstuhl herangedrängt haben, um zu hören, in welcher Sprache die Beichte stattfindet. (Gut! hört! im Centrum.) Das bedeutet direkt einen Bruch des Beichtgeheimnisses. (Sehr richtig! im Centrum.) — Ein solches Vorgehen der Militärverwaltung steht im Widerspruch mit dem häufig ausgesprochenen Willen des obersten Kriegsherrn, er wolle, daß unter den Soldaten die Pflege der christlichen Gemüthsreinigung gefördert werde. Ich erwarte, daß der Kriegsminister heute die Erklärung abgibt, er werde dafür sorgen, daß solche Mißgriffe der Vorgesetzten nicht mehr vorkommen. Es geht die Militärbehörde gar nichts an, in welcher Sprache die Soldaten beichten, jedenfalls ist die Pflege der Religion nur möglich, wenn man den Soldaten volle Freiheit läßt, in welcher Sprache sie beichten wollen. (Bravo! im Centrum.)

Generallieutenant v. Viebahn:

Es ist durchaus nicht die Absicht der Militärbehörde, in das heilige Sakrament der Beichte einzugreifen, ganz im Gegenteil ist sie stets bemüht, allen Soldaten die Ausübung ihrer religiösen Pflichten zu sichern. Auf die Detailvorgänge, die der Vorredner erwähnt hat, bedauere ich, erschöpfende Auskunft heute nicht geben zu können. Seine Angaben bedürfen zum Teil noch der Bestätigung.

Kriegsminister v. Gohler:

Es ist stets mein Bestreben, diesen sogenannten Kulturkampf von der Armee fernzuhalten und in diesem Sinne werde ich weiter handeln. Wenn hinsichtlich derartige Vorgänge stattgefunden haben, so möchte ich mir mein Urteil vorbehalten. Es liegt eine Beschwerde vor und ich habe die Sache dem Armeebischof zugänglich gemacht. Ich muß erst wissen, in welchem Sinne die kirchliche Behörde Stellung zu der Frage nimmt. Die Schwierigkeit in all diesen Fragen liegt in der Militärdisziplin, die sehr schwer zu handhaben ist. Ich habe bereits Vordereitungen getroffen, damit Vorschriften für beide Konfessionen ausgearbeitet werden, so daß die Geistlichen genau wissen, wonach sie sich zu richten haben. Ich füge hinzu, daß ich mit den katholischen Militärgeistlichen außerordentlich zufrieden bin und daß derartige Konflikte zu den allergrößten Seltenheiten gehören. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Gröber (C.):

Ich begrüße die Erklärung des Herrn Kriegsministers, daß eine neue Militär-Kirchenordnung ausgearbeitet wird.

Kriegsminister v. Gohler:

Ich will nur ein Mißverständnis berichtigen. Wir sind nicht im Stande, eine neue Militär-Kirchenordnung auszuarbeiten, sondern können nur auf Grund der alten Vorschriften allgemein gültige Verordnungen schaffen.

Abg. Dr. Lingens (C.)

führt Beschwerde über einige Fälle, wo in Mischehen auf das Drängen der Militärbehörden und der evangelischen Geistlichen Kinder haben evangelisch erzogen werden müssen. Redner bittet dann das Duellumwesen, giebt unter wachsender Ironie des Hauses einen Rückblick auf die Geschichte des Duells, verweist namentlich auf die fast einstimmig angenommene Resolution des Reichstags auf Abschaffung des Duells und wünscht, daß dieser Brauch nun endlich beseitigt wird. Die weiteren Ausführungen des Redners bleiben auf der Tribüne unverstanden.

Kriegsminister v. Gohler:

Der Herr Vorredner hat von einer Feindseligkeit der Armeebehörden gegen die Polen gesprochen. Davon kann gar keine Rede sein. Wir erkennen die militärische Lückigkeit der Polen in der Armee durchaus an. Der Herr Vorredner ist wieder auf die Duelle zu sprechen gekommen. Wenn alle Soldaten die göttlichen Gebote halten würden, dann würden Duelle überhaupt nicht mehr vorkommen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Auch wir beurteilen es, wenn sich die Militärbehörde darum kümmert, in welcher Sprache die Soldaten beichten wollen. Von diesem Standpunkt der Duldsamkeit müssen wir die Resolution der Kommission aufrecht erhalten und können nicht auf eine Neuordnung der Militär-Kirchenordnung warten.

Abg. Gröber (C.):

Es ist ein großer Mangel, daß die Soldaten öfter durch allerschwerste dienstliche Verpflichtungen von der Teilnahme an dem Hauptgottesdienst am Sonntag abgehalten werden. Der Herr Kriegsminister sollte dafür sorgen, daß die Kontrolle nach anderer Richtung hin verschärft wird.

Abg. v. Janta-Polczynski (Pole):

Der Herr Kriegsminister hat es anerkannt, daß der polnische Soldat ein tüchtiger Soldat ist. Er wird so lange ein tüchtiger Soldat bleiben, als ihm der Glaube erhalten wird. Wir bitten den Herrn Kriegsminister, dafür zu sorgen, daß die polnischen Soldaten nicht durch den Dienst an der Ausübung ihrer religiösen Pflichten behindert werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt.

Die Beratung des Kapitels „Militär-Zustitzverwaltung“ wird vereinigt mit der Beratung des Etats des Reichs-Militärgerichts. Beim Titel „Befolgungen“ bemerkt

Abg. Dr. Müller-Sagan:

Wir haben nicht besondere Anträge auf Herabsetzung der hier für die Militärrichter angelegten Gehälter eingebracht, um den Schein einer unruhigen Demonstration zu vermeiden. Ich will nur nicht unterlassen, mit Bedauern zu betonen, daß diese Gehälter mit den Gehältern der Richter am Reichsgericht gleichgestellt, was die Spitzen anlangt, sogar höher normiert sind.

Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Kapitels.

Zu Kapitel 24 Tit. 3. (Militärärzte) beantragt Abg. Hoffmann-Hall (südd. Sp.) und Genossen, der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, er möge dahin wirken, daß die Gehälter der Militärärzte der anherbayerischen Kontingente des Reichsheers denen der entsprechenden Klassen von Veterinärärzten der bayerischen Armee zugeteilt werden, daß als Vorbedingung für die Zulassung zum Studium für die militärärztliche Laufbahn Maturitätsprüfung einer Volkshochschule vorgegeschrieben und daß die hierärztliche Studienzeit auf neun Semester erhöht werde.

Abg. Wasserwurm (natl.):

Auch meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß eine Verringerung der Militär-Mohärzte anzustreben ist und werden für diesen Teil der Resolution stimmen. Ueber die Vorbildung der Tierärzte ist ja hier schon bei der Beratung des Etats des Reichsanwalts im Jahr gesprochen worden. Thatsache ist, daß die Ansprüche an die Tierärzte sich in den letzten Jahrzehnten bedeutend erhöht haben. Wir halten es aber nicht für richtig, die Vorbildung für die Militär-Mohärzte gesondert zu regeln. Ich bitte Sie jedenfalls über diese beiden Teile der Resolution gesondert abzustimmen.

Abg. Graf Noon (Berichterstatler der Kommission):

bittet den ersten Teil des Antrags dahin abzuändern, daß nur im allgemeinen die Verringerung der Militärärzte verlangt wird und ihn in dieser Fassung anzunehmen, den zweiten dagegen abzulehnen. Auch die Regierungsvertreter hätten in der Kommission sich in diesem Sinne geäußert.

Abg. Hoffmann-Hall (südd. Sp.) bittet auch den zweiten Teil seines Antrags anzunehmen.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Wir sind mit dem Antrag auf getrennte Abstimmung über die beiden Teile der Resolution einverstanden und legen die Annahme des zweiten Teils derselben in diesem Zusammenhang keinen Wert, wenn wir auch mit der Tendenz desselben durchaus einverstanden sind.

Abg. Graf v. Stolberg-Wernigerode (l.):

Ueber den ersten Teil der Resolution sind wir uns ja alle einig. Dagegen kann ich mich nicht davon überzeugen, daß es im Interesse des Dienstes notwendig ist, die Ablegung der Maturitätsprüfung von den Tierärzten zu verlangen. Alles, was ein Militär-Moharzt wissen und können muß, kann er als intelligenter Mann sich mit dem Zeugnis der Prima aneignen. Wenn er nicht intelligent ist, wird ihm auch das Abiturientenzeugnis nichts nützen. Jedenfalls liegt kein Grund vor, die Militärverwaltung in dieser Beziehung zu drängen, sollte diese einmal selbst zu anderen Ansichten kommen, so würde sich ja darüber reden lassen. (Lachen links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution wird bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

Beim Titel „Besondere Übungen“ bemerkt Generalmajor v. d. Böck auf eine Anfrage des Abg. Baron de Schmidt (C.), daß die Generalkommandos allein darüber entscheiden könnten, ob bei Vorständen Soldaten als Erste-Arbeiter eintreten sollen. Die Generalkommandos seien mit bestimmten Anweisungen nach dieser Richtung versehen und er hätte derartige Gesuche stets an die betreffenden Generalkommandos zu richten.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Naturalverpflegung“ fragt

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) an, ob die Zeitungsmeldungen richtig seien, wonach eine Berliner Gesellschaft die Bewirtung der Kantinen zu hohen Preisen in Pacht nehmen wolle. Natürlich würden den Soldaten davon die Soldaten zu tragen haben, da die Gesellschaft die hohe Pacht durch Lieferung schlechterer Speisen und Getränke wieder embringen werde.

Major Wandel:

Die Militärverwaltung als solche hat keinerlei Einfluß auf die Kantinenwirtschaften, hat aber trotzdem Veranlassung genommen, den Generalkommandos Mitteilung von dieser Zeitungsmeldung zukommen zu lassen. Es ist anzunehmen, daß die Generalkommandos ihrerseits die nötigen Schritte thun werden, um eine etwaige Verletzung der Kantinen durch ungewöhnliche Verpachtung der Kantinen zu verhindern.

Beim Kapitel „Garnisonverwaltungsweisen“ tritt

Abg. Werner (Antif.) für eine Verringerung der Kasernen-Inspektoren ein.

Beim Titel „Mandverkosten“ erinnert

Abg. Hoch (Zoc.)

an die Auskunft, die ihm der Kriegsminister im vorigen Jahre auf seine Beschwerde über die verspätete Regelung der Furchschäden nach den Kaffernmandern im Waingau erteilt habe. Er hatte damals eine Befreiung der Mißstände für die Zukunft versprochen und hervorgehoben, daß nicht die Militärverwaltung, sondern die Civilbehörden die Schuld daran trügen. Der Landrat des Kreises habe in seinem amtlichen Organ geschrieben, die Angabe des Kriegsministers wäre unrichtig, die Civilbehörden hätten in jeder Hinsicht ihre Schuldigkeit getan. Wir haben also hier das erbauende Schauspiel, daß die Schuld hin und her geschoben wird, daß jede Behörde sich auf die Maßnahmen der anderen verläßt. Es ist sehr unangenehm für unsere Kreis, wenn die Beschädigten monatelang auf Schadenersatz warten müssen. Das kann auch der Militärbehörde nicht gleichgültig sein, da sie bei den Mandern auf das Wohlwollen der Ortseingewiesenen angewiesen ist.

Kriegsminister v. Gohler:

Es ist nicht richtig, daß die Militär- und Civilbehörden uneinig seien. Meine damalige Auskunft ging davon aus, daß die Anmeldung der Schäden ansehnlich verzögert worden ist. Ich glaube, daß die Schuld den Ortseingewiesenen zuzuschreiben ist. Nach den jetzigen Erhebungen muß ich anerkennen, daß die Ortseingewiesenen zum größten Teil gut gearbeitet haben. Die Verhältnisse gerade in diesem Kreise sind außerordentlich schwierig. Es giebt im Kreise Waingau allein 40 000 Parzellen. Die Aufstellung der Listen der Beschädigten erfordert da sehr viel Zeit. An Entschädigungen selbst wurde rund eine halbe Million Mark gezahlt. Ähnlich sollen die Empfänger das Geld nicht von der Kreiskasse abholen brauchen, sondern gleich von den Ortseingewiesenen. Die Intendanturen sind angewiesen, die Nachweisungen sofort nach dem Eintreffen zu erledigen und die Landratsämter zur Zahlung anzuweisen.

Abg. Hoch (Z.):

Die Thatsache steht nun einmal fest, daß die Furchschädigung viel zu lange hinausgeschoben worden ist. Daraus geht hervor, daß das bisherige Verfahren der Festsetzung zu langsam war. Ich möchte den Kriegsminister ersuchen, die Sache weiter im Auge zu behalten und für rasche Regelung künftige zu sorgen.

Kriegsminister v. Gohler

weist nochmals darauf hin, daß die Nachweisungen gerade in diesem Kreise sehr schwierig aufzufassen waren und Verzögerungen sich deshalb nicht vermeiden ließen. Auf's Allgemeine können die speziellen Verhältnisse dieses Kreises aber nicht angewendet werden.

Titel und Kapitel werden hierauf bewilligt. Ebenso die folgenden Kapitel.

Beim Kapitel „Militär-Medizinalwesen“ bittet

Abg. Graf Orsola (natl.)

um Verringerung der Militär-Apotheker. Ein Gehalt von 1200 Mark ist in Anbetracht der Vorbildung, welche diese Leute

haben müssen, zu gering. Weiter verlangen die Apotheker, daß wenn sie in Uniform auftreten, sie auch von den Soldaten begrüßt werden müssen. (Lachen bei den Socialdemokraten. Sie zu den Socialdemokraten) mögen darüber lächeln, für die Stellung der Garnison-Apotheker hat das aber doch eine gewisse Bedeutung.

Das Kapitel wird bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Der Präsident Graf Ballois teilt mit, daß morgen vor-mittags 10 Uhr eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen Abg. Dr. Kruse im Reichstag stattfindet.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Die zurückgestellten Teile des Etats des Reichsanwalts des Juncern, Fortsetzung der Beratung des Militäretats.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben.

Der Gesetzentwurf über die Bildung der Wählerabteilungen bei Gemeindebewahlen steht zur ersten Beratung.

Minister v. Rheinbaben:

Mit der Vorlage macht die Regierung den dritten Versuch, zu einem Ausgleich der durch die Steuerreform stattgefundenen Verhältnisse in den Kommunalwähler-Abteilungen zu gelangen. Wir haben vor Ausarbeitung des neuen Entwurfs die Beteiligten nochmals gehört, namentlich auch der Richtung hin, wie ein Einbringen der Socialdemokraten in die Gemeindeverwaltung zu vermeiden sei, und wie ein solcher Entwurf in den gemäßigten Bezirken wirken würde. Es haben Konferenzen in Polen, Westpreußen, Schlesien, Brandenburg und Westfalen stattgefunden. Bei diesen Konferenzen wurde die Notwendigkeit einer durchgreifenden Vertheilung, wie sie durch die Zwischstellung herbeigeführt wird, verneint. Das Ziel der Vorlage ist, eine Veränderung der Parteigestaltung in konfessioneller und parteipolitischer Beziehung in den Gemeinden zu verhindern und im allgemeinen den Zustand von 1891 wiederherzustellen. Allerdings wird es nicht möglich sein, durch das Durchschnittsprinzip den Zustand befriedigend wiederherzustellen. Dazu sind die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden zu verschieden. Wie weit die Vertheilungen jetzt gegangen sind, geht daraus hervor, daß z. B. in Darmen 84 Proz. Wähler auf die 3. Klasse, 12 auf die 2. und nur 4 Proz. auf die 1. Klasse kommen. Die Staatsregierung wird stets an der Grundlage des Kommunal-Wahl-systems festhalten. Es ist namentlich bei Fabriksstädten bei ständiger industrieller Konjunktur nach dem Durchschnittsprinzip ein Aufsteigen von den unteren Klassen nach den oberen so mahenhaft vorgekommen, daß dadurch die Grundlage des Kommunal-Wahl-systems gefährdet werden kann. Dagegen müßte der Entwurf Anteile enthalten. Eine gewisse Latitnde haben wir den Gemeinden bei Feststellung der Wählerklassen gelassen. Doch empfiehlt sich nicht, diese Latitnde zu weit zu bemessen. Es handelt sich um einen Schritt, der, einmal gethan, nicht wieder zurückgehan werden kann. Mehr und mehr nistet sich die Socialdemokratie in den Gemeinde-verwaltungen ein. (Redner hält nunmehr seine in politischen Teil wörtlich mitgeteilte Rede gegen die Socialdemokratie.) Eine Frage von der Bedeutung des Kommunal-Wahlrechts kann nicht vom einseitigen Parteistandpunkt aus erledigt werden; an den Grund-legenden unseres Kommunal-Wahlrechts aber, darin hoffe ich, sind alle einig, wollen wir nicht rütteln!

Abg. Dr. Schuyler (natl.) erklärt sich im großen und ganzen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Dr. v. Seydebrand (l.)

glaubt, daß die Autonomie der Gemeinden durchaus gewahrt ist und daß man auch dem Mittelstand die ihm gebührende Stellung sichern will. Denjenigen, die keine Steuern zahlen, soll unter allen Umständen das Aufsteigen in die zweite Klasse unmöglich gemacht werden. Es wäre vielleicht das Richtige, wenn man an dem Prinzip festhielte, daß nur die Steuerzahler wahlberechtigt sind. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Besitzlosen denen gleichgestellt werden, die die Inhaber und Träger von Besitz und Bildung sind. Die Grundlegenden unseres Gemeinde-Wahlrechts werden wir streng aufrecht erhalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Vachem (C.):

Vermuthlich gefüllt den Nationalliberalen die Vorlage noch besser, als ihr Redner zugestand. (Sehr richtig! im Centrum.) Er kritisierte ja auch nur Nebensachen. Wir werden abwarten, wie die Dinge in der Kommission sich entwickeln und unsre Stellung danach einrichten. Wir haben bei der vorjährigen Vorlage es von den Nationalliberalen mit trassierter Arbeit ausprechen hören: Wir wollen uns unsem Bestehen nicht herausreißen. Ich erkläre ganz offen: ich treibe Parteipolitik; weil die Wählermassen, die hinter uns stehen, auf das Ungerechteste zurückgedrängt werden. (Beifall im Centrum. Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Der Widerspruch zwischen den heutigen Minister-Ausführungen und der vorjährigen Vorlage ist ganz auffallend scharf. Die Furcht vor der Socialdemokratie darf doch nicht zu so ungerechten und ganz unhaltbaren Zuständen führen. Selbst wenn die Socialdemokraten ein paar Sime nicht bekommen, bilden sie keine Gefahr. Bei den Gemeindevahlen wählt der ganze Mittelstand in der dritten Klasse. Er wird durch die neue Vorlage verewaltigt. Dem Mittelstand eine Vertretung in der Gemeinde zu sichern, das ist viel wichtiger wie das bishigen Wahrenhaussteuer. Der Effekt der Vorlage wird noch eine weitere Steigerung der Plutokratie. Die ganze Vorlage verfolgt nur ganz kleinliche Gesichtspunkte, nur die Plutokratie wird sich wohl fühlen. Die 3. Klasse verlangt eine bessere Vertretung, die nicht nur auf den Geldsack zugeschnitten ist, sondern auch die menschliche Arbeitskraft und Arbeitslust in Rechnung stellt. Der Vorlage, wie sie jetzt vorliegt, müssen wir unsre Zustimmung verweigern, in ihr können wir eine Einlösung des seiner Zeit gegebenen feierlichen Versprechens nicht erblicken. Ob sie Verbesserungen erfahren wird, weiß ich nicht. Unse Zustimmung wird von dem Maße abhängen, in welchem die Vorlage verbessert wird. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Rheinbaben:

Herr Abg. Vachem sagte, die Vorlage wolle den Zustand von 1891 wiederherstellen. Darunter hat jedoch im vorigen Jahre Gültigkeit gekriegt, es ist die Ungerechtigkeiten ausgeschieden werden, die die Steuerreform in dem Wahlrecht im Gefolge gehabt hat. Dem Mittelstand, der im Wahlrecht verewaltigt worden ist, soll das Wahlrecht wiedergegeben werden. Herr Abg. Vachem schätzt die Gefahren der Socialdemokratie geringer ein, wie ich. Ich halte mich für verpflichtet, auch schon für die Zukunft zu sorgen. Schon jetzt sitzen in 42 Städten und 305 Landgemeinden Socialdemokraten in der Gemeindeverwaltung. Das muß doch bedenklich stimmen. Ich bin aber durchaus bereit, in der Kommission mit mir reden zu lassen.

Abg. Febr. von Jedth (st.):

Dem Mittelstand muß sein volles Recht zu teil werden, er muß die zweite und dritte Klasse beherrschen. Die plutokratische Vertheilung infolge der Steuerreform muß beseitigt werden. Freilich darf dem, der durch die Steuerreform erhöhte Lasten zu tragen hat, das Wahlrecht nicht so verewaltigt werden, daß er nun wieder fast beunrechtigt wird. Was mit der Vorlage anlangt, so glaube ich, sie befindet sich im wesentlichen auf der richtigen Linie, da sie die Zustände vor 1891 wiederherstellen will. Die Socialdemokratie darf nicht in der Gemeinde zur Herrschaft gelangen, das würde eine ernste Gefahr bilden und Herr Dr. Vachem

unterschätzt die Gefahr. Wir wissen, wie es die Socialdemokratie versteht, sich überall einzumischen. Wenn die Gemeinden falsch verfahren, dann können die Aufsichtsböden einschreiten. In es ist ihre verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, ihr Aufsichtsrecht zu üben. Ist es denn aber nötig, alles, was die Selbstverwaltungskörper thun und nicht thun dürfen, ins Gesetz hineinzuschreiben?

Abg. Wintermeyer (fr. Sp.):

Auch meine Freunde sehen die Frage des Gemeinde-Wahlrechts nicht als eine Nachfrage an. Wir wünschen aber vor allem eine geheime Wahl und bedauern es, daß der Gesetzesentwurf eine Aenderung nach dieser Richtung nicht enthält. Die Vorlage verdient nicht den Namen einer wirklichen Reform. Daß das Gemeinde-Wahlrecht plündernd geworden ist, steht außer Frage. Aber diesen Charakter wird die jetzige Vorlage nicht verwischen. Mindestens 10 Prozent der Wähler sollten in der ersten Klasse, mindestens 20 Prozent der Wähler sollten in der zweiten Klasse sein. Die erste Klasse wird von der Vorlage gar nicht berührt. Gerade das ist aber bedauerlich. In der ersten Klasse wählt oft nur eine einzige Person einen Gemeindevorsteher; in **Sachs a. M.**, wo früher 30 Wähler erster Klasse waren, wählt jetzt nur ein einziger Wähler die ganze erste Klasse, die Häcker-Artiengehilfen. Der Minister hat die Gefahr der Socialdemokratie hier so schwarz gemalt. Es mag ja bedauerlich sein, daß ein so großer Teil unfreies Volk socialdemokratischen Anschauungen halbt. Aber es geht doch nicht an, deshalb einfach einen so großen Teil des Volks des Wahlrechts zu berauben. Ich halte die Verleumdung für viel leichter möglich, wenn man mit den Socialdemokraten zusammenarbeitet. (Sehr richtig! links.) Haben sich denn in den Gemeinden, wo Socialdemokraten sitzen, schon irgendwo traurige Folgen gezeigt? Wir ist von solchen Folgen nichts bekannt geworden. Der Herr Minister verwahrt sich gegen den Vorwurf politischer Einseitigkeit. Kann es eine größere politische Einseitigkeit geben, als wenn man eine große politische Partei gänzlich vom Wahlrecht ausschließen will? Die Vorlage wird der Socialdemokratie nicht schaden, auch Ministerreden wie die heutige des Herrn von Rheinbaben können ihr nur förderlich sein. (Beifall links.)

Abg. v. Cynern (natl.):

Ich kann nicht finden, daß durch die Vorlage die Socialdemokratie geschädigt wird. Ich glaube vielmehr, die Socialdemokratie würde unter Geltung der Vorlage leichter in die Gemeindevorstellungen kommen. Herr Vachem hat hier rund heraus erklärt, er wolle ein Gemeindevahlrecht, das seinen politischen Parteibestrebungen günstig ist. Das ist ein Grad von Unvorsichtigkeit, den ich ihm nicht zugestehen hätte. (Heiterkeit.) Wir wollen ein objektives Wahlrecht, das Parteibestrebungen aus der Rechnung fernhält.

Abg. Ehlers (fr. Sp.):

Ein Urteil wird sich erst dann fällen lassen, wenn man weiß, ob die Konservativen mit dem Centrum oder mit den National-liberalen das Gesetz machen wollen. (Heiterkeit.) Die diesmalige Vorlage verdient nach meiner die Bezeichnung einer Reform als die vorjährige. Die Bedeutung der Vorlage wird vielfach überschätzt, die vorjährige war doch bedeutungsvoller. Gegen die ordnungsmäßige Regelung habe ich die ernstesten Bedenken. Man drängt damit die Gemeinde geradezu darauf hin, die Wahlen nach parteipolitischen Gesichtspunkten zu treffen. Ich kann mir denken, daß man das Durchschnittsprinzip oder die Zwölftelung zulassen will. Wie man aber außerdem noch das Durchschnittsprinzip mit dem den Durchschnitt bis zur Hälfte desselben übersteigenden Betrag zulassen will, das verstehe ich überhaupt nicht.

Abg. Fuchs (C.):

polemisiert gegen den Abg. v. Cynern. Gerade bei den National-liberalen herrsche die größte Intoleranz, bei ihnen heißt die Parole: Der letzte Schwarzfittler muß aus der Kammer hinaus. (Heiterkeit.)

Abg. Arelling (fr. Sp.):

Ich konstatiere, daß Einmütigkeit darüber herrscht, daß das Dreiklassen-Wahlrecht so schlecht ist, daß es reformiert werden soll. Schade nur, daß die Reform so winzig ausgefallen ist. Die Vorlage ist eine völlig unzureichende Abschlagszahlung. Der Minister will von einem stärkeren Eindringen der Socialdemokratie in die Kommunen nichts wissen. Er weiß offenbar nicht, daß die Thätigkeit socialdemokratischer Gemeindevertreter durchaus fruchtbringend sich gestaltet hat, namentlich in den Kommunen. Zudem ist ja die Aufsichtsböden seit in der Lage, den Etat zu kontrollieren und Stadtverordneten-Beschlüsse zu beanstanden. In Berlin einfielen in den letzten Jahren von 313 054 Wählern 691 oder 0,24 Proz. auf die erste, 2,41 Proz. auf die zweite und 0,73 Proz. auf die dritte Wählerklasse. (Hört, hört, links.) Diese Zahlen sprechen für sich selbst. Dazu kommt, daß ein großer Teil wegen des Wahlmodus sein Wahlrecht gar nicht ausüben kann. Eine Demokratisierung ist nicht zu befürchten. In Berlin wählen heute, die 1004 M. Steuern zahlen, deren Name mit C beginnt, in der 2. Klasse, deren Name aber mit D beginnt, in der 3. Klasse. Dieser Zustand kann nicht weiter dauern, ebensowenig wie es möglich ist, die Bestimmung des Ober-Verwaltungsgerichts, wonach nicht beliebig viel Wahlmündigkeitsbezirke eingerichtet werden können, unhaltbar ist. (Beifall links.)

Minister v. Rheinbaben:

Der Herr Redner irrt sich, wenn er glaubt, daß die Regierung von der Schlechtigkeit des Dreiklassen-Wahlrechts überzeugt ist. Dagegen erkennt sie den Mangel, der für die großen Städte in der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts über die Abstimung der Bezirke liegt, an und wird Abhilfe zu schaffen suchen in einer Novelle zur Städteordnung.

Abg. von der Vorgh (natl.):

polemisiert gegen den Abg. Fuchs. Die katholische Intoleranz sei doch über allen Zweifel erhaben. Die Rede des Herrn v. Cynern sei ihm unpatriotischer gewesen als die des Herrn Vachem. Das Centrum scheine sich in den konservativen Bundesgenossen suchen zu wollen, hoffentlich mißglücke ihm dies Bestreben.

Abg. Irmer (D.):

konstatiert dem Abg. Arelling gegenüber, daß die konservative Partei das Dreiklassen-Wahlrecht konvertieren wolle.

Nach mehr persönlichen Bemerkungen wird die Diskussion geschlossen. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Vertagung der Warenaussteller.)

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Freitag wurden zuerst die Verhandlungen über das Kapital-Deckungsverfahren fortgesetzt. Auch das Centrum sprach sich in demselben Sinne aus, wie gestern die anderen bürgerlichen Parteien. Es erklärte das Kapital-Deckungsverfahren als das vom theoretischen Standpunkt richtigste, erklärte jedoch die sofortige Durchführung desselben als unmöglich. Infolgedessen zog der Abg. Schmidt seinen Antrag betreffend die Erhebung des jetzigen Unterverfahrens durch das Kapital-Deckungsverfahren zurück. Am jedoch dem durch den Antrag Schmidt erstrebten Ziel allmählich näher zu kommen, wurde eine Erhöhung des Reservefonds beschlossen. In diesem Zwecke werden von nun an zu dem gesetzlichen Reservefonds seine Zinsen und 2 Proz. seines jeweiligen Bestandes zugelassen.

Hierauf wurden die Beratungen über den Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften wieder aufgenommen. Von den Socialdemokraten wurde betont, es werde die im jetzigen Gesetz vorgesehene Mitwirkung der Arbeitervertreter bei dem Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften dadurch illusorisch gemacht, daß nach der Beratung in der Vorstandssitzung, zu der die Arbeitervertreter zugezogen werden müssen, die Entwürfe an die Generalversammlung zur endgültigen Entscheidung in Abwesenheit der Arbeitervertreter

gelangen. Haben die Arbeitervertreter in der Beratung mit dem Vorstand irgend eine Verbesserung erreicht, so wird diese in der Generalversammlung geschehen, weil dort die Arbeitervertreter nicht zugegen sind und die nötige Begründung deshalb nicht geben können. Dieser Zustand wurde auch vom Centrum als unbillig anerkannt, während die Regierungsvertreter darauf gar nichts auszuwenden hatten, weil er ja dem Gesetze nicht widerspreche. Die Socialdemokraten verlangen demgegenüber eine solche Regelung, daß beim Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschriften die Arbeiter mit denselben Rechten mitwirken können, wie die Unternehmer. Aus diesem Grunde empfehlen sie den von ihnen vorgelegten Antrag, nach dem die Unfallversicherungs-Vorschriften erlassen werden sollen von einer Körperschaft, die von einem unparteiischen Vorsitzenden und der gleichen Zahl von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer besteht. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission will sich mit einigen kleinen Verbesserungen begnügen.

So soll die Verpflichtung zum Erlaß der Unfallversicherungs-Vorschrift etwas schärfer als bisher gefaßt werden. Früher besagte der betreffende Paragraph, die Genossenschaften seien befugt zu dem Erlaß. Hierzu wurde eingefügt, sie sollen auf Verlangen des Reichs-Versicherungsamts dazu verpflichtet sein. Ferner wurde die Strafe, die wegen Uebertretung der Unfallversicherungs-Vorschriften seitens der Unternehmer angedroht werden kann, von 300 auf 1000 Mark erhöht.

Der socialdemokratische Antrag dagegen, daß die Vorschriften der Genossenschaften sich auch auf den Schutz für Leben und Gesundheit erstrecken dürfen, wurde abgelehnt. Vor zwei Jahren war dies von der damaligen Kommission trotz des Widerspruchs der Regierung beschlossen worden, jetzt aber fiel ein Teil des Centrums an. Dasselbe Schicksal hatte der weitere socialdemokratische Antrag, daß zum Erlaß von Unfallversicherungs-Vorschriften auch die Vorstände der Orts-, Betriebs-, Zimmungs- und freien Hilfs-Krankenkassen berechtigt sein sollen. Trotzdem die Krankenkassen an dem Schutz gegen Betriebsunfälle aufs äußerste interessiert sind, wollten die bürgerlichen Abgeordneten ihnen nicht dasselbe Recht gewähren, wie den Berufsgenossenschaften.

Nächste Sitzung: Dienstag.

Marine-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstags ersuchte am Freitag vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende v. Kardorff die Kommission, ihm zu gestatten, namens der Kommission dem auf dem Wege der Verbesserung befindlichen Abgeordneten Dr. Lieber die Glückwünsche der Kommission zur Genehmigung zu übermitteln. Die Kommission erteilte einstimmig die Ermächtigung dazu.

Hierauf wurde die Beratung des Marine-Etats fortgesetzt. Staatssekretär Tirpitz gab, anknüpfend an die gestrige Erörterung über die polizeiliche Kontrolle auf den Verften eine Erklärung dahin ab, daß eine körperliche Untersuchung derselben Personen nicht mehr stattfinden. Es würden nur solche Verfte körperlich untersucht, bei denen eine besondere Veranlassung vorliege. — Der Rest des Ordinariums wird sodann ohne wesentliche Debatte durcheinander über den Ansehen der Regierung genehmigt.

Es folgt die Beratung der Einmaligen Ausgaben. Der Referent Müller-Julda verweist darauf, daß die Preise der Schiffe sich wesentlich erhöht hätten. Die Ursache liege in den gestiegenen Arbeitslöhnen und in den gestiegenen Materialpreisen. Bei Linien Schiffen seien die Kosten vor fünf Jahren 2 1/2 Millionen, bei großen Kreuzern um 2 800 000 M., bei kleinen Kreuzern um 500 000 M. gestiegen. Trotzdem empfiehe er die Bewilligung aller geforderten Neubauten. Abg. Singer wünscht nähere Auskunft und spezielle Nachweisung darüber, um wieviel sich die Löhne der Arbeiter erhöht haben. Auf alle Fälle bestreite er, daß die Erhöhung der Preise der Schiffe in einem rätigen Verhältnis stehe zur Erhöhung der Arbeitslöhne. Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) fragt an, warum es nicht gelingen sei, mehr Firmen zur Lieferung der Verftal-Panzerplatten heranzuziehen. Bis jetzt befinden sich die Lieferungen von Nickelstahl für Platten in den Händen von nur zwei Großfirmen — Arupp und Stumm — welche den Preis hoch halten und große Summen verdienen.

Staatssekretär Tirpitz: Andre Fabriken machen Versuche, aber bis jetzt sei eine leistungsfähige Konkurrenz für Lieferung der Verftal-Panzerplatten nicht geschaffen, besonders wegen der dazu erforderlichen großen Anlagen. Zur Zeit gebe es aber keine andre Bezugsquelle für Panzerplatten als jene beiden Firmen. Die Arbeitslöhne auf den Verftalwerken seien im Durchschnitt der ganzen Verft um 3 1/2 Prozent gestiegen. Abg. Singer wünscht, daß die Marineverwaltung auch seitens der Privatwerken Auskunft verlange über die eventuelle Erhöhung der Arbeitslöhne.

Abg. Schwarz-Lübeck (Soz.) bezweifelt auf Grund eigener Untersuchung in den Jahren 1897-99, daß nennenswerte Erhöhungen der Löhne der eigentlichen Arbeiter eingetreten seien. Abg. Müller-Julda verweist auf den großen Anstieg, welchen Kohlstoff- und Halbfabrikat-Schmelze aus den gestiegenen Preisen ziehen. Daß die gewaltigen Summen für die Lieferung der Panzerplatten nur an zwei Firmen fallen müssen, sei sehr bedauerlich, ja sogar eine wirtschaftliche Gefahr. Die ersten 17 Titel werden daraus bewilligt. Bei der Forderung von 2 474 000 M. zum Bau einer Torpedoboots-Division fragt Abg. Richter, ob wir Torpedojäger und Unterseeboote anschaffen wollen.

Staatssekretär Tirpitz erklärt, daß, nach eingehenden Versuchen, diese Pflicht bei uns nicht bestehe. Bei der Forderung: zur Beschaffung von Munition, 1. Rate 3 000 000 M., weist Müller-Julda ebenfalls darauf hin, daß wir keine Munition mit dem Bezuge ihrer Munition auf die inländische Privatindustrie angewiesen sei. Knoscht darauf, daß die Marineverwaltung ihre Munition selbst fabriziere, sei für absehbare Zeit nicht vorhanden. Staatssekretär Tirpitz: Der große Bedarf an Munition zühe daher, daß die Schmelzergeschäfte große Mengen von Geschossen vertriehen. Im Besonderen bei Cavite in spanisch-amerikanischen Krieg hätten die Amerikaner ca. 5000 Schuß in zwei Stunden, in dem von Santiago 8000 Schuß in einer Stunde und 10 Minuten abgegeben. — Die weitere Beratung wird auf Dienstag verlagert.

Kolonialer Totentanz.

In einem Brief vom 26. Dezember 1899, den die „Sächsische Arbeiterzeitung“ veröffentlicht, schildert ein nach dem Kolonialen „Blau an der Sonne“ verbannter Soldat die furchtbaren Zustände in Kianstien. In dem Brief heißt es: „Unsere Compagnie ist noch sehr gut weggekommen, wir haben nur 1 Feldwebel, 2 Gefreiten (Kapitulanten) und 1 Seesoldaten verloren. Am meisten sind die Artillerie und die erste Compagnie davon getroffen. Man sollte nun doch meinen, wenn so viele Soldaten krank sind und sterben, haben die andern weniger Dienst, damit die gesund bleiben. O weit gefehlt. Ich will Dir nur die Verhältnisse unserer Compagnie schildern, in dem andern mit Ausnahme der dritten war es noch schlimmer. Von unsren Leuten lagen 50-55 im Lazarett, 32 waren im Lazarett, weil im Lazarett kein Platz mehr war. Da waren zum Exzerzieren 12 Unteroffiziere und 17 monatlich, auch 20 oder 24 Mann, dann waren es aber schon sehr viel. Nun laßst Du Dir denken, 5 Mann, ein Unteroffizier und der keine Leute kriegen wurde den jüngeren Unteroffizieren als Stütze beigegeben, und nun ging es los von morgens 7 Uhr bis 10 Uhr vormittags Einzelmarch, na gerade wie in der Rekrutenzeit. Das einer nicht hielt, das findet der andre, und bei einer Tagesmarche von 35 bis 42 Grad Reaumur! Du warst Soldat und weißt, was man leisten kann. Die Kerle fielen auch um wie Fliegen. Jeden Tag wurden zwei, drei und Lazarett geschafft. Trotzdem mußten die noch kräftigen, denn gesund war niemand mehr, feste exerzieren, damit, wie der Unteroffizier sich ausdrückte, die Kerle nicht vor Faulheit krank werden. Nachmittags wurde dann entweder ausmarchiert oder wir kriegten Schanzel und Pide in die

Hand, und nun ging es los, was haste was kausste, und immer unter Aufsicht von 2-3 Unteroffizieren. Offiziere sahen wie in der Compagnie überhaupt nicht. Der Lieutenant schließt bis 9 Uhr und der Hauptmann schließt bis 10 Uhr und wo ein Hauptmann sich nicht um die Compagnie kümmert, sondern alles den Unteroffizieren überläßt, ist es nicht weit her, denn die machen was sie wollen. Denn hier sind nicht Zivilisten, die sich um Soldaten kümmern, wie in Deutschland. Ich werde Dir einen Zettel beilegen mit dem Datum der Geforkenen. In diesem Sommer haben wir zweimal gegen Chinesen vorgehen müssen. Einmal ist es ohne Schuß beigelegt worden, und das zweite Mal haben die Chinesen uns zu einem kleinen Schiffsfeuer gezwungen. Wurde aber bald wieder beigelegt, denn jeder Schuß sah, und die Ruhe war wieder hergestellt. Jetzt haben sich hier Räuberbanden eingestellt, welche alles rauben und plündern, was Wert hat. Wir machen aber kurzen Prozeß, wenn ein Nord auf deutschem Boden nachgewiesen wird, ist dem Tode verfallen, der wird standrechtlich erschossen. Bis jetzt sind zwei erschossen worden von je 10 Soldaten. Der erste ist am 14. November erschossen worden, und 9 Angeln haben, der zweite wurde gefest, am 18. Dezember, erschossen und alle 10 hatten getroffen. Es werden noch nicht die letzten sein... Ich danke meinem Herrgott wenn ich diese Hölle nicht mehr sehen brauche... Gende Dir die Namen und das Datum der in diesem Jahre Verstorbenen, vielleicht sind Dir einige Namen bekannt.

23. Juni	Sprotte, Feldweb. 4. Comp. Ruhr.
25. "	Rosemann, Seefeld. 1. Comp. Malariafieber.
9. Aug.	Großler, Maat Artillerie, Ruhr.
21. "	Abel, Matrose Artillerie, Darmthypus.
28. "	Zuldschuh, Matrose Division, Darmthypus.
6. Sept.	Jung, Seefeld. 2. Comp. Ruhr.
9. "	Hertenrath, Matr. Artill. Darmthypus.
20. "	Eikens, "
27. "	Thomson, "
28. "	Schrader, Gefr. 4. Comp. Ruhr.
5. Oktbr.	Höller, Seefeld. 1. Comp. Darmthypus.
6. "	Ehies, Musiker Gefr. 2. Comp. Darmthypus.
9. "	Schweizer, Gefr. 2. Comp. Darmthypus.
11. "	Schröder, Seefeld. 1. Comp. Ruhr.
11. "	Hohwedder, Gefr. 1. Comp. Darmthypus.
12. "	Schippmann, Seefeld. 1. Comp. Ruhr.
11. "	Bozmann, Wachtmeister Feldbatterie, Ruhr.
14. "	Dein, Matrose, Artillerie, Darmthypus.
22. "	Eisenhut, Seefeld. 4 Comp. Ruhr u. Darmthypus.
24. "	Antypel, Matrose Division, Darmthypus.
26. "	Eichler, Matrose Artillerie.
31. "	Dräner, Seefeld. 1. Comp.
1. Nov.	Schulz, Feldw. Matr. Art. Darmthypus.
2. "	Schiff, " 3. Comp. Ruhr.
5. "	Kalkbrenner, Matrose Artill. Darmthypus.
6. "	Dege, Seefeldat. 1. Comp.
18. "	Schäfer, Maat S. M. S. Deutschland, Darmthypus.
20. "	Seefahrt, Matrose Feldbatterie, Darmthypus.
21. "	Tege, Seefeldat. 3. Comp.
21. "	Schönemann, Gefr., Hornist, 3. Comp. Darmthypus.
26. "	Klein, Seefeldat. 2. Comp. Darmthypus.
1. Dezbr.	Schnell, Gefr. 4. "
4. "	Peter, " 2. "
11. "	Hauslein, " 1. "

Du wirst Dir wohl denken, daß wir hier nicht auf Rosen gebettet sind. Es ist wahrhaftig kein Spaß, jeden Tag einen lieben Kameraden zur Ruhe zu bringen. Und zum „Schizze“ dieser „Hölle“ soll das arbeitende Volk Milliarden hergeben!

Sociales.

Jur Handhabung der Gewerbe-Aufsicht hat das bayerische Ministerium des Innern eine Anweisung gegeben, in der gewünscht wird, daß unter allen Verhältnissen in sämtlichen Aufsichtsbereichen mindestens die Hälfte der Fabriken und der regelmäßig über fünf Arbeiter beschäftigenden Betriebe alljährlich revidiert werden. Dann wird auf besondere Beobachtung der Reinlichkeit in Handwerksbetrieben und der Schloßstätten sowie der Lehrlingsausbildung hingewiesen. Weiter heißt es:

Die Thätigkeit der weiblichen Hilfskräfte, die sich als eine befriedigende erwiesen hat, ist neben der Revision der ganz oder vorzugsweise mit Arbeiterinnen besetzten Betriebe auf die Erziehung der Verhältnisse in den weibliche Kräfte und Kinder beschäftigenden Hausindustriestellen zu richten, sowie auf Erhebungen über die Verwendung von Kindern im Hausierhandel am Wohnort zu erstreben. Ueber die Thätigkeit der weiblichen Hilfskräfte ist im Jahresbericht eingehende Vorlegung zu geben.

Für das Jahr 1900 sind die Specialerhebungen über das Maurergewerbe nach Maßgabe der bei der Konferenz getroffenen Vereinbarungen zu pflegen. Das Ergebnis ist gefondert, Anfang des nächsten Jahres vorzulegen.

Die nicht unerhebliche Zahl von Heimarbeitern, namentlich in der Bekleidungsindustrie, läßt es als sehr wünschenswert erscheinen, daß für diese Heimarbeiter seitens der Unternehmer entsprechende Verhältnisse zur Verfügung gestellt werden. Hierauf gerichtete Bestrebungen sind thätigst zu unterstützen und haben insbesondere die Gewerbe-Aufsichtsbeamten ihren Einfluß nach dieser Richtung geltend zu machen. Etwaige Erfolge sind im Jahresbericht zu erwähnen.

Zur Wohnungsfrage in England. Dem Unterhause ist eine Vorlage zugegangen, durch die die Lokalbehörden ermächtigt werden, Land außerhalb ihrer Reichsbildung zu erwerben, um Wohnungen für Arbeiter zu errichten. Bisher sind namentlich die Lokalbehörden Londons, wo die Wohnungsnot eine unheimliche Höhe erreicht hat, trotz aller Bemühungen gänzlich außer Stande gewesen, Wesentliches zur Bekämpfung dieser Not zu thun. Die Bestätigung des bisher bestehenden Verbots des Landverkaufs außerhalb des Reichsbildes wurde deshalb allseitig gefordert. Man hofft dadurch, ein Mittel gegen die Wohnungsnot zu gewinnen.

Zweifellose Arbeiterfreunde. In einer Versammlung in Leipzig, die sich mit dem böhmischen Bergarbeiterauslande beschäftigte, trat auch der national-social Dr. Barge auf und bezeichnete die Forderungen der Bergarbeiter als berechtigt. Die National-Socialen würden mit den Socialdemokraten Schulter an Schulter für die Ausständigen eintreten usw. Nach dem „Korrespondent“, dem Organ der Buchdrucker, soll darauf ein „Genosse“, wie Herr Reghäner nach bewährten Mustern zu schreiben liebt, diese von zweifellos Arbeiterfreundlichkeit zeugende Erklärung als Äußerung bezeichnet haben, auf den die Arbeiter nicht anbeihen würden. Dazu schreibt Herr Reghäner in der ihm eignen vornehmen Weise unter der Epithete „Erbärmlich“:

Das ist der echte demagogische und geschäftsocialistische Standpunkt der Leipziger Genossenführer. Die Masse muß in jedem Angehörigen einer andern Gesellschaftsklasse einen Feind oder Betrüger erblicken, selbst dann, wenn die bürgerlichen Kreise ein hervorragendes Verständnis für die Arbeiterinteressen bekunden. Wehe aber, wenn die auf diese Weise verächtlich beiseite geschobenen besten Elementen des Birgerthums in der Zukunft es ablehnen, Arbeiterforderungen zu beistimmen, dann fällt das Leipziger Demagogentum über jene Leute her und beschuldigt sie in öffentlichen Versammlungen, kein Herz für die bedrängte Lage der Arbeiter zu haben. Auf diese Weise kommt der Geschäftsocialist auf seine Rechnung und der Arbeiter steht nur die „einzige reaktionäre Masse!“

Die „Hölle“, durch die wir auf die Sache aufmerksam werden, dankt das ab und begleitet es mit folgender Wohlverhaltensnote: Wir haben diesen Worten eines objektiv urteilenden Arbeiter- und Gewerkschaftsorgans nichts weiter hinzuzusetzen, als daß die für Leipzig gebrauchte „Erbärmlichkeit“ auch anderwärts in der Socialdemokratie und schon entgegengetreten ist.

Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob in socialdemokratischen Arbeiterversammlungen gegenüber „begriffslos“ und zweifelhaften Arbeiterfreunden“ immer der richtige Ton angeschlagen wird. Aber wir würden die Arbeiterbewegung bedauern, wenn sie ihr Vorbild in einem Reichshäuser fände. Ein objektiv urteilendes Arbeiter- und Gewerkschaftsorgan? Objektiv vielleicht gegen die Herren Nationalsozialisten und sonstige zweifelhafte Arbeiterfreunde; mag sein. Sonst aber ist uns selten ein Arbeiterorgan begegnet, in dem die unanständigste, unverständigste Schimpferei und Verhöhnung der Arbeiter untereinander solche Organe feiert, wie in dem von Herrn Reichshäuser geleiteten Blatte, dessen blinder Zorn sich gerade gegen diejenige Partei am ungezügeltsten austobt, die bisher allein durch Taten bewiesen hat, daß sie die Interessen der Arbeiter vertritt, gegen die socialdemokratische. Welche dem Socialdemokraten, der es wagt, einige Zweifel an der Nichtigkeit der von Herrn Reichshäuser beliebten Arbeiterführung zu äußern! Er kann sicher sein, wie ein rüchiger Hund behandelt zu werden. Es gereicht der deutschen Arbeiterbewegung nur zum Vorteil, daß der „objektiv urteilende“ „Correspondent“ ein Unikum ist und wir hoffen, daß er es bleiben wird trotz der national-socialen Anerkennung für — um Reichshäuser zu sprechen — „Geschäfts-Antisocialisten“.

Die aber die „zweifelhafte Arbeiterfreundlichkeit“ der Leipziger National-Socialen einzuschätzen ist, dafür giebt folgende Mitteilung der „Ngl. Leipziger Ztg.“ einen Maßstab:

Am Montagabend fand auf Veranlassung des seiner Zeit aufgestellten Reichstags-Wahlkomitees für die Leipziger Reichstags-Wahlkreise im großen Saale des Kaufmännischen Vereinshauses eine strengvertrauliche Versammlung hervorragender thätiger Mitglieder der hiesigen Ordnungsparteien (Konservative, Nationalliberale, Deutsch-social Reformpartei und National-Socials) statt, die sehr zahlreichen Besuches sich erfreute. Der Vertreter unserer Stadt im deutschen Reichstags, Prof. Dr. Haffke, entrollte in längerer Rede ein Bild der politischen Lage. In Anbetracht des Umfandes, daß die Verhandlungen von vornherein als vertraulich bezeichnet wurden, ist von einem Bericht darüber abzusehen. Es kann jedoch mitgeteilt werden, daß für den Fall zukünftiger Kompensationen ein geschlossenes Zusammengehen sämtlicher Leipziger Ordnungsparteien gesichert erscheint.

Das heißt also, daß die Leipziger National-Socialen bereit sind, mit den niederträchtigsten Feinden der Arbeiter, den tatsächlichen Konservativen und Nationalliberalen, gegen die socialdemokratische Arbeiterpartei ein Kartell zu schließen. Was liegt da mehr im Interesse der Arbeiter: Verbeugungen vor solchen „zweifelhafte“ Arbeiterfreunden oder die mehr als berechtigte Mahnung zum Wächtrauen, auch wenn sie vielleicht einmal die garben Kerben des erbärmlich anständigen Herrn Reichshäuser etwas verlegt? —

Gerichts-Beitrag.

Was einem anständigen Mädchen in Berlin widerfahren kann. Der Kaufmann Werner war, wie wir feinerzeit berichtet haben, wegen Beleidigung von Beamten der Sitten-polizei unter Anklage gestellt worden, daß Schöffenrichter hätte ihn jedoch freigesprochen. Da der Staatsanwalt gegen dieses Urteil Berufung einlegte, gelangte die Sache vor der 2. Strafkammer

des Landgerichts I zur erneuten Prüfung. Der Sachverhalt war folgender: Eines Nachts passierte der Angeklagte in Gesellschaft eines hiesigen Juristen die zu jener Zeit sehr belebte Friedrichstraße; vor ihnen ging in durchaus mannlicher Weise die unverschämte F., ein völlig unbescholtene junges Mädchen, das seinen Bräutigam aus einem Geschäft abholen wollte. Möglicherweise die beiden Herren, wie zwei Männer an das Mädchen herantreten, es in ihre Mitte nahmen und lebhaft auf es einprachen; sie hörten dann, wie das Mädchen zu den beiden Männern sagte: „Lassen Sie mich zufrieden, ich bin ein anständiges Mädchen“. Die Männer saßen darauf das Mädchen unter den Arm und zogen die sich heftig Sträubende mit Gewalt über den Fahrdamm. Der Angeklagte, der die Männer für angekommene Mitglieder des damals hier tagenden Geographenkongresses hielt, trat hinzu und verlangte die Freilassung des Mädchens, da ihm die Behandlung desselben unangenehm erschien. Die beiden Männer, die Sittenbeamten Hahn und Baumann, wollen sich darauf sofort als Beamte legitimieren, der Angeklagte habe aber erwidert: „Euch Brüdern von der Sittenpolizei in der Friedrichstraße verzeihen wir schon das Handwerk legen“. Der Angeklagte bestreitet das ganz entschieden; er habe gar nicht gewußt, daß er Sittenbeamte vor sich habe; das Mädchen habe ihm Leid getan, deshalb habe er sich hineingemischt und dabei allerdings gesagt: „Euch werde ich schon das Handwerk legen“. Erst nach diesen Worten hätten sich die Beamten als solche durch Vorzeigung ihrer Marke legitimiert. Diese Darstellung des Angeklagten wurde durch die Beobachtung des ihn begleitenden Juristen unterstützt, während die beiden Beamten bei ihrer gegenseitigen Bekundung beharrten; zur Erklärung ihres Einschreitens behaupteten sie, sie hätten gesehen, wie die F. sich wiederholt umgesehen und Männer angesprochen hätte, was sie auch schon in früheren Nächten getan habe, eine Behauptung, der die F. ganz entschieden widersprach; sie sei stets ruhig ihres Wegs gegangen. Der Angeklagte und die F. mußten damals mit den Beamten zur Wache gehen; hier mußte das junge Mädchen bis zum Morgen bleiben, wurde dann nach dem Polizeipräsidium gebracht und mußte sich hier einer peinlichen ärztlichen Untersuchung unterwerfen, dann erst wurde es entlassen. — Der Gerichtshof hielt für erwiesen, daß beide Verurteilungen gefallen seien, sowohl die von den Beamten befundene, als auch die von dem Angeklagten zugegebene; er hob daher das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe.

Verbält sich der Fall so, wie hier von dem Gerichtsberichterstatter mitgeteilt worden, so ist ohne Zweifel von neuem eine Erörterung unserer sittenpolizeilichen Zustände in der Stadtverordneten-Versammlung geboten.

Eine merkwürdige Schugmannsgeschichte. Wegen Urkundenfälschung, Vergehens im Amte und Betrugs hatte sich der Schugmann Georg Brandel gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der jetzt aus dem Amte entlassene Angeklagte wurde während seiner Dienstzeit häufig damit beauftragt, von solchen Personen, die Polizeikontrollen zu zahlen hatten, diese Geldstrafen einzusuchen, oder sie im Nichtzahlungsfalle zu verhaften. Erfolgt bei dem Erscheinen des Schugmanns

der Sachverhalt, daß die Strafe inzwischen bezahlt worden ist, so wird von der Verhaftung Abstand genommen. Es ist im allgemeinen den Schugleuten verboten, das ihnen von den Gemahregelten übergebene Geld selbst in Empfang zu nehmen, um es der betreffenden Polizei- oder Gerichtsstelle einzuzahlen, es geschieht aber doch, und wenn die Sache glatt abgewickelt wird, pflegt die Behörde über die Art der Einzahlung Ermittlungen nicht anzustellen. Der Angeklagte hatte nun in zwei Fällen Beträge eingezogen, die nicht pünktlich der Kasse zugegangen waren. Eine Händlerin hatte ihm 2 M. und 10 Pf. Porto, ein Droßknechtlicher 3 M. und 20 Pf. Porto gegeben. Da die Schugleute sich selbst nicht als Abfender des Geldes bezeichnen dürfen, so wird in der Regel ein Kaufmann oder eine andere Person in Anspruch genommen, die das Geld unter Angabe des Aktenzeichens abzugeben hat. Der Angeklagte will die 2 M. einem inzwischen verstorbenen Schankwirt zur Abfindung übergeben haben und beschuldigt diesen der Unterschlagung. Im zweiten Fall habe er seine Schwester beauftragt, die 3 M. einzuzahlen, sie sei aber plötzlich krank geworden und ins Krankenhaus gekommen. Dadurch sei die Sache in Vergessenheit geraten. Der Angeklagte hat beide Posten nachträglich an die Kasse abgeführt. Auf dem einen der Postreine soll er das Datum geändert haben, um die verspätete Abhebung zu vertuschen. Die Beweisaufnahme fiel nicht zu Ungunsten des Angeklagten aus, und der Verteidiger Rechtsanwält Leonh. Friedmann, der die Freisprechung beantragte, hob besonders hervor, daß dem Angeklagten jede strafbare Absicht fernzulegen habe. Der Gerichtshof trat diesen Ausführungen bei und fällt ein freisprechendes Urteil.

Marktpreise von Berlin am 22. Februar 1900

nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen D.-Gr.	15,30	14,-	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10	
*) Roggen	14,30	13,80	Kalbfleisch	1,70	1,-	
*) Futter-Weizen	13,90	13,-	Dammfleisch	1,60	1,-	
*) Hafer gut	15,-	14,20	Butter	2,60	2,-	
*) mittel	14,10	13,40	Eier 60 Stk	5,-	3,-	
*) gering	13,30	12,60	Käse 1 kg	2,20	1,20	
*) Milchfroh	4,-	3,60	Kale	2,80	1,40	
*) Heu	7,20	4,50	Laubkraut	2,50	1,-	
*) Erbsen	40,-	25,-	Beete	2,-	1,-	
*) Weizenbohnen	45,-	25,-	Barische	1,60	0,80	
*) Klee	70,-	30,-	Schote	2,80	1,20	
*) Kartoffeln, neue	7,-	5,-	Biete	1,40	0,80	
*) Rindfleisch, Keule 1 kg	1,60	1,20	Rohsch	per Schaf	12,-	8,-
*) do. Schmalz	1,20	1,-				

*) Gemischt-pro Tomaten von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsscheine — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. *) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 22. Februar. Auch heute war der Verkehr in Getreide sehr still, da aus Amerika Feiertags halber die Anregung fehlte. Paris meidete behauptete Preise; trotzdem war die Tendenz des hiesigen Marktes milder, da das bedeutende Angebot aus dem Inlande fortbauert und ferner die argentinische Weizenausfuhrungen nachhaltiger zugenommen haben und angeblich um 300.000 Quartiers betragen. Die Umsätze waren sehr klein. Vom Auslande ist nichts zu berichten, da kein Rendiment vorhanden. Bei vorhersehender Realisationsfrist war Weizen anfangs 0,50, schließlich 1 M., Roggen bis 0,50 billiger zu haben. Hafer lag ruhig, unverändert, Rüböl leblos. Am Spiritusmarkt wurden 15.000 Liter 70er loco mit 47,40 M. (+ 0,10) gehandelt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Sonntag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
 bei Keller, Koppenstraße Nr. 29.
 Bericht über den Stand der Bewegung. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. Anträge.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Verbandsbuch legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

Schöneberg.
 Montag, den 26. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
 bei Obst, Grunewaldstraße 110.
 Tages-Ordnung: 1. Der Streit der Berliner Möbelpolierer. 2. Die Arbeitsunterbrechung in der Bauindustrie von Käfer.
 Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, 25. Februar, vormittags 10 Uhr, im Friedrichs-Rädischen Kasino, Friedrichstraße 236:
Ordentl. Generalversammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Kassabericht, Bericht der Revision, Jahresbericht 2. Annahmen zur Ortsverwaltung, 3. Berichterstattung des Schiedsgerichts in Sachen Klitzsch. 4. Stellungnahme zum 1. Rat. 5. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
 Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszubändigen.
 Am 11. und 18. März, vormittags 10 Uhr, findet in der „Urania“ je eine Vorlesung statt. Zur Aufführung gelangt:
Von den Alpen bis zum Bosph.
 Billets a 70 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Kassieren sowie im Bureau, Amnenstraße 39, zu erhalten.

Dienstag, den 27. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
der Gold- u. Silberarbeiter und Berufsgen.
 im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Dr. Joel über: Wissenschaft und Weltuntergang. 2. Bericht der Liquidationskommission. 3. Bericht vom Arbeitsnachweis. 4. Beschließens und Aufnahme neuer Mitglieder.
 Die Kollegen und Kollegen werden ermahnt, recht zahlreich zu erscheinen.
 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bergolder. Achtung!
 Montag, 26. Februar, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Oeffentliche Versammlung
 der im Bergoldergewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht und Stellungnahme zu der Petition zur neuen Novelle des Unfallversicherungsgesetzes. 2. Bericht des Schiedsgerichts. 3. Kollegen, Pflicht eines jeden ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann der Bergolder Berlin.
 Frühlücks-Suppen
 Gemüse- und Kraftsuppen
 Bouillon-Kapseln
 Suppen-Würze
 stets vorrätig bei Otto-Engel-NW, Jagowstr. 27.

Linde-Essenz
 wird in Tassen, Gläsern und anderen Gefäßen verkauft, die in jedem Haushalt praktische Verwendung finden können.

Verband der Möbelpolierer.
 Montag, den 26. Februar 1900:
Ausserordentliche General-Versammlung
 im „Märkischen Hof“ (großer Saal), Admiralsstr. 18e.
 Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht über unsere Streit. 2. Diskussion. 3. Bericht des Kollegen Curtis über die Lohnbewegung der Dresdener Möbelpolierer. 4. Antrag betreffs Umverteilung der arbeitslosen Kollegen während der Dauer des Streits. 5. Verschiedenes.

Hente abend von 8 Uhr ab in sämtlichen Zahlstellen: Ausgabe der Streikkarten und Entgegennahme des Extrabeitrags laut Beschluß der letzten Generalversammlung.

Sonnabend, den 3. März 1900:
Grosser Wiener Masken-Ball
 in Kellers Festsälen, Koppenstraße Nr. 29.
 Billets sind bei sämtlichen bekannten Kollegen zu haben.
 Der Vorstand. K. Köfer, Admiralsstr. 19.
 145/12

Achtung, Radfahrer!
aus Baumshulenberg, Johannisthal usw.
 Sonntag, den 25. d. M., vormittags 9 Uhr, im Restaurant Rächler, Baumshulenberg, Rachenbäcker und Grassbäcker-Gäß.
Besprechung über Gründung eines Radfahrer-Vereins
 mit Anknüpfung an den Arbeiter-Radfahrer-Bund „Soldatentät“.

J. Brünn
 (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
 Wegen Umbau meiner Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischzeug! Handtücher! Fertige Wäsche!
 zu sehr billigen Preisen zum

Ansverkauf!!
Wernaus Festsäle, Schwedterstrasse No. 23/24.
 Dienstag, den 27. Februar: Grobes Wurst- und Weißfleisch-Offen. Julius Wernau.
 Die Sonnabende sind vom April ab zu Frühjahrs- und Sommer-Festlichkeiten zu vergeben.

Neuer Abendkursus der „Elektra“
 Dienstag, den 6. März
 Dauer 6 Monate in Theorie u. Praxis. Keine Vorkenntnisse. Zeugnis — Stollungsnachweis. Anmeldung: Prinzenstr. 55, 1. Auch Sonntags bis 1 Uhr. Man verlange Prospekt.

Baustellen
 in Schöneberg mit mäßiger Ansammlung, reichhaltiger Zeichnung und Bauplan. Adressen unter G. 2 an die Expedition des „Sonntags“. 24198

Falbe,
 44, Eisasserstr. 44.
 Behandlung aller Haut- u. Hornleiden ohne Berufshilfe. Sprechst. 9 morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstags 9-1. Bei Vereinnahme der Verbandskarten 10 Proz. 34548*

Zum Laubebau!
 Gehobenes Bauholz, Bretter, Balken, Leisten, Zäune, Fenster, Dachpappe, Leer, billig. M. Röhle, Kottbuser Damm 22. 25276

Hans Kayser
 Gärlicher Bahnhof, Platz 6.
 Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Natur-Heilverfahren.
 Haut-, Horn- u. Nasenleiden, Frauen-Krankheit, heilt sicher ohne Berufshilfe. (34442)*
 R. Wagner, Waldstraße 23, 9-2, 5-9, 21-2

Anlichts-Postkarten
 mit lebenden Bildern der
Giordano Bruno-Feier
 7 verschiedene Dessins
 zusammen 50 Pf. (Porto 10 Pf.)
 Dichtung zu den 7 Bildern von C. M. Scävola: 10 Pf.
 A. Hoffmanns Verlag, Berlin O., Blumenstraße 14.

Achtung! Vereine. Achtung!
 Nonnenbergs Parkschlößchen, Treptow, 34282* empfiehlt sein Stabliement für alle vorstehenden Vereins-Festlichkeiten unter den günstigsten Bedingungen. A. Nonnenberg.
 und Polsterwaren. Reelle Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (34562)*
Möbel Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.
 Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben, 34602*
 nur neue moderne Sachen. prima Qualität 1,50 und 2,-.
Hutfabrik-Comptoir Die beliebtesten Arbeitshüte immer 1 Mk. noch früher Parmiter. 4 u. 5. Jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Bühne, 2 M.,
 Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren v. 1 M. an. Zahnziehn, schmerzlos. Sprechst. 8-8, Sonnt. 8-8.
H. Lange, Ede Marktstraße.

Laabs
 Eisasserstr. 39.
 Behandl. aller Haut-, Horn- u. Nasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechst. 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Verbandskarten Ermäßigung.

ZAHNSCHMERZ heilt Zahne
 beseitigt sofort
KROPP'S Zahnwafel
 100% Carvacrolwafel in Form Flanette 4,50 zu haben in allen Drogerien. Nichts weinlich. Nachahmungen.

Kunsttopferei
 von 37262*
Frau Kokosky,
 Steinmetzstr. 18, Quergeb. hochpart.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 24. Februar.
Cyrenhaus. Sain. Bojazi. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Don Carlos. Anfang 7 Uhr.
Zeusisches. Das tausendjährige Reich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessling. Die drei Töchter des Herrn Dupont. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Sibylla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Rote Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Proberpfell. Anfang 8 Uhr.
Rodun. 3 Uhr: Das Räthchen von Heilbronn.
Wesien. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reithaus. Die Dame von Marim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Romeo und Julia. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die kleine Excellenz. Anf. 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Die Jagd nach dem Glück. Anfang 8 Uhr.
Rodun. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Heldenbrüder.
Belle-Alliance. Die Reise nach Amerika. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Berliner Bilder. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Adolf. Die Dame von Marim und ihr Proberpfell. Anfang 8 Uhr.
Rodun. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Ror und Morio.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Krollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Zandstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.
Im Hofsaal: Prof. Dr. Müller: „Luzurgegenstände und ihre Naturgeschichte.“

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonnabend nachmitt. 3 Uhr:
Das Käthchen von Heilbronn.
Großes histor. Bühnenstück in 5 Akten von Heinrich von Kleist.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Proberpfell.
Puppenspiel in 4 Akten von D. Blumenthal.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
8. Vorstellung im Schüler-Circus:
Wilhelm Tell.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Proberpfell.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Nischenladerfolg!
Im Himmelhof.
Thomas, Thielicher, Heimerding, Jantzenmann, Bauhmeyer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

W. Noacks Theater.

Spinnereistraße 10.
Heute, Sonnabend, den 24. Februar:
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Sonntag:

Familie Buchholz.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Nur noch wenige Tage das riesenhafte **Februar-Programm.**
Kassaführer: Vaherjola!
8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr.
Endlich allein.
Dittlischmann: Dr. Rich. Winkler. Neu! Scenen Neu! vom Kriegsschauplatz in Transvaal. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorverkauf 11 bis 1 Uhr. Heute nach der Vorstellung: Tanzkränzen. Besucher der Vorstellung haben Frei-Tanz.
Sonnabend, den 3. März 1900 nach der Vorstellung: **Grosses Bockbier Jubel-Fest.** Besucher d. Vorstell. haben freien Zutr.

Apollo-Theater.

Um 9 Uhr abends:
Im Reiche des Indra.
Eine Fahrt durch die indischen Wundergärten.
Um 1/2 8 Uhr: **La Fagette.** Schwestern Serini, Dell Oro.
Acquanarino. Hill u. Hull. Diamantine. Ephraim Thompson. Dagmar Hansen etc. etc. etc.
Der Kosmograph. neueste Aufnahmen aus dem Transvaal-Kriege.
Anfang 1/2 8 Uhr.
Vorverkauf im Theater von 10 bis 1 Uhr, sowie im Invalidendank u. Künstlerdank.
Kösliner Hof
Köslinerstr. 8.
Jeden Sonntag: **Ball.**

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Hörsaal:
Prof. Dr. Müller: „Luzurgegenstände und ihre Naturgeschichte.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Geöffnet
9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Neu! Die Neu!
Katakomben
der
Kapuzinermönche
zu
Palermo.

CASTANS PANOPTICUM

Neu! Neu! Neu!
Ein Riese
der englischen Armeen
Sergeant Th. Dalroy
2 m 30 cm hoch!
Oberbayerische Sänger
und
Schuhplattler-Gesellschaft.

Sanssouci

Kottbuserstr. 1a.
Heute Sonnabend wegen Vereinfachungen:
Keine Soiree.
Sonntag, den 25. Februar:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Präsident Krüger.
Die Sangesbrüder.
Dienstag, 27. Februar:
Gr. Hofnachts-Ball.

Metropol-Theater

Behrenstrasse 55/57.
Sonnabend, den 24. Februar:
Grosses
Karnevals-Fest
und
letzter Maskenball.
1000 Mark in bar
als Schönheitspreis.
Blumenschlacht! * Konfektwerfen!
Näheres die grossen Plakate.

Belle-Alliance-Theater.

Heute- und folg. Tage, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male:
Die Reise nach Amerika.
Sensationelles Volkstück in 5 Akten mit Gesang von H. Philipp. Musik von R. Spinnhold u. H. Philipp. Vorverk. a. d. Tagesf. u. Vorverk.-Stell.

Cirkus Schumann.

Heute Sonnabend, abds. 7 1/2 Uhr:
14. Grand Soiree High Life.
Gala-Programm und

Doctor Faust

Romantisch-phantastische Handlung in 3 Abtheilungen vom Hof-Balletmeister **A. Sims.**
Sonntag: 2 Vorstellungen. Radum. 3 1/2 Uhr: Im Weihnachtsbazar. Radum. 1 Kind frei. Abds. 7 1/2 Uhr: Dr. Faust.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

A. Stippekohls Restaurant

Cöpenick, Schönepfänderstr. 5.
Arbeiter-Bekehrungslokal. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlin und Umgegend.
Hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied
Johann Gandeira
am 22. früh verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Michaelkirchhofs (durch Rirdorf), Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Theilnahme bitten
Der Vorstand.

Central-Arbeits- u. Sterbekasse der Zimmerer.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Gustav Oweitzsch
am 20. d. M. freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
Um rege Theilnahme bitten
Der Vorstand.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied
Gustav Oweitzsch
am 20. d. M. freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Rirdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Theilnahme bitten
Der Vorstand.

Berlin, den 23. Febr. 1900.
Sterblich die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn **Willy** heute früh nach kurzem aber schwerem Leiden an der Diphtheritis verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Begräbnisplatz der freiwilligen Gemeinde „Doppel-Älter“, statt.
Die tiefbetruenen Eltern:
Fritz Kater u. Frau, geb. Deidich, 25508 Lüderstr. 35

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann am 20. d. M. freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Die Beerdigung findet Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt.
Die trauernde Witwe **Marie Oweitzsch.**

Cirkus Busch.

Heute, Sonnabend, den 24. Februar, abends 7 1/2 Uhr: **High Life Evening.**
Zum 107. Male: **Die Camorra.** Belonders hervorzuheben: Die blaue Grotte auf Capri. Die weisse Dame. Equestriecher Karnevalzug. Signor Ricardo mit sein. drei Hund. Die Rattocch-Krabad. Troupe. Jongleur Signor Farini. Menuetto à cheval.

Treptow Restaurant

Alte Köppler Landstraße.
Jeden Sonntag: **34502***
Großer Ball.
Neuer Parkettboden.
Kaffee in Portionstassen.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Leberheile **Herkules** tragen Klein-Verlauf. Sehr starke Ware in praktischen grünen u. braunen Streifen. Hält in u. vom am Band aus einem Stück gezeichnet. Nicht ohne u. Karbonat. Jede Leber-Pilul-Zeichen, die Hefe
(bei Entnahme von 6 Stück 2 Pf.) **4 Mk. 50**
Seit indigoblaues Jodett für
Rachitis, Monture u. 1 Mk. 20
Echt indigoblaue Hefe bis 1 Mk. 50
Prima-Mangefee Hefe 8.-, 5.50, 3.50
Schüttel-Rachet-Jodett 13.-, 9.-
Kerze-Rittel, gebucht Hefe 2 Mk.
Waler-Rittel in Verme-Ritt. 2 Mk. 25
Kocher-Rittel (braun). 2 Mk. 40
Weißes Leber-Jodett, ge-
kollert, zweifach. 7 Mk. 50
Weißes Leber-Hefe, Prima
Brot. 3 Mk. 75

Baer Sohn

Ein gros. Export. Es detail.
Chaussestr. 24. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 14te Salazar-Preisliste 1900 über gekaufte Herren- und Damen-Bekleidung (Kittage 1 Million) ist erschienen und wird kostenlos und portofrei zugesandt. 24572*
Verlauf von 20 Mk. an franco.
Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- u. Handweite u. Schnittlänge.

Orts-Frankenkasse der Gastwirte

und verw. Gewerbe zu Berlin.
Die am 5. Dezember 1899 statt-
gefundene Wahl der Arbeitgeber-Be-
treter hat die Aufsichtsbehörde für
unzulässig erklärt und hebt eine
erneute Wahl von 50 Arbeitgeber-
Beziehern für die Wahlperiode 1900
bis 1902
Montag, den 5. März 1900,
nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn
Nimann, Brunnenstr. 188. statt.
Nur zur Wahl meldende Arbeitgeber
sind berechtigt, sich an der Wahl zu
betheiligen.
Der Wahlakt beginnt präcise
3 Uhr und wird um 6 Uhr geschlossen.
Nach 6 Uhr wird der Zutritt
zum Wahllokal nicht mehr ge-
stattet.
Geschriebene, gedruckte oder auf
andern mechanischen Wege dergestalt
Kandidatenlisten dürfen bei der Wahl
benutzt werden. 270,8
Berlin, den 20. Februar 1900.
Der Vorstand.
Poppe, Kraushaar,
Schriftführer.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2.

Behandlung aller Haut-, Harn-
und Darmleiden ohne Betriebs-
führung. 3575L*
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Vorzeigung der
Verbands-Martin 16 Proz.

Einsegnungs-Anzüge, neueste Façons in blau und schwarz Kammgarn u. Cheviot Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße Nr. 141, Ecke Fruchtstraße. 27502*

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Rekoration im SO. krankheits-
halber billig zu verkaufen. Zu er-
fragen bei Willi Brodie, Fehlinger-
straße 105 im Keller. 4107*

Wohnungsgesellschaft, viel Kohlen-
unwag, Meie 45 Mark, sofort ver-
kauflich Grundbesitzstraße 6. 4118*

Wohnungshaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 4118*

Wohel, var- und Teilzahlung,
billig. Preiszahl. Meie 110, I. Ede
Königsbergerstraße. 2872*

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft,
auch einzeln, spottbillig. Joffen-
straße 28, vorn II. rechts. 52K*

Teppiche mit Jadensteinen,
Fabrikpreise. Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 4118*

Gutgehendes Material, Obj. und
Gehaltsgehalt krankheitshalber sofort
zu verkaufen. Aufhakt erteilt J. Reut,
Bismarckstraße 42. 4152*

Cuttungs-Marken und Raufschiff-
Stempel. Heier seit 22 Jahren im
tollende Marken und Exerice Jean
Sche, Hamburg, Trebbahn 46.
Besorg socialistischer Bilder. Inskrierte
Preislisten gratis und franco.
Kraftsmodell des socialdemokratischen
Partei 1898.

Kanarienhähne und Weiden
verkauft billig F. Ewald, Schönlein-
straße 6. 300K*

Kanarienhähne und Weiden,
Gehauer, Flugbauer und Gesang-
stimm sehr billig. Brühl, Nannen-
bühl 9. 4106*

Vorfährige elegante Herren-
paleis und Anzüge und feinen
Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag, Besondere
Vernonia, Unter den Linden 21 II.

Tomatenbäse, Samenbäse. Vaden
Hilf, Regale, Mühlströmer, Biege-
schalen spottbillig. Güll, Weinberg-
weg 13b. 2089b

Fahrräder, zu sofort billigen
Preisen, auch Teilzahlung, Jabel
Dramenstraße 33. 39K*

Fahrräder, erhaltene Marken, 2
Jahre Garantie. Geänderte Räder,
noch gut erhalten. Billige Teilzah-
lungen. Geändert. Tandems und Ein-
räder werden vertrieben. Karl Fischer,
Bismarckstraße 9. 118*

Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung. Lager, vierhundert Fahrr-
äder, einjährige Garantie, liefern
direkt Privatere. Imperat-Jahresab-
werte. Fichtenbühlstraße 33. 1508*

Hörnerausverkauf spottbillig, Sto-
ckerstraße 126 parterre. 128*

Goldwaren-Ausverkauf, spottbillig
Stallbergstraße 126 parterre. 128*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1, Schnell-
Klingel, Glanz, Adler, Schnell-
wäher. Postkarte genügt. Freite,
Hene Königstraße 32. 1121/18*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme,
ohne Anzahlung, wöchentlich eine
Mark, fünfjährige Garantie. Postkarte:
Hene Königstr. 23, Nähmaschinen-
geschäft. 512*

Nähmaschinen beider Systeme, ohne
Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, fünf-
jährige Garantie, sämtliche Systeme,
Postkarte genügt. Landberger, Land-
bergerstraße 35. 2531b

Kanarienhähne, kräftige Nacht-
weiden, edler Stimm, verkauft billig
Bismarck, Cuvrystraße 20, vorn II. 1*

Sieppeden am billigsten Fabrik-
preise Große Frankfurterstraße 9, parterre.

Brautleuten und Umziehenden
offene Russen- und Rahagoni-
möbel, darunter Säulenschränke, edle
fournierte Kleiderstühle, Bertelons 38,
Säulenstuhl 30,50, hochlegante
Pancell, Gageren, Tischen, Stoff-
sofas, elegante gebogene Musikel-
betten, Küchenschränke, sowie vollständige
Wohnungseinrichtungen zu wirklich
billigen Preisen. Dirschow, Ra-
nauerstraße 7a. 78K*

Obj., Gemälde- und Ränderwaren-
Geschäft, abgehend, sofort billig zu
verkaufen. Marktgrafenstraße 95. 2541b

Beiten, Sieppeden spottbillig
Händlerische Reanderstraße 8. 718*

Teppiche, Gardinen spottbillig
Händlerische Reanderstraße 6.

Remontoiruhren, Regulatoren
spottbillig Händlerische Reanderstraße 6.

Goldbremer, hochlegant, 60 Mark,
Charmerstraße 46/47. Reut. 2549b

Nußbaummöbel, ganze Wirtschaft,
spottbillig, auch einzeln. Garten-
straße 32 A, I. links. 420*

Rekoration mit Garten, passend
für Partigenschen, krankheitshalber
zu verkaufen Stallbergstraße 102. 4107*

Kleines Portierlokal Weissensee-
mit großem Vereinszimmer, Zehn-
stelle mehrere Gesellschaften, ein
Arbeiter-Gesangverein, soll abtra-
gen und krankheitshalber sofort verkauft
werden. Königs-Charuffe 38, Zum
Pfeifermüller. 482*

Vermischte Anzeigen.

Uhren repariert Wilhelm Hade
Uhrmacher, Putzlerstraße 45. 4145*

Angustabad, Köpplerstraße 60.
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
schaften. 778*

Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertig Heroldstr. Kleinert, W. Bülow-
straße 66, 2. Hof parterre. 2387b

Moskottstüme, Damen, Herren,
elegant, etc. billig. Neue König-
straße 20. 298*

Vereinszimmer empfiehlt Her,
Alte Jakobstraße 119. 288K*

Vereinszimmer Eimeckstraße 23
Reut. 645*

Vereinszimmer, großes, amp
Sonntags, zum Tanz geeignet, frei
Neue Poststraße 49. 2530b

Vereinszimmer zu vergeben,
Restaurant Kaufeld, Marktstr. 47.

Vermietungen.
Schlafstellen.
Schlafstelle für Herrn, mit Kaffee
9 Mark, Fürstenstraße 15, Hof vor-
terre, Hermann. 2545b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Tüchtige Farbigenmacher verlangt
Berg, Chaussestraße 82. 2533b
Vader für Goldbleichen verlangt
Berg, Chaussestraße 82. 2534b
Korbmacher, tüchtig auf Banden,
Kongomödel, sucht Rechner, Raum-
straße 50. 2532b
Tapetier-Verstärkung sucht Fischer,
Oranienstraße 74. 2528b
Ein tüchtiger Barockgoldler,
welcher auch farbig machen kann,
verlangt E. Beer, Rirdorf, Prinz
Handlstraße 73. 4143
Tüchtige Farbigenmacher verlangt
E. Beer, Rirdorf, Prinz Handl-
straße 73. 4143
Gefanglehrer gesucht (Dienstag),
Wohnung Sonntag 10-12. Himm-
straße 35 a. 2546b
Farbigenmacher verlangt E. Wolf,
Dreierbachstraße 33. 2551b
1 tüchtiger Poliermacher, mög-
lich Tischler verlangt Dreier-
straße 81. 2542b
Goldbleichen, Tüchtige Verarbeiter,
Dampfmühle, finden bei hohem
Lohn dauernde Beschäftigung
Köpenickerstraße 109 a. 2545b
Tüchtige Paletot-Arbeiterinnen
verlangt bei hohem Lohn Max Stein,
Jägerstraße 38, 39, I. 2543b
Staubmaler Näherinnen werden
verlangt Bredowstraße 27 I. rechts. 1*

Arbeitsmarkt.

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Wannjells Grün, Jerusalemer-
straße 23. 2495b
auf Roharbeit. 100/3
J. M. W. Heitmann, Hamburg.

Korbmachergesellen
auf Roharbeit. 100/3
J. M. W. Heitmann, Hamburg.

Möbelpolierer!
Zeil den 1. Dezember sind die
Kollegen der Kolonnen, Rirdorf,
Knechtstraße, im Ausstand. Jazug
fern abhalten bitten. 135/3
Der Vorstand des Verbandes.

Achtung, Möbeltischler Rirdorf.
An der Thiererei von Mann &
Kunow, Steinschlagstraße 39, und
Willers, Amieckstraße 59, haben
wegen Nichtbefolgung des Tarifs
sämtliche Kollegen die Arbeit nieder-
gelegt! Jazug fernhalten! 79/4
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Holzarbeiter!
Sämtliche Kollegen der Werkstatt
von Küster, Pantzschler, Wag-
straße 8, haben wegen Tarifverlet-
zungen die Arbeit niedergelegt. 179/3
Die Ortsverwaltung Schöneberg.

Dom Weltmarkt.

Die geplante preussische Warenhaus-Umsatzsteuer — Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1899. — Deutschlands Außenhandel im letzten Jahr. — Oestreich-Ungarns Außenhandel 1899.

Die geplante preussische Warenhaus-Umsatzsteuer. Der „Vorwärts“ hat schon in dem Leitartikel seiner Nummer 40 den preussischen Gesetzesentwurf betr. die Warenhaussteuer einer kurzen Kritik unterzogen und die hauptsächlichsten Bedenken gegen diese neue Steuer gesetzgeberische Leistung geltend gemacht, während ein weiterer Artikel in Nummer 43 speziell auf die Gefahren hinweist, die den Kaufmannvereinen aus der Vorlage drohen. Eine nochmalige Charakterisierung des eigentümlichen Vorgehens der Regierung, die noch im vorigen Jahre sich prinzipiell gegen die Umsatzsteuer erklärte und ein, allerdings nicht minder seltsames Gemisch von Branchen-, Filial-, Raum- und Personalsteuer vorschlug, und die sich nun durch die Mittelstandsvereinsorganisation so leicht zum Gegenteil hat bekehren lassen, hiesse demnach nur alte Komellen nochmals aufwärmen. Ueber die Thatsache, daß die Höhe des Umsatzes eines Geschäfts weder ein Gradmesser für die Rentabilität des Unternehmens noch für seinen Konkurrenzdruck abgibt, ist sich ja jeder Mensch klar, der überhaupt etwas von geschäftlichen Dingen versteht, und auch die Regierung selbst befindet sich darüber, wie die Verlegenheits-Bendungen und Bindungen der Begründung erweisen, nicht im Zweifel. Wohl aber dürfte die Erörterung nicht überflüssig sein, wie die in der Vorlage beliebte Unterscheidung von vier Warengruppen und die Art der dargelegenen Besteuerung die größeren Detailgeschäfte trifft und wie weit sie geeignet erscheint, der sich in der Zunahme der Warenhäuser äußernden Betriebskonzentration Einhalt zu thun.

Hierfür einige Beispiele aus dem Geschäftsleben, die besser die Sache erläutern, als lange theoretische Auseinandersetzungen. Wie bekannt giebt es sehr viele Geschäfte, die neben Kleinen- und Gartengeräten auch Kurzwaren, Spielwaren, Jagdutensilien, vielleicht auch Sportartikel, Fahrräder u. dgl. führen. Nach dem Entwurf gehören solche Geschäfte, obgleich niemand behaupten wird, daß sich der Verkauf von Hochgeschützten mit dem Verkauf eigener Werkzeuge, Spielwaren u. dgl. verträgt, zu den Warenhäusern und haben, wenn ihr Umsatz 500 000 M. erreicht, eine jährliche Extrosteuer von 7500 M. zu bezahlen, denn die vorgenannten Waren gehören nach der Unterscheidung des Entwurfs verschiedenen Warengruppen an. Zwar heißt es dann zum Schlusse des § 5 wieder: „Zugleich wird, wenn sich der Handel mit Waren der einen Gruppe nach Herkommen und Gebrauch auch auf Waren anderer Gruppen erstreckt, welche mit ersteren zugleich feilgeboten zu werden pflegen — wie bei Handlungen mit Eisen- und Stahlwaren, Gummiwaren u. dgl. — nur Handel mit einer Warengruppe angenommen.“ Aber was besagt der Ausdruck „nach Herkommen und Gebrauch.“ Entspricht das Feilhalten von Gartenstäben und Kochtöpfen neben Spielwaren, Revolvern, Fischereigeräten, Fahrrädern, Nähmaschinen u. dgl. dem „Gebrauch und Herkommen“ oder nicht? Die Frage wird von verschiedenen Sachverständigen und in verschiedenen Gegenden völlig verschieden beantwortet werden. Von vornherein sind damit Interpretationsmöglichkeiten, Chikanen seitens der Gemeindebehörden und der auf diese einwirkenden Kleinhandelskreise, sowie einer verschiedenen Handhabung des Gesetzes Thür und Thor geöffnet.

Und das angezogene Beispiel bildet keineswegs eine Ausnahme; so sind z. B. in manchen Gegenden die sogenannten englischen Herrenartikel-Magazine, die neben Kleidungsstücken, Wäsche u. dgl. auch Schirme, Spazierstöcke, Jagdutensilien, Cartierwaren usw. feilhalten, gar nicht selten; ebenso auch nicht die Möbelmagazine, die zugleich auch Betten, Gasströmer, Petroleumlampen, Klaviere, Gemälde, Kunst-, Luxus- und Galanteriewaren führen. Alle derartigen Geschäfte unterliegen, soweit ihr Umsatz 500 000 M. übersteigt, unbedingt dem geplanten Gesetz. Was wird die Folge sein? Nur in den wenigsten Fällen werden solche Geschäfte das Feilhalten bestimmter Artikel von ihnen geführter Artikel aufgeben. Meist werden sie dazu überhaupt nicht in der Lage sein, und zwar um so weniger, je größer schon vorher ihr Umsatz in diesen Artikeln war. Große Lagerverräufe lassen sich so leicht nicht abstoßen, und außerdem haben diese Geschäfte zum Teil eine bestimmte feste Kundenschaft, die gewohnt ist, die verschiedenen Artikel bei ihnen zu kaufen und zu finden. In der Mehrzahl der Fälle werden einfach die größeren Geschäfte die Steuer zahlen; aber sie werden noch ein übriges thun, sie werden, um den Ausfall an Gewinn wieder einzubringen, sich noch neue Artikel zulegen, noch neue „Abteilungen“ einrichten. Die Folge ist: weitere Betriebskonzentration; Zuriückdrängung des Kleineren und mittleren Detailhandels. Es wird sich in anderer Art wiederholen, was wir nach Erlaß des famosen Margarinegesetzes erlebt haben, durch das die unteren Bevölkerungsschichten gezwungen werden sollten, Naturbutter zu kaufen. Nur ein kleiner Teil der Verkäufer hat sich durch die Bestimmungen über das Feilhalten von Margarine dazu bewegen lassen, letztere nicht mehr zu führen; meist haben Wutterhändler, Fettwaren-Händler, Krämer usw. sich in ihren Läden oder auf ihren Tischen keine Verhältnisse machen lassen, in denen sie doch noch, nach wie vor, Margarine feilhalten. Vielfach aber, und das besonders in ärmeren Stadtteilen, haben die Händler nicht den Verkauf der Margarine, sondern den der Naturbutter aufgegeben, zumal (was das Publikum allerdings nicht weiß) der Verdienst an Margarine prozentual weit höher ist, als an guter Butter. Dazu kommt, daß seit der Verteilung der Margarine aus den feineren Delikatessen- und Wutterhandlungen, sie desto größeren Eingang in Schlächtereien, Metzgereien, Gemüsegeschäften gefunden hat. So hat gerade die geistliche Erwidmung des Margarineverkaufs die Verbreitung dieses Produkts begünstigt.

Rechnliche Wahrungen wird auch die Warenhaussteuer ausüben, falls die Regierungsvorlage Gesetzeskraft erlangt. Schwereich wird irgend ein heute rentierendes größeres Warenhaus-Unternehmen dann seinen Geschäftsbetrieb einstellen, und ebensowenig werden neue Gründungen dort unterbleiben, wo sonst die Bedingungen für die Existenz solcher Geschäfte vorhanden sind. Die Warenhäuser werden nur suchen, durch noch weitere Ausdehnung ihres Rundschafftskreises, durch Vereinfachung des inneren Betriebes, Verringerung der Regiekosten, größere Anspannung des Personals die Extra-Ausgaben zu decken. Das Endergebnis heißt weitere Konzentration, stärkere Entfesselung jener verheerenden Konkurrenz, die Jola schon vor 20 Jahren in seinem Roman „Au bonhour des dames“ geschildert hat. An der Entwicklung der Pariser Warenhäuser läßt sich deutlich verfolgen, wohin derartige Verände führen, die Konzentrationstendenzen unserer modernen Wirtschaft aufheben zu wollen. In Frankreich hat man schon 1880 mit der Besteuerung der Warenhäuser begonnen. Es wurden verschiedene Warengruppen geschaffen und bestimmt, daß jede Gruppe nur gegen Abgabe einer Verkaufsgebühr von 100 Franc gehandelt werden dürfe; außerdem wurde eine sich nach der Höhe der Geschäftsmiete richtende Mietsteuer und eine Personalsteuer von 25 Franc pro Kopf der Angestellten eingeführt. Da der Erfolg ausblieb, wurde 1888 die Personalsteuer für Warenhäuser, die 200 bis 1000 Angestellte beschäftigten, verdoppelt, für Geschäfte mit über 1000 Angestellten verdreifacht, und schließlich wurde im Jahre 1893 eine Surcharge eingeführt, die dreimal höher war, als die bisherige Gewerbesteuer. Aber alle diese Steuererhöhungen, durch die seit 1880 die Abgaben der großen Pariser Warenhäuser vervierfacht und verachtfacht worden sind, haben wie die jetzige Vergrößerung der

letzteren beweist, nichts genügt; sie haben nur dazu geführt, daß diese Magazine im Kampf um ihre Existenz immer systematischer und kaufmännisch-berechnender die Konkurrenz der Klein- und Mittelbetriebe niedergedrungen haben.

Außerdem aber trifft die Vorlage zwei Reihen von Geschäften gar nicht, die, wenn nun einmal der Konkurrenzdruck auf die Klein- und Mittelbetriebe als Kriterium der Gemeinwohllichkeit gelten soll, dem Handelsgewerbe nicht minder schädlich sind, als die Warenhäuser, nämlich die überall hin ihre Kataloge und Probenportfolios verschickenden großen Spezialgeschäfte a la Berlin und Herzog, und zweitens jene sich um eine Einkaufszentrale gruppierenden Massen-Filialgeschäfte a la Emden in Hamburg. Die erste Art deshaß nicht, weil sie nur eine Warenart führt, die zweite nicht, weil jede Filiale anders firmiert, und nur wenige der einzelnen Filialen einen Umsatz von über 500 000 Mark haben dürfen. Der Betrieb der letztgenannten Firma, die über 200 Filialen in ganz Deutschland unterhält — bekannt unter dem Titel „Hamburger Engros-Lager“ — ist folgender: Die Zentrale in Hamburg giebt die Waren den Filialinhabern in Kommission (d. h. sie stellt diese mit einem Lager aus, behält sich aber das Eigentumsrecht an den Waren vor) unter der von den Filialinhabern eingegangenen Verpflichtung, bestimmte Waren-gattungen nur von ihr zu beziehen, bestimmte Preise einzuhalten, zu gewissen Zeiten Rechnung abzulegen usw. Unter Umständen leistet die Hamburger Zentrale auch noch einen Beitrag zur Ladeneinrichtung, zu Geschäftsumbauten und dergl. Im wirtschaftlichen Sinne sind also alle diese Geschäfte nur Filialen, im rechtlichen jedoch selbständige Unternehmungen, da die Leiter der einzelnen Geschäfte deren Finanzträger sind. Aber dieser letztere Umstand ändert sicherlich nichts an dem Umfang des Betriebs, noch an seiner Konkurrenzfähigkeit, die Hamburger Zentrale hat es infolge ihrer Masseneinkäufe völlig in der Hand, in einzelnen Artikeln die Konkurrenz zu unterbieten oder auch bestimmte Artikel zu monopolisieren, so daß sie nur in ihren Filialen zu bekommen sind.

Ueberhaupt ist die Bestimmung, daß der Jahresumsatz einschließlich desjenigen der „Zweigniederlassungen, Filialen, Verkaufsstätten“ berechnet werden soll, leicht zu umgehen. Der Leiter der Filiale braucht nur als Besitzer und Handelsregister eingetragener zu werden, d. h. die Filiale braucht nur unter anderer Firma zu segeln. Jederwelche Gefahr für den eigentlichen Inhaber ist damit nicht vermindert; er kann sich durch Verträge und Reverse schützen. Niemand kann ihm auch verwehren, Gesellschaften seiner eignen Filialen zu sein und sich als solcher den vollen geschäftlichen Einfluß auf sie zu sichern.

Die Warenhäuser sind natürliche Produkte unserer Wirtschafts-entwicklung. Alle derartigen kurtosen Versuche, wie der im vorliegenden Warenhausgesetz-Entwurf unternommene, diese Entwicklung zu hemmen, werden sich als nutzlose Experimente erweisen. Die Entstehung weiterer Nischenmagazine und Ausdehnung der schon bestehenden halten sie nicht auf; ihr Erfolg kann nur sein, dem Konkurrenzkampf einen noch heftigeren Charakter zu geben und Anlaß zu bieten zu allerlei keichlichen Chikanen, zu polizeilichen Maßnahmen und Interpretationskünsten.

Bericht über Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1899. Die Statistiken der Kaufmannschaft von Berlin haben diesmal bei Erstattung ihres Jahresberichts einen anderen Weg eingeschlagen, wie in früheren Jahren. Da bisher infolge des späten Eingangs mancher Specialberichte der Jahresbericht gewöhnlich erst im Juli erscheinen konnte, ist diesmal der Bericht geteilt worden. Der vorliegende erste Teil giebt nur einen kurzen allgemeinen Überblick über den Gang von Handel und Industrie im Jahre 1899, ohne größeres statistisches Material. Der zweite Teil mit den ausführlichen Specialberichten und statistischen Nachweisen soll erst im Mai oder Juni erscheinen. Durch diesen Charakter des ersten Teils des Berichts verbietet sich von selbst eine eingehende Besprechung; sie muß bleiben, bis der zweite Teil mit abschließenden statistischen Angaben vorliegt. Einige Urteile über die Gesamtgeschäftslage verdienen aber unbedingt Beachtung. Das letzte Jahr des Jahrhunderts, heißt es in den „Grundzügen“, Seite 1 des Berichts, „hat nur allen Beobachtungen nach seine Vorgänger in allgemeiner geschäftlicher Prosperität noch um ein beträchtliches übertraffen, es stellt den Gipfel der aufsteigenden Linie der fünf Jahre dar, und es hat seinem Nachfolger so viele günstige Momente, so viele Arbeitsaufträge hinterlassen, daß man mindestens vor einem schroffen Abfallen der Linie sich auch noch im Jahre 1900 gefichert glauben darf.“

Aber wenn auch vorerst, d. h. in aller nächster Zeit, nach Ansicht der Statistiken noch keine Krise zu besorgen ist, so halten sie doch einen späteren Rückschlag für fast unvermeidlich und richten deshalb Seite 28 folgende Wahrung an ihr Publikum: „Handel und Industrie weisen noch keine sichtbaren Zeichen eines Rückganges auf; die glänzende Lage der Montan-Industrie, aus welcher vielfach gefolgert wird, daß die Konjunktur ihren Höhepunkt noch nicht überschritten habe, ist allerdings kein Beweis hierfür, weil der Bedarf an Eisen und Stahle natürlich erst nachläßt, wenn die diese Produkte benötigenden Industrien bereits weniger beschäftigt sind. Welche Aussicht von der Zukunft der Effectenmärkte man aber auch haben mag, immer ist im Auge zu behalten, daß auf jede Hochkonjunktur schließlich eine Zeit des Rückganges folgt. Das in Zukunft erwartete Gelder ansehende Publikum wird sich daher die Frage vorzulegen haben, ob die Papiere, die es zu erwerben beabsichtigt, zu Kursen käuflich sind, die auch in weniger günstigen Zeiten als berechtigt betrachtet werden können.“

Und Seite 27 heißt es: „Wenn auch die Berichte über die glänzende Lage unserer Industrie und namentlich des Kohlen- und Eisengewerbes die Beforgnisse betreffs Gestaltung der Geldverhältnisse immer wieder in den Hintergrund drängen und die Kurie steigende Richtung einschlagen, so erzeugte doch die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse auf dem Geldmarkt Perioden, in denen die Spekulation und die weniger leistungsfähigen, vom Bankkredit abhängigen Wertpapierbesitzer sich zu Realisationen veranlaßt sahen, und daher die Kurie stillstanden oder selbst zurückgingen.“

Auch wurden die Käufer von Industriewerten zur Vorsicht dadurch gemahnt, daß bei irgend welchem erheblichen Kursrückgange viele Industriewerte nur mit großen Ausbeuten zu verkaufen waren, oder daß Käufer (insolge der Vereinfachung des Zeitgeschäfts) ganz mangelten.“

Interessant ist, daß im Bericht der Statistiken, entgegen den frohbewegten Jubellängen anderer Handelskammer-Berichte, z. B. des hamburgischen, unsere neuesten Kolonialverordnungen recht nüchtern registriert werden. Auch eine Bezugnahme auf die Hottenvermehrungs-Projekte ist unterblieben bis auf folgende vieldeutige halbversteckte Zustimmungserklärung:

„Unverkennbar ist gerade um die Jahrhundertwende die europäische Kultur auf einem großen wirtschaftlichen Eroberungszuge über den Erdball begriffen. Wir hoffen, daß auch unser Volk sich einen reichen Anteil an dem Ergebnis sichern, und daß es durch seine Regierung durch eine weise Handelspolitik und wenn nötig auch durch Entfaltung von Wachstumsmitteln gefördert werde. Deshalb halten wir es auch für wünschenswert, daß die Seemacht des Deutschen Reichs sorgfältig im Einklang mit ihren wachsenden Ausgaben gehalten werde.“

Deutschlands Außenhandel im vergangenen Jahr. Im kürzlich erschienenen Dezemberheft der vom Statistischen Amt herausgegebenen „Monatlichen Nachweise“ des deutschen Außenhandels-Verkehrs liegt jetzt die amtliche Uebersicht über die deutsche Einfuhr und Ausfuhr des letzten Jahres vor. Die Wertziffern der Aufstellung haben allerdings noch keine absolute Gültigkeit, da sie größtenteils nach den Durchschnittszahlen des Vorjahres (1898) berechnet, also die in manchen Artikeln eingetretenen Preissteigerungen während des Jahres 1899 noch nicht in Anschlag gebracht sind, immerhin genügen sie vollständig zur Beurteilung der Entwicklungstendenz unseres Handels im abgelaufenen Jahr.

Wie in den letzten Jahren weist auch für 1899 der Specialhandel wieder eine Steigerung auf, doch nicht in gleichem Maße, wie in den letzten 5 Jahren. Die Zunahme beläuft sich gegen 1898 dem Werte nach nur auf 197,3 Millionen Mark, während sie in 1898 sich auf 799,5, in 1897 auf 349 Millionen Mark stellte. Sie betrug nämlich:

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt
1895	4246,1	3424,1	7670,2 Mill. Mark
1896	4558,0	3753,8	8311,8 „ „
1897	4864,6	3786,2	8650,8 „ „
1898	5490,7	4010,6	9450,3 „ „
1899	5495,9	4151,7	9647,6 „ „

Die Einfuhr zeigt, soweit die Hauptwarengruppen in Betracht kommen, für die letzten drei Jahre folgende Veränderungen:

	1899	1898	1897
(in 1000 Mark)			
Abfälle	78 419	67 419	69 729
Baumwolle und Baumwollwaren	317 440	336 087	343 108
Drogen, Farben, Apothekerwaren	248 544	290 027	293 583
Eisen und Eisenwaren	100 595	68 209	68 535
Erden, Erze, edle Metalle	476 445	511 169	334 690
Getreide	881 298	932 080	780 734
Gänte und Felle	161 609	184 593	177 201
Holz und andre Schnitstoffe	394 427	387 771	324 081
Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge	75 854	60 750	48 999
Kupfer und Kupferwaren	99 527	101 889	89 183
Kurze Waren	46 608	43 800	30 234
Leder und Lederwaren	58 594	61 158	56 183
Leinwand, Leinwand	31 892	31 805	28 408
Material-, Spezerei-, Konditor- Waren	687 527	603 783	673 319
Öle und Fette	191 351	196 785	154 458
Seide und Seidenwaren	176 196	165 646	149 048
Steinöfen, Coals u.	141 253	132 941	137 119
Tiere und tierische Produkte	153 096	143 428	126 500
Wich	154 708	150 919	151 043
Wolle und Wollenwaren	466 730	412 655	380 762

Am stärksten ist demnach die Einfuhr von Wolle und Wollenwaren gestiegen, um über 54 Millionen Mark. Auch der Seidenimport hat um 10 1/2 Millionen Mark zugenommen (gegen 1897 um 27 Mill. Mark); dagegen ist die Einfuhr von Baumwolle und Baumwollwaren noch weiter im Werte zurückgegangen. Bemerkenswert ist die enorme Steigerung des Imports von Eisen- und Eisenwaren um 32 Millionen Mark; eine Erhöhung von über 47 Prozent.

Die Ausfuhr in den wichtigsten Warengruppen stellte sich für die Jahre 1897/99 folgendermaßen:

	1899	1898	1897
(in 1000 Mark)			
Baumwolle und Baumwollwaren	253 655	231 886	230 105
Drogerie-, Apotheker- und Farbwaren	370 773	339 953	320 010
Eisen und Eisenwaren	409 808	365 141	327 795
Erden, Erze, edle Metalle	228 143	319 454	211 931
Getreide	123 590	119 429	105 986
Glas und Glaswaren	41 986	30 057	43 516
Holz und andre Schnitstoffe	117 160	114 280	111 813
Instrumente, Maschinen, Fahrzeuge	246 890	217 790	157 090
Kontschul und Guttapercha	72 377	53 976	39 818
Kleider, Wäsche und Papwaren	116 789	107 379	128 079
Kupfer und Kupferwaren	107 268	98 060	85 662
Kurzwaren	154 876	126 478	132 279
Leder und Lederwaren	163 678	148 117	144 390
Leinwand- und Kunstgarnstoffe	139 207	135 223	126 787
Material- und Spezereiwaren	858 831	874 843	968 302
Papier- und Papwaren	98 215	95 915	94 991
Seide und Seidenwaren	168 840	158 778	136 593
Steinöfen, Coals u.	206 889	206 292	174 254
Thonwaren	63 776	59 661	59 068
Wolle und Wollenwaren	314 907	311 614	326 463
Zinn und Zinnwaren	31 727	31 224	28 249

Wie die Uebersicht zeigt, hat fast in allen Gruppen eine Zunahme der Ausfuhr stattgefunden. Eine Abnahme weisen nur die „Material- und Spezereiwaren“, sowie die „Erden, Erze und Metalle“ auf. Der Rückschlag der letztgenannten Warengruppen muß jedoch eher als eine erfreuliche Erscheinung gelten, denn er beweist, daß die deutsche Metallindustrie, besonders die Eisenindustrie, immer größere Mengen dieser Artikel verbraucht.

So günstig sich das Resultat im ganzen stellt, läßt sich doch nicht verleugnen, daß es hinter den Abfall-Ergebnissen der vorhergehenden Jahre zurückbleibt, und zwar ist es speziell das letzte Quartal des Jahres 1899, das am wenigsten den Erwartungen entsprochen hat. Während sonst gewöhnlich das letzte Vierteljahr gerade die größte Steigerung bringt, hat diesmal der Ausfuhrhandel in den Monaten Oktober/Dezember nur sehr wenig zugenommen, schon am 1. Oktober betrug der Mehrumsatz gegenüber dem der drei ersten Quartale 1898 = 193 Millionen Mark.

Oestreich-Ungarns Außenhandel im Jahre 1899. Auch für den Außenhandel der österreichischen Monarchie liegt jetzt die statistische Aufstellung vor. Die Handelsbilanz stellt sich relativ noch günstiger, wie jene Deutschlands, der Gesamt-Außenhandel stieg um 91,3 Millionen Gulden. Verglichen mit dem Jahr 1898 ergeben sich für Einfuhr und Ausfuhr folgende Ziffern:

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamt
1898	819,8	807,6	1627,4 Mill. Gulden
1899	700,3	928,4	1717,7 „ „

Demnach ist die Einfuhr im letzten Jahr um 29,5 Millionen Gulden zurückgegangen, die Ausfuhr dagegen um 120,8 Millionen Gulden gestiegen. Zum größten Teil entfällt diese Steigerung auf die Ausfuhr von Rohprodukten, doch weisen auch die Halb- und Fertigfabrikate eine beträchtliche Zunahme auf:

	1898	1899
Rohstoffe	343,8	404,4 Mill. Gulden
Halbfabrikate	121,2	138,6 „ „
Ganzfabrikate	342,2	385,4 „ „

Am stärksten hat die Ausfuhr von Zucker, Holz, Obst, Getreide und Schlachtvieh zugenommen.

Bürgerpartei, Herrn Bädermeister Wolf, in der Berliner Stadterordneten-Versammlung sein Platz sein darf.

Die Berliner Geburtenziffer wird in dem neuesten Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin für den Zeitraum von 1816—1897 mitgeteilt. In der Bewegung der Geburtenziffer in diesen 82 Jahren werden drei Perioden unterschieden. Die erste reicht von 1816—1862. Die Zahl der Geborenen war in dieser Periode fast nie unter 32 pro 1000 der Bevölkerung — nur im Teuerungsjahr 1847 und im Revolutionsjahr 1848 war sie mit 31,90 bzw. 31,79 pro 1000 noch niedriger — und niemals über 39 pro 1000 der Bevölkerung. In der zweiten Periode, die von 1863—1882 reicht, war die Geburtenziffer fast ausnahmslos höher als 39 pro 1000 der Bevölkerung — nur im Kriegsjahr 1871 sank sie bis auf 36,42 pro 1000. Den höchsten Stand erreichte sie in den Jahren 1875 und 1876 mit 46,15 bzw. 47,19 pro 1000. Von da an sank sie rasch und ununterbrochen, so daß sie am Ende der zweiten Periode, im Jahre 1882, nur noch auf 39,30 pro 1000 stand. Im Verlaufe der dritten Periode sank die Geburtenziffer weiter. Von 1883 an war sie bereits niedriger als im Jahre 1848, das bis dahin mit seinen 31,79 pro 1000 das ungünstigste gewesen war, und im Jahre 1897 stand sie nur noch auf 29,46 pro 1000. Zugewandene, wie sich aus den vorläufigen Ermittlungen für 1898 und 1899 ergibt, noch ein weiterer Rückgang eingetreten. — Die Abnahme der Geburten tritt übrigens noch viel schärfer hervor, wenn die Zahl der ehelich Geborenen mit der Zahl der Ehefrauen verglichen wird. Die ehelich Geborenen waren 1876 240,3 pro 1000 Ehefrauen, aber 1897 nur noch 136,5 pro 1000 Ehefrauen.

Für die Zulassung von Frauen zur Universität Berlin hat sich jetzt eine bestimmte Praxis eingeführt, die soeben mit Zustimmung von Rektor und Senat formuliert worden ist. Es bedarf, wie man weiß, der Erlaubnis des Rektors, die in jedem Semester nachzugehen ist. Festgestellt ist nun, welche Zeugnisse über die Vorbildung bis auf weiteres als genügend angesehen werden. Bei Zuländerinnen gilt als ausreichend: Entweder 1. das Zeugnis der Reife mindestens für die Obersekunda eines deutschen Gymnasiums, Realgymnasiums oder einer Ober-Realschule; oder 2. das Zeugnis über die bestandene Lehramtsprüfung; oder 3. das Zeugnis über die erfolgreiche Ablegung einer höheren Mädchenschule in Verbindung mit guten Zeugnissen staatlicher Anstalten; oder 4. Zeugnisse über hervorragende Leistungen als Schriftstellerin oder Künstlerin.

Die Neuverpachtung der Fleischochaukalt und Schmelzhofe des städtischen Schlachthofes soll bekanntlich am 1. April d. J. erfolgen; die drei Meistbietenden haben, wie die „Allgemeine Fleischzeitung“ berichtet, je ein Gebot von 279 000 M. abgegeben, die drei nächsten je ein solches von 226 000 M. und ein stehender Bewerber hat 110 000 M. geboten. Der Zuschlag ist noch nicht erteilt.

Probefahrten mit einem elektrischen Omnibus für die in Betrieb zu legenden Linie Anhalter Bahnhof—Stettiner Bahnhof haben in den letzten Tagen stattgefunden und einen guten Erfolg gehabt. Der verhältnismäßig leichtgebaute Wagen erwies sich als leicht lenkbar und konnte ohne Schwierigkeiten auch kurze Kurven nehmen. Sobald alle für den Betrieb erforderlichen Wagen fertig sind, was in kurzer Zeit der Fall sein dürfte, wird diese erste elektrische Omnibuslinie eröffnet werden.

Große Anträge in Herren-Konfektionsartikeln zur Lieferung nach Anovval sind in den letzten Tagen hiesigen Herrenkonfektions-Engrosfirmen erteilt worden. Aufgeber dieser Bestellungen ist ein Hamburger Exporthaus. Es sind, wie der „Konfektionär“ meldet, circa 42 000 Anzüge und Mäntel, meistens aus Leinwandstoffen, bestellt worden, welche bis zum 12. März ausgeliefert werden müssen. Diese Anträge wurden früher immer in England untergebracht.

Der Reichsgläubner Gehlen soll, wie eine Gerichts-korrespondenz meldet, im Moabit-Untersuchungsgefängnis fast ganz erblindet sein, sodaß eine Operation für notwendig gehalten wird.

Die Nummer 8 der anarchischen Zeitschrift „Neues Leben“ ist gestern wegen des Zeitartikels „An die Arbeiter“ konfiszieren worden; der Redakteur des Blattes, S. Gohmann, hat die Polizei verhaftet. Gestern morgen 6½ Uhr beschlagnahmten uniformierte Schulente die noch in der Expedition vorgefundenen Exemplare; um die Mittagsstunde fand durch Beamte der politischen Polizei vergebliche Hausdurchsuchung nach dem Manuskript des für strafwürdig angesehenen Artikels statt.

Aussehen erzeugt das Verschwinden eines hiesigen Banneisters J., der seiner Zeit verschiedene Neubauten in den Zelten aufgeführt, große Ländereien in Friedrichshagen und Lichtenberg besitzt und für einen reichen Mann gilt. Vor längerer Zeit wurde er wegen Wechselstreichung angeklagt, konnte sich aber von dem Verdacht reinigen. In jüngster Zeit ist gegen ihn von neuem der Verdacht der Wechselstreichung zu Tage getreten.

Verschwinden ist seit einigen Tagen der 51 Jahre alte Konditor J. J. aus der Müllerstraße 178. J., der ein gutgehendes Geschäft hatte und kinderlos war, heiratete vor einem Jahr zum zweitenmale. Vor kurzem erklärte er seiner jungen Frau, daß er nach Darmstadt zu Verwandten reisen müsse. Als er nicht wieder kam, ließ die Frau den Geldschrank gewaltsam öffnen. Der Schrank war leer. J. hatte nicht nur die aus der Kasse seiner zweiten Frau stammenden 19 000 M., die in Papieren angelegt waren, sondern auch das für den Geschäftsbetrieb erforderliche Kapital in Höhe von ca. 10 000 M. und ein Sparkastensbuch über 300 M., welches einer Verkaufserlöse des J. gehörte, mitgenommen. Die sofort angestellten Nachforschungen ergaben, daß J. sich nur drei Tage in Darmstadt aufgehalten und dann weiter gereist ist. Wohin er sich von dort begeben, konnte nicht ermittelt werden.

Der „verlorene und wiedergefundene“ Millionärssohn. Wiederergriffen wurde der 15 jährige Sohn Otto des Millionärs Lenz aus einem Berliner Vororte, der, wie wir kürzlich meldeten, nach Empfang eines größeren Lotteriegewinns sein Vermögen in Poebitz heimlich verfallen hatte. Der kleine „Millionär“ hatte inzwischen ein flottes Leben geführt und war häufiger Gast in Restaurationen mit weiblicher Bedienung. Gestern wurde der Flüchtling von zwei Kriminalbeamten in der Marchstraße zu Charlottenburg angetroffen und festgenommen. Die von dem Vater des jungen Mannes für seine Ermittelung ausgelegte Belohnung von 500 M. wird nun den beiden Beamten in Charlottenburg zufließen.

Ein reichgefallenes Delinquent konnte infolge angestrengter Beobachtungen der Kriminalpolizei am Freitagmittag von Beamten der Inspektion B. angeschlossen werden. Es handelte sich um einen Heber, der sich in einem mitleidigen Diktator der Friedrichstraße, also in der vornehmsten und verkehrsreichsten Gegend Berlins. In der Nacht zum Freitag wurden in der Straßenträse zwei bekannte Kollidier verfolgt, die vorher bei der That in der Schützenstraße abgefaßt waren, denen man aber die Feme — zwei Vollen Tische — befehlen hatte, damit sie der Kriminalpolizei den Weg zum Hebler selbst zeigen sollten. Beide Justizhelfer und mit dem Handwörter genau vertraut, gingen nicht gleich in die Falle, sondern zogen mit ihrem Bündel in weitem Kreise umher. Bald sah man sie am Montagplatz, bald vor dem Halleischen Thor, dann wieder in der Königgrätzerstraße und schließlich in verschiedenen Wirtschaften. Es war eine schwierige Aufgabe für die drei Beamten, während der fast vierstündigen Beobachtung unbemerkt zu bleiben. Endlich glaubten sich die Verfolger sicher und schlichen einzeln in das Haus Friedrichstraße 52, das der Obsthändler Joseph Küllgen am 4 Uhr morgens schon wieder geöffnet hatte, weil er Schwestern einbrachte. Die Beamten sahen ruhig zu, wie die Diebe mit ihrer Last in den tiefen Keller hinabstiegen und nahmen sie erst später auf der Straße fest, ohne daß es der Obsthändler gewahr

wurde, ließen auch diesen in der Frühstunde unbehelligt. Das Lager des Heblers erwies sich viel reichhaltiger an Diebstahl, als an Obst. Nicht bloß die Seidenstoffe aus dem Einbruch in der Leipzigerstraße, sondern auch Tuchhüllen, Hebergardinen, Wäsche, Delatunzen usw. waren mit großem Geschick zum Teil in Kisten unter Kartoffeln, zum Teil in Obstkörben versteckt. Müttgens wanderte mit samt seiner Lebensgefährtin und einem Handdiener in Untersuchungshaft. Später wurde auch noch die Privatwohnung durchsucht, wo gleichfalls eine Menge gestohlenen Guts in und unter Betten, in Bezügen und Schränken entdeckt werden konnte. Das Hebergut war so umfangreich, daß es in mehreren Droschken nach dem Alexanderplatz befördert werden mußte.

Durch einen Abwurf ist am Freitagnachmittag um 4 Uhr der 26 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Metke aus der Ritzstraße 80 schwer verunglückt. Er war auf dem Neubau des Gerichtsgebäudes in der Neuen Friedrichstraße hoch oben auf einer Leiter, um Materialien hinauf zu schaffen. In Höhe des dritten Stocks trat er fehl und stürzte sich hinab. Mit Arm und Beinbrüchen wurde er in einem Ländchen Wagen nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Der Schlächterwagen. Sehr schwer verletzt wurde durch Heberfahren von einem Schlächterwagen die 20 Jahre alte Tochter Martha der Bademeister Wittichen Eheleute aus der Auguststr. 64. Das junge Mädchen wollte gestern morgen um 10½ Uhr an der Ecke der Friedrich- und Landenstraße über den Johannisbaum hinwegschreiten, als das im Trab anlonnende Gefährt es unvorsichtiger und so unglücklich überfuhr, daß ihm die Füße über Kopf und Leib gingen. In bedenklichem Zustand wurde Martha Witte mit einem Unfallwagen nach einem Krankenhaus gebracht, wo sie bewußtlos eintraf.

Die Sterblichkeit im Januar dieses Jahres war in Berlin so hoch wie seit langen nicht in demselben Monat. Nach den statistischen Aufzeichnungen starben 2943 Personen, das sind fast 200 mehr als im Januar 1899 und über 400 mehr als im Januar 1898. Zahlreicher als in den Vorjahren waren unter den Todesursachen besonders die Erkrankungen der Atmungsorgane. An der Spitze standen Lungenschwindsucht (einschließlich Lungenleiden und Abzehrung) mit 413 Fällen (Vorjahr 374) und Lungentuberkulose mit 232 Fällen (Vorjahr 214). Ungeöhnlich hoch war die Sterblichkeit auch bei Keuchhusten mit 88 Fällen (Vorjahr 58) und bei Scharlach mit 67 Fällen (Vorjahr 34). An Infekten starben im Januar 47 Personen (Vorjahr 29).

Eine Ausstellung von Flug- und Kastenwagen veranstaltet der durch seine früheren Leistungen bekannte Berliner Flugtaubensverein „Dieken“ vom 24.—26. Februar in den Festräumen des Herrn W. Galt, Berlin, Große Frankfurterstr. 133.

Rücklings Verlebensplan der südwestlichen Vororte von Berlin ist zum Besitze von 1 M. in neuer Auflage erschienen. In der neuen Auflage erfolgte Enttarnung des völlig geänderten Schöneberger Bauabplans zwischen Gartenstadt und Siedingbahn, des in den Sozialdemokratischen Kreisen umlaufenden neuen Schemas der Anhalter Bahn mit der neuen Haltestelle General Bapestraße, des neuen Botanischen Gartens und Kreis-Krankenhauses bei Dahlem usw.

Theater. Im Deutschen Theater geht am heutigen Sonnabend Max Halbes neues Drama „Das tausendjährige Reich“ mit folgender Besetzung der Hauptrollen zum erstenmal in Szene: Fritz von Biberfeld: Oscar Bauer; Pastor Kistof: Ed. von Bülow; Trems: Emanuel Reicher; Frau Trems: Elise Lehmann; Vize, beider Töchter: Lotte Sarras; Grebe: Hans Fischer; Hinz: Georg Engels; Verheiratheter: Hermann Hülsen; Wenz: Paul Bant; Bauer: Adolf Surtz; Peterlein: Paul Schwaniger; Greas: Max Reinhardt; Joerges: Friedrich Schiller; Bielech: Bruno Frenner; Zimmermann: Richard Vallentin; Müller: Kurt Juller; Vogt: Bruno Böber. — Im Central-Theater wird nächste Woche wieder „Die Puppe“ aufgeführt werden. — Im Apollo-Theater nähern sich die Aufführungen der Ausnahmestücke „Am Rande des Jades“ dem ersten Jubiläum. — Am Passage-Theater tritt mit dem 1. März wieder ein vollständiger Programmwechsel ein. Als Hauptausstellungsspektakel für den März dürfte der unveränderbare indische Kaiser Croesopus Solakutta gelten. Die neuerwählten Katakomben von Palermo sind in den ersten fünf Tagen von rund 7000 Personen besucht worden.

Die Treptow-Sternwarte hat die neue Einrichtung getroffen, ihren Besuchern Gelegenheit zur Anschauung der Sternbilder zu geben. Nach dem Vortrag des Direktors K. v. H. über „Die Orientierung am Himmel“, der Samstagmittag 5 Uhr stattfindet, werden praktische Übungen in der Auffindung der Sternbilder abgehalten. — Das Thema für den 7. März lautet: Die Beobachtung der Welt. Mit dem Mikroskop wird die zum Wiedererschauen des Mondes nachmittags die Sonne und Venus beobachtet, abends der Orionnebel.

Aus den Nachbarorten.

Steglitz. Zur Agitation für die bevorstehenden Gemeindevahlen findet am nächsten Dienstag um 8 Uhr eine öffentliche Versammlung bei Schellhaase, Ahornstr. 15a, statt, in welcher die sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Rapp und Mohr ihr Programm entwickeln werden. Die Veranlassung des Arbeiter-Bildungsvereins fällt aus. — Die Verbreitung der Gemeindevahl-Flugblätter findet Sonntag früh 8 Uhr statt. Die Genossen des ersten Bezirks werden ersucht, sich pünktlich bei Schellhaase einzufinden. Im zweiten Bezirk ist der Sammelplatz Kaiserhofen und Marktstr. 1, früher Gell.

Die Stadterordneten-Versammlung in Rixdorf nahm vorgestern Stellung zum Vorschlage des Magistrats, eine Kasse von drei Millionen Mark aufzunehmen, womit die in den nächsten 3 Jahren zu erfüllenden einmaligen Gemeindebedürfnisse gedeckt werden sollen. Es werden u. a. gebraucht zum Neubau des Amtsgerichtsgebäudes als zweite Rate 375 000 M., zur Erweiterung der städtischen Krankenanstalt 75 000 M., zur Ausführung von Straßensanierungen 156 000 M., zur Bedienung der Rissen für das neue Gerichtsgebäude am Mariendorfer Weg 303 000 M., zum Bau des Realgymnasiums (letzte Rate) 360 000 M., zum Rathausanbau 225 000 M., zur Erweiterung der Gasanstalt 500 000 M., zum Bau einer Straßensanierungsanstalt in Verbindung mit einem erweiterten Feuerwehrtro 100 000 M., zum Neubau von Schulgebäuden 904 000 M. Die Lebensversicherungsbank in Gotha, die das Geld hergeben will, fordert 4½ Proz. Zinsen. Nach der mündlichen Begründung des ersten Bürgervereins ist jetzt nirgends Geld billiger zu bekommen. Man wolle deshalb von der beabsichtigten 10 Millionen-Anleihe Abstand nehmen. Stadts. Regerau wünscht, daß der Bau der projektierten Gasanstalt nicht zu lange hinausgeschoben werde. Ferner sei bedenklich, daß die Schaffung eines zweiten Druckrohrs für die Kanalisation verhoheit sei, auch müsse an den Bau einer Krankenanstalt gedacht werden. Bürgermeister Bodin sucht die Bedenken unseres Parteigenossen zu zerstreuen; es sei nicht angebracht, sich jetzt mit einer größeren Anleihe auf den hohen Zinssatz von 4½ Proz. festzuliegen. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage des Magistrats angenommen und beschlossen, bei Genehmigung der Anleihe durch die Regierung den neulichen Beschluß zur Erweiterung der Gasanstalt aus der städtischen Sparkasse ein Darlehen von 200 000 M. aufzunehmen, unausgeführt zu lassen, da der Betrag in der Dreimillionen-Anleihe enthalten ist.

Einem Vorschlage des Magistrats gemäß wird die Tiefbau-Deputation als Verkehrs-Deputation konstituiert. Die Stadterordneten-Versammlung erklärte sich weiter damit einverstanden, daß die Entwürfe des Magistrats zu einem Ortsstatut, durch welches die Anstellungsverhältnisse der in der städtischen Verwaltung beschäftigten Personen zu regeln sind, der Kommission zur Prüfung der neuen Verwaltungs-Einrichtungen zur Vorberatung überwiesen werden. Dieselbe Kommission, der auch drei Sozialdemokraten angehören, soll auch ein Regulator über die Befeldung und ein solches, Dienststreife-Entschädigung betreffend, vorbereiten.

Aus Rixdorf. Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche des 51 Jahre alten Tischlers August V. aus der Heberstraße 70. V. wurde gestern morgen in seiner Laube am Johannisbergweg erhängt aufgefunden. Ein schweres Gemüthsleiden soll ihn in den Tod getrieben haben. — In Haft genommen wurde hier der Schneider Ferdinand

North. North hat an einem der letzten Abende den Restaurateur Ernst Schulz in der Prinz-Johannstraße 19 in seinem eignen Lokal überfallen und ihm ein Portemonnaie mit 43 Mark Inhalt entwendet. — Eine eigene Sterbekasse haben sich jetzt die hiesigen Magistratsbeamten und Gemeindevorsteher begründet. Man hofft, daß die Stadtgemeinde das Unternehmen finanziell unterstützen werde.

Die neue Straßenbahnlinie Berlin—Schöneberg—Wilmersdorf—Scharnberg, welche die westliche Vorortbahn-Gesellschaft einrichten wird, soll am 1. April ds. J. eröffnet werden. Sie soll elektrisch betrieben werden und von der Eichhorn- bzw. Vinsstraße aus durch die Flottwell-, Demewitz-, Bölow- und Rauschstraße zum Wannsee-Bahnhof „Großgärtnerstraße“, dann in Schöneberg durch die Kaiser-Friedrichstraße über die Hauptstraße hinweg und durch die Grunewaldstraße nach Wilmersdorf, hier durch die Berlinerstraße und endlich hinaus nach Scharnberg führen.

Gerichts-Beilage.

Auf abhöflicher Bahn befindet sich der frühere Schupmann Otto Reinde, der gestern dem Schöffengericht aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. Reinde ist seit dem 1. Januar d. J. seiner dienstlichen Stellung enthoben worden. Er hat seit dieser Zeit verschiedene Schwundtaten und auch einen Diebstahl begangen. Dem Richter, bei dem er wohnte, entwendete er einen Anzug. Dann gab er sich in dem Revier, in dem er angestellt gewesen, immer noch als Schupmann aus und begründete sein Erscheinen im bürgerlichen Anzuge damit, daß er Kriminalbeamter geworden sei. Bei dem Barbier, den er zu besuchen pflegte, ließ er sich fünf Mark, auch einem Schankwirt gegenüber gab er sich als Kriminalbeamter aus und verlangte von ihm sechs Mark Darlehen unter der Drohung, daß er ihn zur Anzeige bringen würde, wo er nur Gelegenheit dazu finde. Der Staatsanwalt sah in diesem Fall eine Erpressung und wollte die Sache deshalb an die Strafkammer verweisen, der Gerichtshof ersuchte darin aber nur einen Betrag und verurteilte den Angeklagten wegen sämtlicher Straftaten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten.

Ein Skandalprozess, in dem ein katholischer Ordenspriester die Hauptrolle spielt, hat vorgestern vor dem Schöffengericht in München seinen Anfang genommen. Es handelt sich um eine Privat-Verleumdungssache, die der italienische Ordenspriester Dr. Peter Ratali gegen den Schriftsteller Maximilian Geraud angehängt hat. Geraud hat den Priester, der in München eine Kongregation für ambulante Krankenpflege begründet hatte, in einem Schreiben der lauernden Verleumdungen gegen die Sittlichkeit geziehen. Tatsächlich ist Ratali vor einiger Zeit wegen Verleumdung wider die Sittlichkeit, Abtreibung der Leibesfrucht und Verleumdung des Betrugs in Untersuchung gezogen, mangels ausreichender Beweise jedoch wieder außer Verfolgung gesetzt worden.

Zu der unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Verhandlung behauptete zunächst die Schupmanns-Gesellschaft, daß sie öfters verbotenen Verkehr mit dem Priester gepflogen habe. Einmal sei ihr durch ein Meditament die Leibesfrucht abgetrieben worden; 1888 habe sie einem Mädchen das Leben geschenkt, dessen Vater Ratali sei. Es sind im ganzen etwa 40 Zeugen geladen.

Zum Polizeikampf gegen die Streifposten. Der letzte Reichsleiter-Streit hat den streifenden Arbeitern wieder eine große Anzahl von Strafmandaten wegen Streifpostentens eingetraget. Der Schleifer M. L. M. erhob dagegen Widerspruch und beantragte richterliche Entscheidung. In der Hauptverhandlung am 22. d. M. stellte sich nun heraus, daß der Schupmann den M. L. M. zum Weitergehen mit den Worten aufgefordert hat: „Wenn Sie hier Streifposten stehen, erüchte ich Sie weiterzugehen.“ Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, beantragte die Freisprechung, da eine bedingte Anfordernng nicht ausreichte. Einer solchen Brandt der Angeklagte in der That nicht Folge zu leisten. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Versammlungen.

Eine Kommunalwähler-Versammlung, einberufen vom socialdemokratischen Wahlkomitee, tagte am Donnerstag im Saale der Ahrenschen Brauerei Moabit, in der der Reichstags-Abgeordnete Pfannkuch über die bevorstehende Stichwahl im 44. Kommunalwahlbezirk referierte. Der Redner wendete sich insbesondere gegen die „parteilose“ Bürgerpartei, deren angebliche Mittelschichterei er einer treffenden Kritik unterzog und gegenüber deren belanglosen Versprechungen er die bisherige Thätigkeit und Erfolge sowie die weiteren Bestrebungen der Socialdemokratie eingehend beleuchtete. Mit der Aufforderung, am 9. März geschlossener für die Socialdemokratie einzutreten, um mit dem Genossen Th. Glode zum Siege zu verhelfen, schloß der Redner den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag. Nach einer kurzen Diskussion im Saale des Referats, an der sich auch der Kandidat unserer Partei Glode beteiligte und in der zur gegen Agitation aufgefördert wurde, erfolgte Schluß der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die Socialdemokratie. Am Sonntag wird ein Flugblatt verbreitet werden und ist eine zahlreiche Teilnahme der Parteigenossen recht erwünscht. Am 6. März findet im Saale der Ahrenschen Brauerei eine Kommunalwähler-Versammlung statt, in der Reichstags-Abgeordneter B. Singer das Referat halten wird. Die National-Sozialen, die sich vor der letzten Wahl an allen Versammlungen beteiligt haben und die diesmal durch Abwesenheit glänzen, werden, wie mitgeteilt wurde, am 8. März eine Versammlung abhalten, um über ihre Stellungnahme bei der Stichwahl zu beschließen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 3. Wahlkreis hielt am Dienstag im Säulenhof in der Neuen Jakobstraße eine gutbesuchte Versammlung ab. Genosse F. F. gab zunächst bekannt, daß die Streitigkeiten zwischen einzelnen Parteigenossen des Kreises zur Zufriedenheit beider Teile beigelegt worden seien. (Bravo.) Dann hielt Reichstags-Abgeordneter W. Bloß einen interessanten Vortrag über: „Die Staatskunst Bismarcks.“ Redner zeigte, wie der angeblich große Staatsmann des 19. Jahrhunderts im Laufe seiner langen politischen und staatsmännlichen Wirksamkeit so manche Wandlung durchgemacht habe. Als er 1847 an dem vereinigten Landtage Preußens betheiligte, da sei er der vollständige Repräsentant des alten unpreussischen Auktentums gewesen, jenes Auktentums, das nicht Preußen in Deutschland, sondern Deutschland in Preußen aufgehen sehen wollte. Seine Erfolge in der Politik beruhte er einer Art politischer Psychologie, die er sich als Gelehrter, Vorkämpfer u. bei ausländischen Regierungen erworben habe. Er habe es gut verstanden, den Gegner ins Unrecht zu setzen und dadurch für sich und seine Pläne Stimmung zu machen. Jedes zweckdienliche Mittel sei ihm bei Verfolgung seiner Ziele recht gewesen. So habe Bismarck in den 60er Jahren die Arbeiter gegen die Bourgeoisie mobil zu machen gesucht und dann entgegen seinem früheren feudalen Standpunkt das allgemeine Wahlrecht in Nordbund eingeführt, indem er einen gewissen Liberalismus zur Schau getragen habe. Auch die Entwerfung in seiner Haltung sei ein Kind dieser Staatskunst. Der Redner ging noch auf das Socialistengesetz, die Versicherungsregelung und auf den Umsturz in der Wirtschaftspolitik, der die Liebesgaben brachte, ein. Er kam zu dem Schluß, daß ein neuer Bismarck, der jetzt oft genannt „Harle Mann“, wie ihn die Agitatoren und sonstigen Reaktionen sich wünschten, die Hoffnungen der Herren nicht erfüllen konnte. Die Entwicklung der Technik und der Verkehrsmittel möge aus Deutschland immer mehr einen Industriestaat und werde so manches Heberbleibsel aus feudaler Zeit zum Stützen bringen. (Lebhafter Beifall.) — Der Vorsitzende ersucht die Mitglieder, in Zukunft möglichst früh zu den Versammlungen zu erscheinen, da man sie fortan gegen 4½ Uhr eröffnen wolle.

Die Handelskassensarbeiter vom Lokalverband hatten für Dienstag eine Versammlung einberufen, die von etwa 500 Frauen und Männern besucht war. Reichstags-Abgeordneter Kasper referierte über die Unfallversicherungs-Novelle unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der Handelskassensarbeiter und verwandten Berufsgruppen. Im Besonderen forderte er für alle als Handelskassensarbeiter Beschäftigten die Ausdehnung der Versicherungspflicht. In diesem Sinne entschied sich auch die Versammlung. Sodann wurde der Bericht über die Angelegenheit mit der Firma A. Wertheim erstattet. Bereits in einer früheren Versammlung waren Beschwerden über die Firma Wertheim zur Besprechung gelangt und zur Untersuchung derselben eine dreigliedrige Kommission gewählt worden. Rein hatte namens dieser Kommission Herrn Wertheim um Berücksichtigung dieser Beschwerden ersucht, darauf aber eine abschlägige Antwort erhalten. Die Entlassung einiger Hausdiener wurde von der Firma damit begründet, daß die Entlassenen zum Schaden der Firma thätig waren. Als Rein vorstellte wurde, wurde ihm erklärt, daß er sofort die Geschäftsräume verlassen solle, weil man mit ihm nichts zu verhandeln habe, da er ein „Fetzer“ sei. Gleich darauf wurde von der Firma ein sehr umfangreiches „Mundschreiben“ an sämtliche Hausdiener im Geschäft verteilt, in dem die Firma versucht, alle Angriffe und Vorwürfe als unberechtigt zurückzuweisen. Zwei Redner beschäftigten die von Rein gemachten Angaben über ungleiche Behandlung, ungenügende Bezahlung von Ueberstunden etc., sowie allzu hohe Strafgebühren. Es konnte dabei wohl zugegeben werden, daß diese Ungerechtigkeiten zum Teil von Angestellten der Firma, ohne Wissen und Willen des Herrn Wertheim verübt würden. Mehrere Hausdiener sowie ein Herr Zander von Wertheim versuchten in längeren Ausführungen die Vorwürfe gegen die Firma zu entkräften, wobei sie von einem Mitgliede des Vereins der Hausdiener unterstützt wurden. Straube und Rein überlegten unter lebhafter Zustimmung die Angriffe gegen ihre Darstellung. Gegen etwa 40 Stimmen gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme in dem Sinne, daß die Versammlung nicht vom Gegenteil der wider die Firma gerichteten Angriffe überzeugt ist. Die Kommission wurde beauftragt, weitere Schritte in der Angelegenheit zu veranlassen.

Die Kleber (Tapezierer) nahmen am Donnerstag in einer öffentlichen Versammlung, die sie in der Inselstr. 10 abhielten, den Bericht über den Stand ihrer Lohnbewegung entgegen. Straffer berichtete, daß seit dem Montag bereits wieder zwölf Arbeitgeber bewilligt hätten. Die Forderungen seien jetzt in 86 Werkstellen bewilligt, während in 111 Werkstellen geltend gemacht worden seien. Das Resultat sei derart, wie man es kaum besser wünschen könne. Von Tag zu Tag liefen Bewilligungen ein. Von 400 Kollegen, die sich beteiligten, arbeiteten 240 zu den neuen Bedingungen, es seien also davon nur noch ein Drittel im Auslande. Bedauerlicherweise hätten sich 40 Kleber, die mit in den Streik getreten sind, nicht mehr bei der Kontrolle gemeldet. Gegen 100 Kleber hätten sich dem Streik nicht angeschlossen, es sei aber zu erwarten, daß sie sich zum großen Teil noch dem Streik anschließen. Von wesentlicher Bedeutung sei, daß sich hauptsächlich die Kollegen aus den besseren Verhältnissen am Streik beteiligt hätten und meistens schon zu den neuen Bedingungen arbeiteten. Redner rügt das Verhalten des Unternehmers Seifert der Lohnkommission gegenüber. Herr Seifert habe die Lohnkommission zum Zweck einer Verhandlung in eine Stellvertreterkommission bestellt. Die Kommission sei auch erschienen, habe aber gleich erklärt, sich nur auf erste Untersuchungen einzulassen. Dann habe der gute Mann seine streikenden Arbeiter aufgesucht und ihnen erzählt, sie hätten eine nette Kommission, denn die triebe sich ja in Weibernäpfe umher.

Die Kommission schlage vor, den Streik noch die nächste Woche hindurch wie bisher fortzusetzen zu lassen. Neuerdings hätten sich die Kollegen bei Hoffmann in der Köpenickerstraße entschlossen, die Forderungen zu erheben und eventuell in den Auslande zu treten. Es wurde festgestellt, daß die Polsterarbeiter, die vorübergehend Kleber-Arbeiten ausführen müssen, ebenfalls die Anerkennung des Tarifs zu verlangen hätten. Die Versammlung beschloß einstimmig, daß der Streik wie bisher fortzusetzen sei.

Die Bürsten- und Pinselmacher beschäftigten sich am 19. Februar in einer stark besuchten Versammlung mit der Stellungnahme zur Lohnbewegung. Empfohlen wurden von dem Referenten folgende Forderungen:

- I. Verkürzung der Arbeitszeit auf 54 Stunden pro Woche und eine prozentuale Lohnerhöhung.
- II. Minimal-Arbeitsverdienst von 21 M. für jeden Durchschnittsarbeiter.
- III. Die Accordarbeit ist in den Betrieben abzukämpfen, wo ein unregelmäßiges Arbeitsverhältnis vorhanden ist, das heißt wo die Gesellen gezwungen sind, permanent verschiedene Arbeiten an einem Tage in Angriff nehmen müssen, und somit den betreffenden Gesellen ein derartiger Lohnausfall wird, daß auch mit einer erheblichen prozentualen Erhöhung der Minimallohn von 21 M. nicht erreicht würde.
- IV. Den Lohnarbeitern ist es freigestellt, außer der Verkürzung der Arbeitszeit eine prozentuale Lohnerhöhung über den Minimallohn von 21 M. zu fordern.
- V. Der Minimallohn für Extraarbeiten beträgt 40 Pf. pro Stunde.
- VI. Abschaffung der Ueberstunden.

Zu der Diskussion stimmte man diesen Vorschlägen zu und sollen dieselben der Innung unterbreitet werden. Bis zum 1. März erwartet man die Antwort zurück.

Die Parkeibodenleger besprachen am 18. d. M. ihren neuen Tarif. Die Diskussion war eine lebhaft, daß man nur bis zur Position 7 des Tarifs gelangte und dann die Beratungen auf allgemeinen Wunsch auf acht Tage vertagte.

Eine gut besuchte Versammlung des Verbands der Schneider und Schneiderinnen tagte am Dienstag in den Arminköhlen. Ritter referierte in eingehender Weise über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Herren-Wahl, wie in der Kostümbearbeitung und tadelte namentlich die Gleichgültigkeit der Kostümbearbeiter und Arbeiterinnen. Redner empfiehlt dann am Schluß seiner Ausführungen den schon in voriger Versammlung bekannt gegebenen Lohnsatz für die genannten Branchen. Eine lange Diskussion über den verlesenen Tarif entspinnt sich, indem alle Redner für Annahme des Tarifs eintreten, der sodann mit allen gegen vier Stimmen zur Annahme gelangte.

Die Graveure und Ciseleure nahmen am Dienstag den Bericht ihres Vertrauensmanns entgegen. Danach wurden vom Juni 1899 bis jetzt 342,85 M. eingenommen und 119,73 M. ausgegeben. Der Bestand von 223,12 M. wurde der Filiale des Verbands der Graveure überwiesen. Hierauf hielt der Reichstags-Abgeordnete Zubeil einen eingehenden Vortrag über das Alters- und Invaliditätsgesetz in seiner neuen Form. Er legte die Vorteile des neuen Gesetzes dar, die vor allem dem energiegelassen Vorgehen der Arbeitervertreter im Reichstag zu danken seien und wies darauf hin, von welcher Wichtigkeit es sei, wenn sich die Arbeiter genau über das Gesetz unterrichten. Das sei mindestens ebenso wertvoll, wie ein Verlassen um die Vorgänge in den Krankenkassen. Leider aber interessierten sich die Arbeiter noch wenig um die Dinge, die ihnen in der Not über das Schlimmste hinweghelfen sollten.

Der Centralverband der Elektromonteur und Berufsgenossen hatte am 17. Februar eine stark besuchte Mitgliederversammlung beider Sektionen anberaumt. Der Referent, das Mitglied Abraham, sprach in interessanter Weise über die Taktik in den Gewerkschaften. Sodann beschäftigte man sich mit Vereinsangelegenheiten. Da die Versammlung mit dem jetzigen Arbeitsnachweis nicht zufrieden war, wurde beschlossen, den späteren gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus zu benutzen.

Die Lackierer erörterten in einer Versammlung am 18. d. M. im Anschluß an einen Vortrag des Genossen Wegner die Frage der Organisation. Bekannt wurde, daß einige unorganisierte Arbeiter eine Lohnbewegung planen, die ohne Anhören der Organisation ins Werk gesetzt werden sollte. Dem wurde allgemein widersprochen und

zum Anschluß an die Organisation aufgefordert. In diesem Sinne gelangte eine Resolution zur Annahme.

Der Verein der Zimmerer bewilligte in seiner Mitgliederversammlung am 18. Februar 500 M. zur Unterstützung für die österreichischen Kohlenarbeiter. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Dr. Jöchl über „Wissenschaft und Weltuntergang“. Dem Vortrag folgte eine rege Fragestellung, der der Vortragende ausreichende Beantwortung zu teil werden ließ.

Der Fachverein der Holz- und Bretterträger hatte am 18. d. M. eine Versammlung anberaumt, in der eine Reihe interner Vereinsangelegenheiten erörtert wurden. Unter anderem wurde beschlossen, 300 M. aus der Vereinskasse dem Streifonds zu überweisen.

Die Puher Berlins und der Vororte, die am Dienstag eine stark besuchte Versammlung abhielten, beschloßen nach einem ausführlichen Referat des Puher A. Dähne eine Resolution, in der sie sich mit der vom Berliner Arbeitervertreter-Verein an den Reichstag zur Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetz gerichteten Petition einverstanden erklären, die darin gemachten Vorschläge als das Minimum erachten, was für die Verletzten resp. deren Angehörige gefordert werden müsse und in der der Reichstag ersucht wird, die Vorschläge zu prüfen und seine Zustimmung zu erteilen.

Der Centralverband deutscher Maurer hielt am Mittwoch für alle zum Streifgebiet Berlin und Umgegend gehörenden Zahlstellen eine Versammlung im Konzerthaus Sanssouci ab, in der G. Wagner über die ärztlichen Ehrengerichte und die Krankenkassen referierte und hierbei insbesondere die Naturheilkunde im Gegenatz zu der medizinischen Heilmethode eingehend erörterte. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung einem Antrag zu, wonach die Sammlungen zum Streifonds vom nächsten Sonnabend wieder beginnen. Die Arbeitslosen sind von dem Beitrag befreit, müssen sich aber in den letzten drei Tagen der Woche zur Kontrolle melden. Das Streifgebiet erstreckt sich von nun ab auch auf die Orte Wilhelminenhof, Nieder- und Ober-Schöne-weide. Einstimmig wurde beschlossen, dem Centralvorstand des Verbandes aus dem Streifonds 1000 M. zur weiteren Unterstützung der ausständigen Vergarbeiter in Oestreich zu überweisen. Sodann wurde das Verhalten der Accordmaurer einer herben Kritik unterzogen und speciell auf die sehr minderwertige Arbeit hingewiesen, die im allgemeinen von diesen Maurern hergestellt wird.

Die Beamten des städtischen Vieh- und Schlachthofs petitionieren seit Jahren um Aufbesserung ihrer Gehälter, ohne aber bisher auf ihre Eingaben nur eine Antwort erhalten zu haben. Sie beschloßen daher in einer am Mittwoch in der Germania-Brauerei tagenden Versammlung, eine neue Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung abzugeben, in der um eine anderweitige Regelung der Gehaltsverhältnisse gebeten wird. Zu der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Gehälter dieser Beamtenkategorie trotz der gesteigerten Lebensbedürfnisse in den letzten zehn Jahren nicht gestiegen sind, obgleich andererseits die Beamten der übrigen städtischen Werke mit Gehaltszulagen bedacht wurden. Auch weisen die Petenten darauf hin, daß sowohl der Oberbürgermeister Kirchner wie der Kammerer Raab im vorigen Jahr gelegentlich der Ueberweisung von Teuerungszulagen an städtische Beamte ausdrücklich erklärt hätten, daß im nächsten Jahre die Angestellten des Schlacht- und Viehhofs mit Gehaltsaufbesserungen bedacht werden sollten. — In der Versammlung wurde lebhaft über das schroffe Auftreten des Decemanten Herrn Stadtrats Häbener gelaßt. Letzterer soll wiederholt einzelne Angestellte, die persönlich bei ihm um eine Gehaltszulage vorstellig wurden, kurz mit den Worten abgefertigt haben: „Was wollen Sie, wollen Sie Ihre Entlassung gleich mitnehmen, oder soll ich sie Ihnen in die Wohnung schicken?“

Ueber die Gründung von Konsumgenossenschaften wurde in einer für Mittwoch im Stadtteil Roabit einberufenen Volksversammlung von Freunden und Anhängern des Genossenschaftswesens diskutiert. Herr Dr. Müding referierte über die praktische Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Seine Ausführungen gipfelten wesentlich darin, daß die Gründung der Genossenschaften aus idealen und praktischen Gründen, das heißt zur Erziehung und praktischen Bethätigung der Massen sowie Verbilligung der Lebenshaltung zu erfolgen hat. Unter besonderem Hinweis auf die großen Erfolge in England, auch gestützt auf das Urteil Lassalles, empfahl Redner zum Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede, sich den bestehenden Genossenschaften anzuschließen und möglichst von Neugründungen abzusehen. Daß die etwa 300 Personen zählende Versammlung fast nur aus Freunden des Genossenschaftswesens bestand, ergab sich sehr bald aus der recht lebhaften Besprechung, an der mit Ausnahme eines Gegners fast nur Mitglieder der verschiedenen in Berlin usw. bestehenden Spar- und Konsumvereine teilnahmen. Unter vielfachen gegenseitigen Vorwürfen über die beste Art der Ausgestaltung der verschiedenen Vereine empfahl Grashold den Beitritt zum Konsumverein Norden. Ein Parteifreund verwies auf die günstigen Erfolge, welche die Radfahrergenossenschaft in letzter Zeit gemacht habe. Rechtsanwält Steinachneider verstand es, die Besprechung auf eine gewisse Höhe zu bringen, indem er die juristischen, wirtschaftlichen und allgemein theoretischen Fragen mit Sachkenntnis erörterte. Nach seiner Auffassung sei in der Socialdemokratie die Gegnerschaft in ein wohlwollendes Ueitel über die Genossenschaften umgeschlagen, wie es namentlich die Verhandlungen über das Genossenschaftswesen auf dem Parteitag zu Hannover bewiesen hätten. Abgesehen von Verweinen haben sich außer den Anhängern innerhalb der Partei auch Kantöky und Bebel entgegenkommend gezeigt. Nachdem noch einige Redner ihre Vereine empfohlen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Vergolder hielten am 19. Februar eine gutbesuchte Versammlung ab, in der die Delegierten zur Generalversammlung gewählt wurden. Es sind dies die Mitglieder Langner, Ockler, Gebmann und Krüger, zu Ersatzdelegierten wurden Stammann und Wermuth bestimmt. Unter Verschiedenem wurden die Verhältnisse bei der Firma Probst kritisiert. Behauptet wurde unter anderem, daß dort jugendliche Arbeiter bis abends 9 Uhr beschäftigt werden.

Die an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter erklärten sich in der Versammlung am 22. d. M. mit der Petition des Arbeitervertreter-Vereins betreffend die Novelle zur Unfallversicherung einverstanden. Nach dem Bericht des Vertrauensmanns wurde beschlossen, den vorhandenen Fonds dem Verband zu überweisen und den Posten selbst aufzuheben. Die Beschlüsse des Vertrauensmanns übernimmt der Vorstand des Verbandes.

Erkner. Am 18. Februar fand im Kurhause zu Erkner die Monatsversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, die einen recht zahlreichen Besuch aufwies und einen glänzenden Verlauf nahm. Genosse Warkowsky hielt eine von den polnischen Genossen mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede in polnischer Sprache, die er dann in ihren Grundzügen in deutscher Sprache wiedergab. Zur Debatte sprachen Polnisch Solbrodt und deutsch Karl Müller, Busch, Jermide, Bekhinsky und Glemowicz. Besonders scharf wurden die Verhältnisse auf der hiesigen Gemischen Fabrik geäußert, sowie sehr lebhaft das Verhalten der Gemeindevertretung kritisiert. Der Antrag Karl Müllers, die „Gazetta Robotnicza“ von Vereins wegen zu halten, wurde debattelos angenommen. Sodann hielt Genosse Müller eine kurze Rede dem Gedächtnisse Giordano Brunos, die ebenfalls sympathische Aufnahme fand.

Brit. In einer am 18. Februar abgehaltenen Kommunalwähler-Versammlung gab unser Parteigenosse Dorn eine Uebersicht über seine Thätigkeit in der hiesigen Gemeindevertretung. In der Diskussion wurden die höchst mangelhafte Straßeneinigung und ungenügende Beleuchtung kritisiert. Da sich nun bei der bevorstehenden Ergänzungswahl zur dritten Klasse der bürgerliche Ausschuss dahin geeinigt hat, um in der Arbeiterkassette Stimmen zu fangen, den als patriotisch bekannten Arbeiter Grothe als Kandidaten

aufzustellen, so sollten die Parteigenossen um so eifriger bemüht sein, für die Wahl unseres bisherigen Vertreters, des Genossen R. Dorn, der wieder als Kandidat aufgestellt wurde, einzutreten.

Ober-Schöne-weide. Am 19. d. M. tagte hier eine Versammlung, in der Reichstags-Abgeordneter Frey Zubeil über die bevorstehende Gemeindevahl sprach. Wie groß das Interesse an der Wahl in der Gemeinde ist, davon legte der überfüllte Saal Zeugnis ab. Da auch hier die Polizeistunde für Arbeiterversammlungen auf 10 Uhr beschränkt ist, mußte die Tagesordnung kurz erledigt werden. In seinem 1 1/2 stündigen Vortrag besprach Redner die Forderungen unseres Parteiprogramms auf kommunalem Gebiet. Besonders eingehend behandelte Redner die Schulfrage, wie auch die Armen- und Waisenpflege, wofür ihm reichlicher Beifall zu teil wurde. In der darauf folgenden Diskussion nahm ein Herr Silhnmüller als Vorsitzender des Bürgervereins das Wort. Er erklärte, er könne nichts gegen die Ausführungen des Referenten einwenden; doch wenn der Vertreter der Arbeiter die aufgestellten Forderungen durchsetzen könnte, so würde er ihm selbst die Stimme geben. Diese Auffassung geißelte John in treffender Weise und zeigte, welches unwahre Benehmen die Herren im Bürgerverein be-lieben. Er forderte die Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß ein Vertreter der Arbeiter in die Gemeindevertretung gewählt wird. Als Kandidat wurde John aufgestellt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler. Die Ortsverwaltungen Berlin und Umgegend versammelten sich am Sonntagmorgen 4 1/2 Uhr im Englischen Garten.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 25. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstraße 70, Versammlung, „Freireligiöse Versammlung“. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls Vortrag des Fr. Jda Altman: „Weltanschauung und Jugendbildung. I. Die christlich-theologische Erziehung“. Götter, Damen und Herren, sehr willkommen. — Montag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, päpstlich ebenfalls „Freireligiöse Versammlung“, Rosenbudenw. u. a. m. Weihe Culturgemeinschaft legitimiert.

Vermischtes.

Der Theaterdirektor Franz v. Jauner in Wien hat sich gestern morgen in seiner Wohnung im Carl-Theater erschossen. Ueber die Ursachen des Selbstmords wird dem „Berl. Tagbl.“ berichtet: Die Familie behauptet, daß Jauner geisteskrank gewesen und daß sein Leiden durch russische Schachpartien bis zur Paralyse gesteigert worden sei. Zugleich muß allerdings zugegeben werden, daß Jauner in letzter Zeit seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen konnte; er spekulierte unglücklich an der Börse. Endlich heizte auch sein finanzieller Associo, der türkische Großhändler Jidoro Russo, wollte sich zurückziehen und jede weitere Unterstützung verweigern, was um so schlimmer war, als die neueste Operette „Rhodope“ keinen Erfolg hatte. Jauner erschloß sich mit demselben Revolver, den 1884 sein Bruder Lukas zum Selbstmord benutzt hatte.

Lukas Jauner griff seiner Zeit zur Pistole, weil er in schmutzigen Börsenangelegenheiten verwickelt war. Franz v. Jauner war besamlich Direktor des Ringtheaters, dessen furchtbare Brandkatastrophe vom Jahre 1881 heute noch in lebhafter Erinnerung ist.

Der bekannte Maler und „Apostel“ Diesendach hatte sich, wie seiner Zeit mitgeteilt worden, gezwungen gesehen, seinen Konkurs anzumelden. Die Konkursmasse bestand hauptsächlich aus Bildern und Zeichnungen von Diesendach und seinen Schülern Fidus und Paul von Spang. Ein Teil der Bilder kam freihändig in Wien zum Verkauf und erzielte ganz ansehnliche Preise, das meiste wurde dann öffentlich versteigert mit köstlichem Erfolg. Manche Arbeiten wurden mit 4. 5 Kronen bezahlt. Der auf 10 000 (österreichische) Kronen eingeschätzte Cyklus „Per aspera ad astra“ erhielt nur ein Gebot von 800 Kronen, und die ganze Auktion brachte überhaupt nur 9640 Kronen ein, während im freihändigen Verkauf etwa 14 000 Kronen erzielt wurden.

In Flensburg brach auf der Schiffswerft eine Planke der Stelago eines in Bau befindlichen Schiffes. Sieben auf der Planke stehende Arbeiter fielen in die Tiefe. Einer war auf der Stelle tot, einer ist schwer, zwei andre sind leichter verletzt. Die übrigen kamen ohne Verletzungen davon.

Aus Dover wird berichtet, daß ein deutscher Dampfer mit Passagieren auf den Goodwin-Sandbänken gestrandet ist. Schlepddampfer sind abgegangen, um die Loge des Schiffes zu untersuchen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Cyclusstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

102. T. V. D. Uns unbekannt.

P. N. 100. Der Eintritt ist 300 Meter hoch.

K. W. 28. Uns unbekannt. Fragen Sie an bei Herrn Seifert, Mitglied des Reichstags, Berlin, Reichstagsgebäude am Ringplatz.

Glückwünsche. Ihre Anfrage wird in diesen Tagen soweit als möglich in einem Lokalartikel beantwortet werden.

Waldmann. Ja.

Diese. Unter Parteigenosse Ludwig Schröder hat 2 1/2 Jahre im Justizhaus zu Werden zugebracht und ist am 2. April 1898 entlassen worden.

W. St. 35. Nach den am 1. Februar 1899 abgeänderten Bestimmungen sind die Gebühren für Gebanungen folgendermaßen festgesetzt worden: Für eine einfache Einbindung 4-10 M., für eine vergrößerte (Tag und Nacht) 6-15, für eine Zweifachbindung 6-15, für eine Tagwoche 1,50 bis 3, für eine Nachtwoche 3-4, für eine Tag- und Nachtwoche 4-6, für einen Besuch am Tage 0,50, für einen solchen in der Nacht 1-2, für Rechtserteilung in der Wohnung der Bekannte 0,50-2 M. Die angegebenen niedrigeren Sätze gelten für wenig bemittelte Familien. — In den Verordnungen unter dem Septemberdatum 1895 wurden mehrere Reducturen des „Vorwärts“ zu hohen Festsummen verurteilt und zwar spielte in der Verhandlung auch die Kammergerichts eine Rolle.

Testament 55. Ein holographisches (eigenhändig geschriebenes) Testament kann sowohl ein Einzelner wie Ehegatten errichten. In Ihrem Fall müßten Sie in Ihrem Testament Ihre Frau und Ihre Kinder einlegen. Ihre Frau hätte am besten, wenn Ihre Verhältnisse so bleiben, nach Ihrem Tode auf die Erbschaft zu verzichten. Es empfiehlt sich für Sie kein wechselseitiges Testament. Es ist in Ihrem Falle besser, daß Sie und Ihre Frau gesondert ein Testament, etwa wie folgt, machen: 1. Sie: „In meinem Erben ername ich: meine Ehefrau und meine Kinder (Namen). Ich bezeuge, daß das vorhandene Vermögen, sämtliche folgende Möbel (anzuführen) und die Strumpfstickerei nicht mir, sondern meiner Ehefrau gehören. R. den 1. März 1900. Unterschrift.“ (Dieses muß unter dem Testament, also auch unter dem Datum stehen.) 2. Ihre Frau: „In meinem Erben ername ich meinen Ehemann und meine Kinder. Mein Ehemann soll bis an sein Lebendes im ungetrübten Besitz, Rührung und Verwaltung meines Nachlasses bleiben. Meine Kinder sollen erst nach seinem Tode zur Teilung schreiten. Wer von meinen Kindern mit dieser Beschränkung seines Erbteils nicht einverstanden ist, wird auf den Pflichtteil gesetzt. Wohnort, Datum und dann darunter: Namen.“ Die Testamente müssen, um gültig zu sein, vollständig selbst ge- (oder abge-)schrieben sein. Das Testament kann auf jeglicher Art Papier geschrieben werden. Stempelpapier ist nicht erforderlich.

Witterungsübersicht vom 23. Februar 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer Stand mm	Windrichtung	Wolkenart	Wetter	Temp. in C. u. F.
Emmende	758	SE	2	bedeckt	2	Dapartanda	752	SE	—	bedeckt	-2
Hamburg	758	SE	1	bedeckt	4	Betersburg	758	SE	—	bedeckt	-3
Berlin	760	SE	2	bedeckt	3	Kort	744	SE	—	bedeckt	10
Wiesbaden	760	SE	1	bedeckt	5	Aberden	—	—	—	—	—
München	763	SE	2	bedeckt	3	Paris	757	SE	—	bedeckt	10
Wien	763	SE	—	bedeckt	2						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 23. Februar 1900. Mild, jedoch vorherrschend wolke mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.